Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 227 29. APRIL 1978
einzelverkaufspreis: 1.5o dm incl. 6% mwst.

1870 CX

1. MAI 1978

weiter geht's mit dem inhaltsverzeichnis auf der letzten seite !!!

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
halfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 koln
der andere buchladen
zulpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089/2809522

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwarter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse, noch besser: die abonummer

ZAHLT DEN TAGES–ID
Hausmitteilung

Vor drei Wochen haben wir an Initiativgruppen und Buchläden Rechnungen für den Bezug des Russell-Tages-ID über insgesamt 23.000 DM verschickt. Bis heute sind davon jedoch erst ungefähr 8.000 DM eingegangen. Zahlt bitte schleunigst, sonst machen wir Pleite: auf das Sonderkonto 447 47 - 608 Postscheckamt Frankfurt.

IDEALES ORGAN FÜR VEXILLOLOGISCHE KONTAKTE: DER INFORMATIONSDIENST

BRIEF AUS ÖSTERREICH;

Betrifft: F l a g g e n

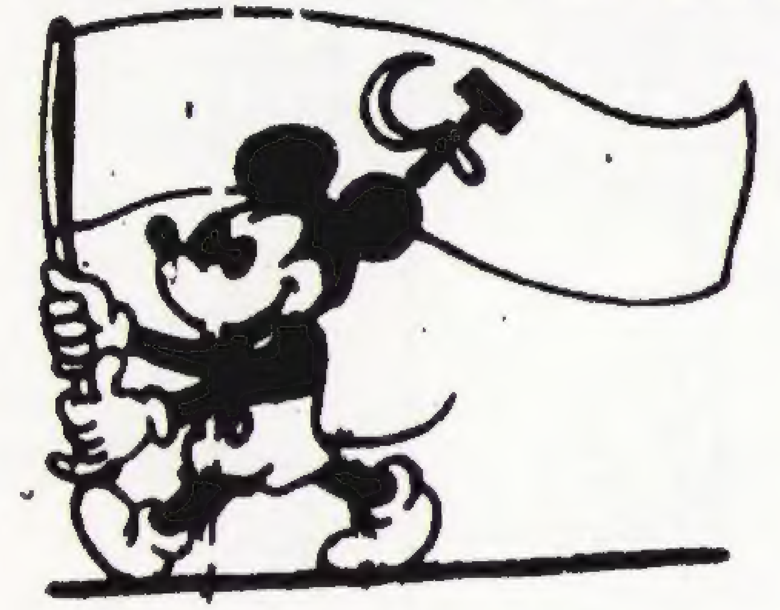
„Ich habe eine alte Flagge mit der Aufschrift 'Frijheit', also Freiheit, sicher aus einem alten deutschen Buch, in Ihrem Bericht „Generalstreik? " gesehen, die mein großes Interesse aufgeweckt hat.

Ich bin nämlich Vexillologe (Flaggenforscher). Bitte teilen Sie mir mit, woher diese Flagge bzw. das Bild stammt? Wissen Sie vielleicht auch über die Farben und Geschichte dieser alten Freiheitsflagge? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten.

Verschiedene Organisationen in Westdeutschland haben heute ihre eigenen Flaggen, die sehr interessant sind. Ich möchte sie sammeln, damit sie in der vexillologischen Geschichte nicht verloren gehen. Vor allem jene sogenannte illegale und inoffizielle Flaggen. Mein Gebiet ist gerade solche Flaggen.

ID ist ein ideales Organ auch für die vexillologischen Kontakte. Für eine Antwort von Ihnen wäre ich Ihnen sehr verbunden. Mit besten Grüßen."

Kontakt: **Flag Design Center, Aspetten VI / 27/2
A-2380 Perchtoldsdorf /Wien, Österreich**



URTEIL IM RÄUMUNGSPROZESS BOCKENHEIMER LANDSTR' 93

FRANKFURT
30.4.

Unser 1972 besetztes Haus will Ali Selmi, stadtbekannter Spekulant, durch Gerichtsurteil wiederhaben ("Herausgabe und Räumung meines Eigentums").
Kommt massenhaft zum Schauprozeß am 3. Mai, 8.30 Uhr, Gebäude B, Raum 101.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE INDIANER

WÜRZBURG
26. APRIL

Eine Gruppe von Leuten hat in Würzburg überlegt, wie sie den Befreiungskampf der Indianer unterstützen kann. Als erstes Ergebnis dieser Überlegungen wurden ein Aufkleber produziert, der für die Indianer wirbt. Zweites Ergebnis der Überlegungen ist es, eine Veranstaltung in Würzburg zu planen und durchzuführen, und mit Orten Kontakt aufzunehmen, in denen es zu Karl-May-Festspielen kommt, um dort auf den Befreiungskampf der Indianer aufmerksam zu machen.
Kontakt für Aufkleber etc.: **Utz Walther, 8701 Lindflur 17 1/2**

BROSCHÜRE ÜBER ANORDNUNGEN IM IRMGARD MÖLLER-PROZESS

DARMSTADT
27.April

Auf 151 Seiten wird eine ganz neue Rechtsentwicklung dokumentiert am Beispiel des Prozesses gegen Irmgard Möller. Die Dokumentation der Anwälte Bahr-Jenges/Fromann/Heldmann zeigt Beginn, Ende und Folgen der Hauptverhandlung des Landgerichtes Heidelberg gegen Irmgard Möller und Bernhard Braun in Stuttgart-Stammheim vom 6. – 21. März 1978 – ein Verfahren, das insbesondere bestimmt wurde durch die sitzungspolizeiliche Verfügung des Vorsitzenden Richters und dessen Vorstellungen über die Entkleidung von Rechtsanwälten, bevor diese das Gericht betreten.
Zu beziehen ist diese Broschüre bei:
Jutta Bahr-Jendges, Osterdeich 53, 28 Bremen,Tel.0421 /74 555

INTERNATIONALES TREFFEN VON ANTI–AKW-GRUPPEN

LYON
1. April

Die Komitees, die die Demonstration gegen den schnellen Brüter in Malville im letzten Jahr vorbereitet hatten, rufen für den 13. und 14. Mai einem internationalen Koordinationstreffen für den weiteren Kampf gegen Kernkraftwerke auf. Eines der Ziele dieses Treffens ist es, einen internationalen Tag des antinuklearen Kampfes zu organisieren.
Kontakt: Comités Malville de Lyon, D. Montet, 12 Rue de Royale, Lyon 1.

STUTTGARTER KULTURBLATT

STUTTGART
24. April 78

Seit April 78 gibt es in Stuttgart ein neues Kulturblatt:

"Schwerpunkte des neuen Blattes sind die Themen Kultur, Kulturpolitik, aktuelle Kulturmeldungen, Veranstaltungsberichte, Konzert- und Theaterkritiken, Buch- Film, und Ausstellungsbesprechungen. Und nicht zu vergessen, ein ausführlicher Veranstaltungskalender für jeweils einen Monat mit Terminen, Tips und vielem mehr für Stuttgart und Umgebung.
Weiterhin soll das Suttgarter Kulturblatt eine Ergänzung und Alternative zur Kulturberichterstattung der Stuttgarter Medien sein.

**Redaktion und Verlag, Länderwiesenstraße 1, 7022 Leinfelden
Tel.: 07 11/ 75 56 23 und
7024 Filderstadt 1, Barbaraweg 4, Tel.: 0 71 58/ 35 25**

PFINGSTTREFFEN DER AKW-GEGNER IN DER SCHWEIZ

FRANKFURT
27. April

Vom 13. bis zum 15. Mai 1978 wird in der Region Lucens ein Treffen der AKW-Gegner stattfinden. In Lucens mußte 1969 nach einem Reaktorunfall der erste schweizerische Versuchsreaktor stillgelegt werden. Nun soll dort eine Atommüll-Zwischenlagerstätte errichtet werden.
Die Organisation des Treffens liegt in den Händen einer partei- und gruppenunabhängigen Vereinigung von Atomkraftgegnern, die allen zur aktiven Mitarbeit offensteht.
Für das Treffen gibt es eine Kontaktadresse:
**Verein Pfingstreffen 78, Monbijoustr. 30, CH-3011 Bern,
Tel. 031/ 25 21 69**

TREFFEN DER DILLKREIS–LINKEN

Giessen
24. April

Der Dillkreis, das ist zunächst einmal Provinz, bestehend aus drei Metropolen mit einer Einwohnerzahl von 8 - 14 000 Einwohnern, zwei Gymnasien, zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben, einem Fluß der Dill, welcher die tiefste Ebene des Dilltales beschreibt.

Seit 1967 bis in die Mitte der siebziger Jahre gab es dort eine Bewegung der Schüler, der Lehrlinge, der damals schon Arbeitslosen.

Geblieben sind: alte Prozeßakten, Ordner voll Flugblätter, Erinnerungen, Mythen, Männer und Frauen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, in den verschiedensten Fraktionen, Aufsteiger, Absteiger.

Dennoch scheint und ist es möglich, daß sich viele von denen, die über Jahre in der Provinz Politik gemacht, Träume geträumt und Veränderung erlebt haben, sich zu einem Seminar zu treffen.

Die "in der Bewegung geblieben sind", sind dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sie in die Uni kamen oder dort blieben. Die is[illegible]t wurden, wurden dies nicht zuletzt, weil sie im Arbeitsprozeß blieben, in dem linke Politik nicht so ohne weiteres präsent ist.

Dieses Seminar sollte anfangs in Ulmbach im Vogelsberg stattfinden, da es räumliche Schwierigkeiten gibt, vermutlich erst Anfang Juni.

Die, deren Adressen wir nicht mehr haben, bitten wir, dem Nixoph (Händelstr. 20, 63 Giessen) zu schreiben, oder den Gunther (0641/71462) anzurufen.

BERLINER KRANKENHAUSZEITUNG 'EINGRIFFE'

BERLIN
März 78

"Unbeliebte Nachrichten für Berliner Krankenhäuser ... damit weniger sagen können, sie hätten nichts gewußt ..." *so beschreiben die Herausgeber ihre Zeitung. In der Nr. 9, März 78: Prostaglandine und ihre Anwendung in Berliner Krankenhäusern und anderes.*

Norman Bethune, 'Eingriffe' Redaktion c/o 'Das Politische B[illegible] Lietzenburgerstr. 99, 1000 Berlin 15

PROJEKTGRUPPE DOKUMENTARFILM RUHR

CASTROP-RAUXEL
19. APRIL

Die Gruppe beschreibt sich selbst folgendermaßen (Auszüge):

Wir sind eine kleine Gruppe Filminteressierter, die sich zusammenfanden, um mit filmischen Mitteln den Kampf gegen staatliche Repression zu unterstützen. Zwei Faktoren spielten dabei für uns eine wesentliche Rolle: Die immer unerträglicher werdende Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen (in allen erheblichen Fragen sprachen im letzten Jahr diese Nachrichtenorgane mit einer Stimme – der 'Stimme ihres Herrn'. Wer's nicht glaubt, der sehe sich nochmal die Berichterstattung zu Brokdorf, Grohnde, Kalkar, oder solchen Themen wie Schleyer, Stammheim an . . .), die mit dieser Gleichschaltung einhergehende Zensur von Informationen und fortschrittlichen Sendungen auf der einen Seite und das nicht zuletzt daraus entstehende Bedürfnis demokratischer Initiativen nach einer Gegenöffentlichkeit. Ziel unserer Arbeit ist es, mit unserem Mitteln den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte zu stärken und durch den Einsatz unserer Filme zu Diskussionen über Form und Inhalt dieses Widerstandes anzuregen. Wir wollen dabei unsere Ansprüche nicht zu hoch ansetzen.

Jochen Baier, Wittener Straße 72, 4620 Castrop-Rauxel, Tel. 02305/2 37 96.

AXEL CÄSAR SPRINGER GEGEN „BILD – JETZT REICHTS"

BERLIN
25. APRIL

Wie bereits angekündigt, findet in Berlin vom 5. April bis zum 27. Mai 1978 eine Ausstellung „BILD - jetzt reichts" statt. Der Springer-Konzern hat nun eine einstweilige Verfügung gegen die Galerie 70 (die die Ausstellung durchführt) beim Landgericht Berlin erwirkt. Hierzu schreiben die Galeristen:

„Der offiziellen Begründung zufolge geht es um die widerrechtliche Verwendung des BILD-Zeichens durch uns. Betrachtet man aber den Argumentationszusammenhang näher, so erkennt man leicht die dahinterstehenden Gründe. Wie schon in Sachen Wallraff wird hier versucht, eine kritische Öffentlichkeit gegen den A.S.-Konzern zu unterbinden. So setzen z.B. der Konzern wie auch das Landgericht Berlin voraus, daß, Zitat: „....für Ausstellungen verwendet wird, in denen dann gegen die BILD-Zeitung ... gehetzt wird", ohne entsprechend recherchiert oder etwa unsere Ausstellung selbst besucht zu haben.

Wir sind weder in der Lage, den Konzern zu schädigen, noch ist es uns möglich, mit Hilfe dieser Ausstellung Profite zu machen, eher wird diese einstweilige Verfügung dazu führen, einem kritischen Kulturprojekt den Garaus zu machen.

Die Veranstaltung mit G. Wallraff ist im übrigen auf den 3. Mai verlegt worden."

galerie 70, Schillerstr. 70, 1 Berlin 12, Tel.: 030/391 71 00; Öffnungszeiten: Mi, Do, Fr. 17 - 21, Sa 11 - 14 Uhr.

ANARCHISTISCHE FÖDERATION OSTWESTFALEN-LIPPE RUFT ZUR MITARBEIT AUF

BAD OEYNHAUSEN
18. April 78

Zwischen Detmold, Osnabrück und Hannover haben sich ca. ein Dutzend Gruppen im Juni 1977 zur Anarchistischen Föderation Ostwestfalen-Lippe zusammengeschlossen. Anläßlich ihrer gemeinsamen Teilnahme an der 1. Mai-Demo in Bielefeld, die sie auf ihrer 7. Regionalkonferenz vereinbarten, rufen sie alle Gruppen, die sich wie sie als Teil der libertären Bewegung in der BRD verstehen und an überregionaler Zusammenarbeit Interesse haben auf. Die Anarchistische Föderation Ostwestfalen-Lippe gibt einen Rundbrief heraus, der von den verschiedenen Gruppen im Turnus geschrieben wird. Wer die 11 Punkte umfassende Minimalforderung der Gruppe will, kann sich an folgende Adresse wenden:

WG Schwarzwurzel, Wöhrener Str. 158, Bad Oeynhausen

ZEITUNG AUS DEM VOGELSBERG

WINDHAUSEN
4. April

„Basalt" Nummer 1, Zeitung aus dem Vogelsberg ist erschienen.

Aus dem Inhalt: Jugendarbeit im Vogelsberg, Jugendzentrum Schotten, Atomstrom ist Notstrom ?, Streik von Zivildienstleistenden national und lokal, Gedichte usw..

Wer sie sich angucken will, kriegt die „Basalt" Nummer 1 gegen DM 1,50 in Briefmarken über die unten angegebene Adresse:
Klaus Kern, Untere Rabenau 11, 6324 Feldatal 2

NOCH NE BROSCHÜRE – ES GEHT UM ENERGIE

MARBURG
10.April

Die Broschüre „Dauerhafte Energiequellen" mit vielen Bildern, Beschreibungen und Adressen von Herstellern kann bei:

Thomas Rotarius, Ritterstraße 3, 355 Marburg, Telefon: 06421 / 1474 bestellt werden. 1 Exemplar kostet 3,- DM zuzüglich Versandkosten.

GROHNDE–PROZESSE

EIN JAHR KNAST FÜR ANDREAS HANKE

HANNOVER 24. April 78 Im zweiten Urteil in den Grohnde-Prozessen ist Andreas Hanke am 24. April zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden. Wir können die Urteilsbegründung nicht abdrucken, weil wir sie selbst noch nicht haben. Wir wissen, daß sich das Gericht bei der Urteilsbegründung weitgehend an der Anklageschrift orientiert hat. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß Andreas nicht vorbestraft ist, daß er von Beruf Krankenpfleger ist, daß er nicht wegen "persönlicher Vorteile" diese "Straftaten" begangen habe. Strafverschärfend wirkte seine Weigerung, sich nachträglich von der Vorgehensweise der Demonstranten in Grohnde zu distanzieren.

14. VERHANDLUNGSTAG GEGEN RÜDIGER

HANNOVER 21. April In dieser Verhandlung wurde die Glaubwürdigkeit eines Hauptbelastungszeugen in Frage gestellt: Burschepers, Zeuge des Staatsanwalts, entpuppte sich bei der Vernehmung des Zeugen Rolf Niebel als schlagwütiger Polizist.

Wir bringen Rolf Niebels Aussage ausführlich, weil sie die bisher eindrucksvollste Zeugenaussage in den ganzen Prozessen war, nicht nur vom Inhalt, sondern auch von der Überzeugungskraft her, mit der er sie vortrug. Er hat damit offensichtlich selbst beim Gericht Eindruck gemacht.)

Ich habe auf dem Feld neben der Straße das Vorrücken der Polizei und den Abzug der Demonstration fotografiert und dabei den Moment zum Wegrennen verpaßt. Ich hatte mich etwas entfernt vom Zaun aufgehalten, weil ich keine Brille hatte und das Tränengas nicht aushalten konnte. Hab ein paar Leuten mit Zitrone geholfen. Ich befand mich dann plötzlich mittendrin im Polizeiangriff, wurde selbst angegriffen. Ich nahm den Arm als Schutz über den Kopf und bekam einen Schlag auf das Handgelenk, der mein Handgelenk gebrochen hat. Den Ablauf hab ich nicht richtig mitbekommen, ich befand mich jedenfalls plötzlich weit weg von den anderen Demonstranten mitten unter der Polizei und wurde festgenommen. Der Beamte, der mich festnahm, war sehr erregt, schrie mich auch an, schlug mich jedoch nicht. Es kam ein anderer Polizist mit einer Zwille und sagte: "Da, das hat der verloren." Der mich festgenommen hatte sagte aber: "Das kann nicht sein" und brachte mich zum Bauplatz, er war nicht brutal und nahm auch Rücksicht auf meinen schmerzenden Arm. Auf dem Bauplatz begann ein wahrer Spießrutenlauf, Polizisten riefen: "Den haben wir erkannt, der war am Zaun!" Sie waren ungeheuer aufgehetzt und aggressiv – ich sah, wie ein Demonstrant von einem Hund gebissen wurde. Dieser Demonstrant lag dann später im Wagen, sein Kopf zwischen den Füßen eines Polizisten eingeklemmt, der mehrfach mit dem Knüppel auf ihn einschlug, obwohl der Demonstrant vor Schmerzen schrie und zum Schluß nur noch wimmerte. Der mich festgenommen hatte, war erregt, aber nicht bösartig, er hat auf seine Kollegen eingeredet, sie sollten das sein lassen. Ich hatte ungeheure Angst: wer im Wagen was sagte oder auch nur jammerte, (wir waren verletzt!), bekam oft genug einen Knüppel ins Gesicht. Ich habe mich fast an den Beamten geklammert, der mich mitgenommen hatte, weil ich zu dem ein minimales Vertrauen hatte, weil er nicht schlug – ich hab ihn nach seinem Namen gefragt (Bünte) und ihm meinen genannt, um die Sache zu entkrampfen. Er stieg dann aber bald aus und kam nicht wieder.

Wir wurden zur Gefangenensammelstelle gefahren, wo ein neuer Spießrutenlauf begann. Wir mußten uns auf den Boden legen, wurden durchsucht und bis auf die Unterhose ausgezogen, mir wurde die Kamera abgenommen, so mußten wir 15 Minuten liegen. Manche, die sich bewegten, bekamen Tritte gegen den Kopf. Ich sah, wie einem Demonstranten, der stark blutete (ich vermute, daß es Rüdiger war) eine Plastiktüte mit Metallzeugs aus der Tasche gezogen wurde, worauf ein Polizist durchdrehte und nicht mehr nur trat, sondern richtig auf dem am Boden liegenden Demonstranten rumsprang, so daß ihn zwei andere festhalten und im Polizeigriff wegbringen mußten. Wir wurden dann fotografiert, bekamen Plastikfesseln (die wegen meines Handgelenkes kaum auszuhalten waren), und wieder in den Wagen gebracht, wo wir zwei Stunden auf den Hubschrauber warten mußten. Alle Sachen außer Hemd und Hose waren uns abgenommen worden – ich hab meine nie wieder bekommen.

Wir wurden dann nochmal von zivilen Beamten fotografiert, jeder mit dem Beamten, der ihn festgenommen hatte. Da meiner nicht mehr da war, stellte sich der Schläger aus dem Wagen (siehe ganz oben auf dieser Seite) und ein anderer, der sich im Wagen auch übel hervorgetan hatte, neben mich aufs Bild. Während wir warteten, kamen Motorradfahrer und brachten Bolzenschneider und Eisenstangen, die sie zu den Sachen legten, die sie uns abgenommen hatten.

Wir wurden dann nach Hameln geflogen, auch dort eine unheimlich aufgehetzte Stimmung, wir wurden wieder geschlagen. Immerhin kam ein Sanitäter, dem ich meinen Arm zeigte. Er meinte aber, es wäre nichts weiter, und gab mir irgendwelche Tabletten, die ich aber nicht nahm. Er nahm mir die Plastikfesseln ab und verpaßte mir "normale" Handschellen, die ich als richtige Wohltat empfand. Wir wurden dann zum dritten Mal fotografiert und in den Gefangenenbus verfrachtet, wo wir in großer Kälte (immer noch in Hemd und Hose) 4 - 5 Stunden warten mußten, zu viert in einer winzigen Zelle, einer von uns war voll Tränengas. Decken bekamen wir nicht.

Ich wurde als letzter zur Vernehmung gebracht. Sie erzählten mir, ich würde der gefährlichen Körperverletzung beschuldigt – der mich festgenommen hätte, läge zusammengeschlagen im Krankenhaus. Sie erzählten mir auch, daß ein Beamter mit einer Mistgabel erstochen worden sei. Dann: "Eine Aussage wollen Sie doch bestimmt nicht machen!" Sie waren überrascht, daß ich doch wollte. Ich hab dann den Namen des Beamten angegeben, der mich verhaftet hatte, weil der bezeugen kann, daß ich ohne Grund festgenommen wurde. Ich wurde nochmal fotografiert, bekam die Kamera und mein Geld wieder, meine Klamotten nicht, und wurde dann rausgeschmissen. Das war lange nach Mitternacht, gute 10 Stunden nach meiner Festnahme, ich wußte nicht einmal, in welcher Stadt ich war. Ich wurde dann auf der Strasse von anderen AKW–Gegnern in Empfang genommen und versorgt.

(auf Frage): Die Zwille, die man mir unterschieben wollte, sah anders aus als die, die hier als Beweismittel gegen Rü. vorliegt.

Rüdiger erklärt, daß der Polizist, der im Wagen den Demonstranten geschlagen hat, der tatsächlich nur noch wimmerte, Burschepers war, der Hauptbelastungszeuge in diesem Verfahren !!! Er selbst habe ihm gegenübergesessen und gesagt, er solle aufhören. Daraufhin habe er selbst Schläge bekommen.

Darauf muß Staatsanwalt Borchers die Ermittlungsakte gegen Rolf holen. Das Verhaftungsfoto darin zeigt tatsächlich Burschepers, Rolf erkennt ihn allerdings nicht wieder. (Vernehmung von Burschepers siehe Prozessberichte 22, 27 und

33). Borchers erklärt darauf, er wolle Rolf heute noch vernehmen in einem Ermittlungsverfahren, das er gegen Burschepers einleiten werde.

Es folgt dann eine lange Beratungspause, nach der das Gericht ankündigt, daß es für 15.00 Uhr eine Gegenüberstellung vorbereitet habe, bei der Rolf Burschepers und seinen Festnahme–Beamte identifizieren soll. (Borchers hatte das zu verhindern versucht, weil das nichts mit diesem Verfahren zu tun habe.)

Um 15.00 Uhr kommen 6 Polizisten im Kampfanzug mit Helm in den Saal — Rolf ist sich bei dem Beamten, der ihn festgenommen hat, nicht sicher, der habe auf jeden Fall was anderes angehabt. Nennt zwei als möglich (einer davon ist der richtige). Bei dem Schläger sei er sich nicht absolut sicher (aber sicher), er identifiziert den richtigen!

Vernehmung Erich Bünte

Bünte schildert die Festnahme von Rolf. Rolf habe sich hinter den Polizeikräften befunden, er wußte nicht, ob Rolf in irgendetwas verwickelt war. Die Festnahme sei eine reine Präventivmaßnahme gewesen, "um nicht auch noch im Rücken der Polizei mögliche Angreifer zu haben". Die Sache mit der Zwille schildert er so, daß er sie selbst aufgehoben habe (dazu sei er verpflichtet), und Rolf ihm darauf unterstellt habe, er wolle sie ihm unterschieben. Solange er auf dem Wagen gewesen sei (3 - 5 Minuten), habe es mit absoluter Sicherheit keinerlei Mißhandlungen von Demonstranten gegeben.

Er bleibt bei diesen Aussagen, auch nachdem er mit Rolfs Aussage konfrontiert wird.

Rienhoff hatte die drei Beamten einzeln angerufen — er wollte verhindern, daß einer von der Ladung des anderen was erfährt — da sie aber alle aus Braunschweig kamen, sind sie heute zusammen mit dem Auto nach Hannover gekommen. Natürlich haben sie nur "über allgemeine Dinge" geredet, sie hätten nicht gewußt, warum sie heute nach Hannover sollten, deshalb hätten sie auch gar nicht erst darüber geredet.

Rolf, erneut befragt, bekräftigt seine Aussage, Bünte müsse die Mißhandlung auf jeden Fall mitbekommen haben. Bünte weicht aus, vielleicht habe er vorn neben dem Fahrer gesessen.

Vernehmung Hoffmann: (H. ist der zweite Belastungszeuge gegen Rü., er hat ihn mit festgenommen)

Hofmann saß auch auf dem Gefangenenwagen, hat auch keine Mißhandlungen gesehen, er saß allerdings mit dem Rücken zu Burschepers.

Vernehmung Burschepers:

B. erklärt, er habe niemanden geschlagen (er hatte allerdings früher schon zugegeben, daß Rü.s Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung etc. von seinen Schlägen stammen könnten), auch einen Hundebiß habe er nicht gesehen. Die Aussage von Rolf sei eine "krasse Lüge", sie könne nur ein "Vergeltungsakt" sein. Auf Hinweis vom 2. Vorsitzenden Richter Rienhoff, daß Rü. und Rolf unabhängig voneinander die gleiche Aussage gemacht hätten, und daß Rolf ihn identifiziert habe, meint er, es bestünde ja die Möglichkeit, daß sich die Verteidigung mit den Zeugen abgesprochen habe, wegen der Identifizierung könne Rolf ja schon vorher mal im Saal gewesen sein. Auf Antrag von Bödd. wird Bur. endlich verwarnt. (Zur Erinnerung: als Andreas in einer Vernehmung sagte: Die Zeugen lügen sowieso, brummte ihm Riehnhoff gleich 150 Mark Geldstrafe auf!)

Die ganze Vernehmung wird ein nerviges Hickhack um einzelne Worte, das überhaupt nichts bringt. Auf die Frage, wieso er sich zusammen mit Rolf habe fotografieren lassen, meint er, das sei ihm ein Rätsel, vielleicht habe er zufällig da gestanden, als der Fotograf auf den Auslöser drückte(!!). Mit anderen Verhaftungen außer der von Rolf und Rü. habe er aber nichts zu tun gehabt, das bestätigte er dreimal auf Fragen. Rüdiger berichtet dann, daß die Unterschrift von Burschepers auch unter dem Beschlagnahmeprotokoll von Christian Gehrke steht!

Rolf, nochmal vernommen, sagt, er habe sich die ganze Sache nochmal ausführlich durch den Kopf gehen lassen, er sei sich seiner gemachten Aussagen, gerade bezüglich der Zwille und der Schläge, absolut sicher.

Rü. sagt, daß er noch zwei weitere Zeugen hat, die die Vorfälle auf dem Wagen bezeugen können, nämlich Christian Gehrke (als derjenige, der geschlagen wurde) und Wolfgang Gießler, der auch auf dem Wagen saß.

Das Gericht ist auf diese Angelegenheit scharf geworden und will sie weiter klären. Für den nächsten Termin ist die gesamte Wagenbesatzung (Rolf, Christian, Wolfgang und die Polizisten Burschepers, Hofmann, Bünte, Raddatz und Riemann) als Zeugen geladen. Damit verschiebt sich der Film und die Vernehmung von Hermann um mindestens einen weiteren Tag.

Übrigens: Burschepers hat bei mindestens 3 Verhaftungen "mitgewirkt".

WER IST WER? rü., bödd., bur. — in diesem artikel wimmelt es von namen. beim ersten lesen sind wir nicht durchgestiegen, erst beim 3. das ist ein schlecht verständlicher bericht! die lay-outer jutta + bub

STAND DER WEITEREN PROZESSE

Im Verfahren gegen Eso hat der Staatsanwalt 16 Monate ohne Bewährung gefordert. Das Plädoyer der Verteidigung und Eso's Schlußworte fanden am 27. April statt.

Im Verfahren gegen Christian laufen zur Zeit ebenfalls die Plädoyers.

AKW–GEGNER BESETZEN KASSELER KIRCHE

KASSEL 27.April *Nachfolgender Bericht erreichte uns aus Kassel:* „Am Freitagnachmittag, den 21.April haben ca. 50 Kasseler AKW-Gegner die Karlskirche in der Kasseler Innenstadt besetzt. Nachdem am Montag, den 17.4. das erste Urteil in den Grohnde-Prozessen gefallen war: Gerd (Jerry) erhielt 13 Monate Knast ohne Bewährung (siehe ID Nr. 226) haben wir beschlossen, auf diese Weise auch bei uns in Nordhessen darauf aufmerksam zu machen. Hier ein Auszug aus einem Flugblatt, das wir während der Besetzung verteilt haben:

‚Da die Berichterstattung der Nachrichtenmedien über den Widerstand gegen das AKW Grohnde und die darauffolgenden Prozesse einseitig ist und in keiner Weise den Standpunkt der AKW-Gegner berücksichtigt, sehen wir keine andere Möglichkeit, uns Gehör zu verschaffen, als durch die Besetzung der Karlskirche.
Warum haben wir ausgerechnet eine Kirche besetzt?

Wir hätten gerne das Verwaltungsgebäude der Preussen-Elektra besetzt, weil sie der Bauherr des AKW Grohnde ist, wir wollen jedoch unnötige, zu erwartende Auseinandersetzungen mit der Polizei vermeiden.
— Weil die Kirche in ihrer Geschichte oft Verfolgten, Unterdrückten und Andersdenkenden Asyl gewährt hat.
— Gerade die Kirche, als eine wichtige Institution in diesem Staat, neben Parteien und Gewerkschaften, hat die

Pflicht, zu Fragen, die Leben und Unversehrtheit von Millionen Menschen bedrohen wie nie zuvor in der Menschheitsgesichte, eindeutig Stellung zu beziehen. — Für die Bevölkerung Nordhessens muß die Stellungnahme der Kirche zur Atomenergie von besonderem Interesse sein, ist doch die Preussen-Elektra in Borken daran interessiert, von der Kirche Land zu erwerben, um ein Zwischenlager für radioaktive ‚abgebrannte' Brennelemente sowie ein AKW zu errichten...'

Nachdem wir am Freitag in der Kirche waren, packten wir unser Informationsmaterial aus und begannen Flugblätter an die Passanten zu verteilen. Bald darauf kam der Pfarrer und einige Kirchenvorstandsmitglieder und wir verbrachten fast den ganzen Freitagabend damit, mit ihnen zu disktuieren.
Das war teilweise sehr frustrierend, da sich vor allem ein Kirchenvorstandsmitglied (wie wir erfuhren: CDU-Mitglied) dafür großtat, daß wir die Kirche sofort räumen sollten und auf unsere Argumente garnicht einging. Wir beschlossen allerdings auch gegen den Willen des Kirchenvorstandes, in der Kirche zu bleiben, allerdings nur bis Samstag abend, obwohl wir zunächst vorhatten, bis Sonntag zu bleiben. Aufregung gab's dann noch mal, als bekannt wurde, daß die Bullen gekommen waren und angefragt hatten, ob sie die Kirchen räumen sollten.

Im Laufe des Abends waren manchmal bis zu 100 Personen anwesend, über Nacht blieben dann allerdings etwa 40 Leute. Am Samstagmorgen um 8.00 Uhr gabs dann zunächst ein schönes Anti-Atom-Frühstück, danach begannen wir, Infostände an der Kirche und in der Kasseler Innenstadt aufzustellen.
Wir hatten dazu eine Moritat geschrieben und zu jeder Strophe Bilder gemalt. Der Stand in der Innenstadt war so gut besucht, wie es uns schon lange nicht mehr passiert ist, vielleicht war die Moritat und die bunte Aufmachung der Grund. Auf jeden Fall entwickelten sich unter den Passanten sehr interessante Gespräche über die Grohnde-Prozesse und AKW's allgemein, manchmal standen bis zu 50 Personen um den Stand und diskutierten in kleinen Gruppen. Viele bekundeten ihre Sympathie mit unserer Aktion, aber natürlich gab's auch viele, die sich aufregten.

Auch zur Karlskirche kamen viele interessierte Leute. Dort hatten wir vor die Kirche Schautafeln gestellt, es gab Infomaterial, Mohrenkopf-AKWs und Luftballons. Nach Geschäftsschluß kamen dann nicht mehr so viele Leute. Um 17 Uhr räumten wir dann die Kirche. Abends zeigten wir noch Filme über Kalkar und Grohnde, sowie einen selbstgedrehten Videofilm über die Kirchenbesetzung. Alles in allem fanden wir, daß die Aktion positiv verlaufen ist, obwohl noch viel mehr getan werden muß, um auf die Terrorurteile in Hannover aufmerksam zu machen."

„DEN WURFANKER WERFEN WIR IN DIE ZUKUNFT UND ZUKUNFT HEISST: NIE WIEDER ZÄUNE"

BREMEN
21. APRIL

Dies ist der Titel einer Dokumentation zur Kriminalisierung des Kampfes gegen Atomkraftwerke am Beispiel Linda aus Bremen. Die Herausgeber schreiben dazu:

Wir berichten über das breite Feld der Kriminalisierung, angefangen vom Plakettenverbot über Berufsverbote bis hin zu den Grohndeprozessen. Aber auch über unseren Widerstand, angefangen eben bei dem Anlaß der Prozesse, der Demo vom 13. 3., über viele ‚goße' und ‚kleine' Aktionen, die wir mit vielen machten, wie in Malville, Kalkar, Esenshamm usw., und über Aktionen von Leuten, die in kleinen Gruppen den Widerstand gegen die AKW's weiterführen.

Dazu haben wir fast ausschließlich Dokumente, Fotos, Zeugenaussagen usw. zusammengestellt, und weitgehend auf Einschätzungen und persönliche Meinungsäußerungen verzichtet. Dennoch ist unser Buch ganz klar parteilich. Das Buch hat 216 Seiten, über 100 Fotos und soll 7.50 DM kosten. Der Überschuß, der mit dem Buch erzielt wird – hoffentlich – soll verwendet werden für diejenigen Grohnde-Angeklagten, die ihrem Prozeßtermin fernblieben und jetzt mit Haftbefehl gesucht werden und deshalb natürlich erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeits- und sonstwas -beschaffung haben. Also – wenn ihr das Buch haben wollt – überweist das Geld auf das Konto der Sparkasse in Bremen, No. 110 248 58, Günter Rodewald, Ermittlungsausschuß BBA, Stichwort: Doku. Einzelbestellungen; 1 Doku. = 7.50 DM plus 0.60 DM Porto = 8.10 DM. Für Buchläden, Bürgerinitiativen usw. ab 10 Stück: 1 Doku. = 6.50 DM plus Porto. Aber nur gegen Vorkasse! Am einfachsten gehts, wenn ihr einfach einen 10 DM-Schein in einen Briefumschlag steckt, der Rest ist dann und schickt an:

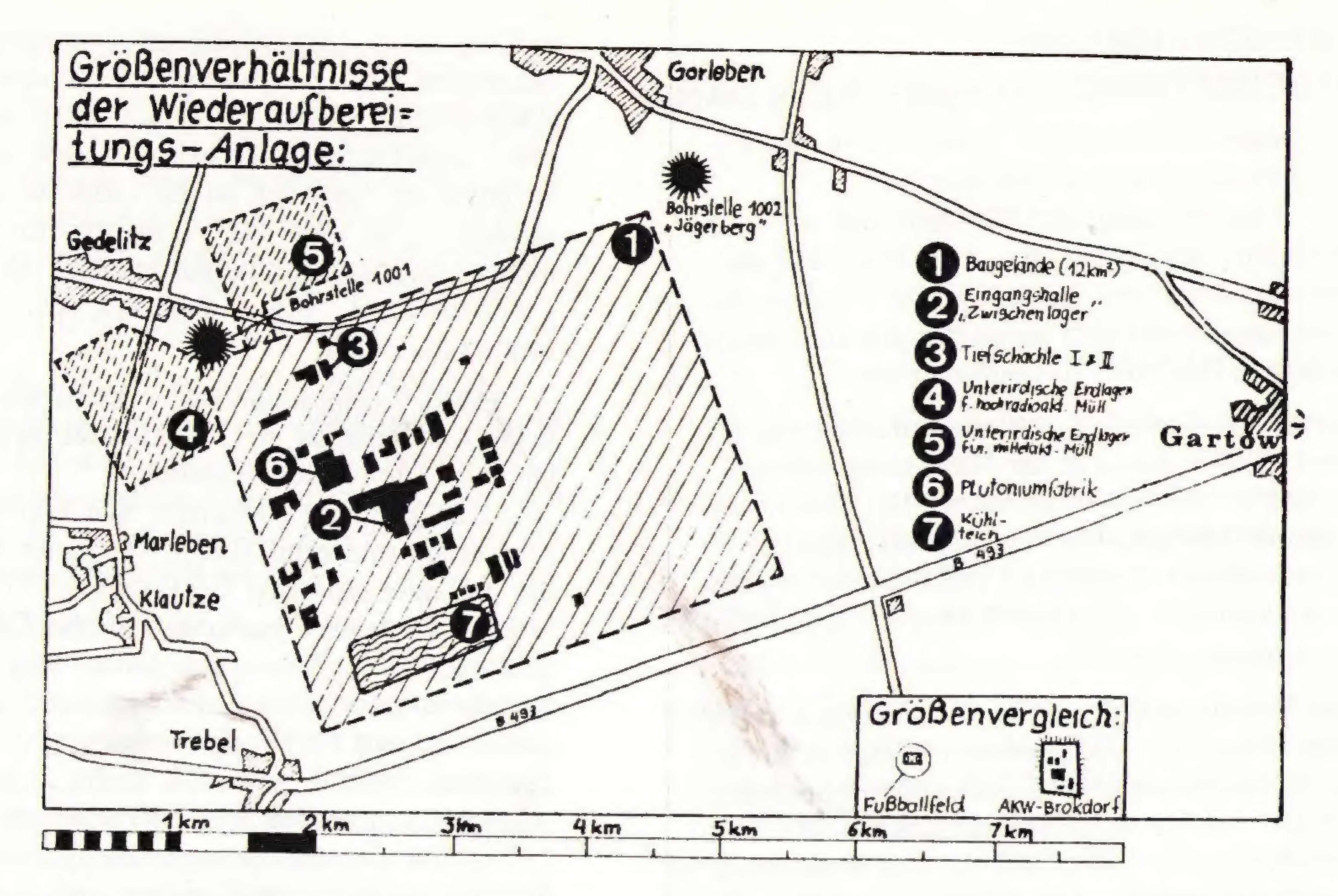
Günter Rodewald, 2800 Bremen 1, Bernhardstraße 7

dann kriegt ihr das Buch sofort zugeschickt!

ZWEITES INTERNATIONALES SOMMERCAMP IN GORLEBEN

GORLEBEN
26. APRIL

Wo? Auf dem Schützenplatz in Gartow. Gartow liegt im Landkreis Lüchow-Dannenberg in der Nähe des geplanten Bauplatzes der bundesdeutschen Wiederaufbereitungsanlage (WAA).



Wann? Vom 30. Juli bis zum 1. September 1978

Teilnehmer: Jeder, der sich über die Gefahren des Atomprogrammes und die Bedeutung der WAA informieren will und Interesse daran hat, zu diskutieren, wie wir den Bau der WAA und die Verwirklichung des Atomprogramms verhindern können.

Veranstalter: Die Freundschaftskreise der „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg" in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend (BDP/BDJ) und mit Bürgerinitiativen.

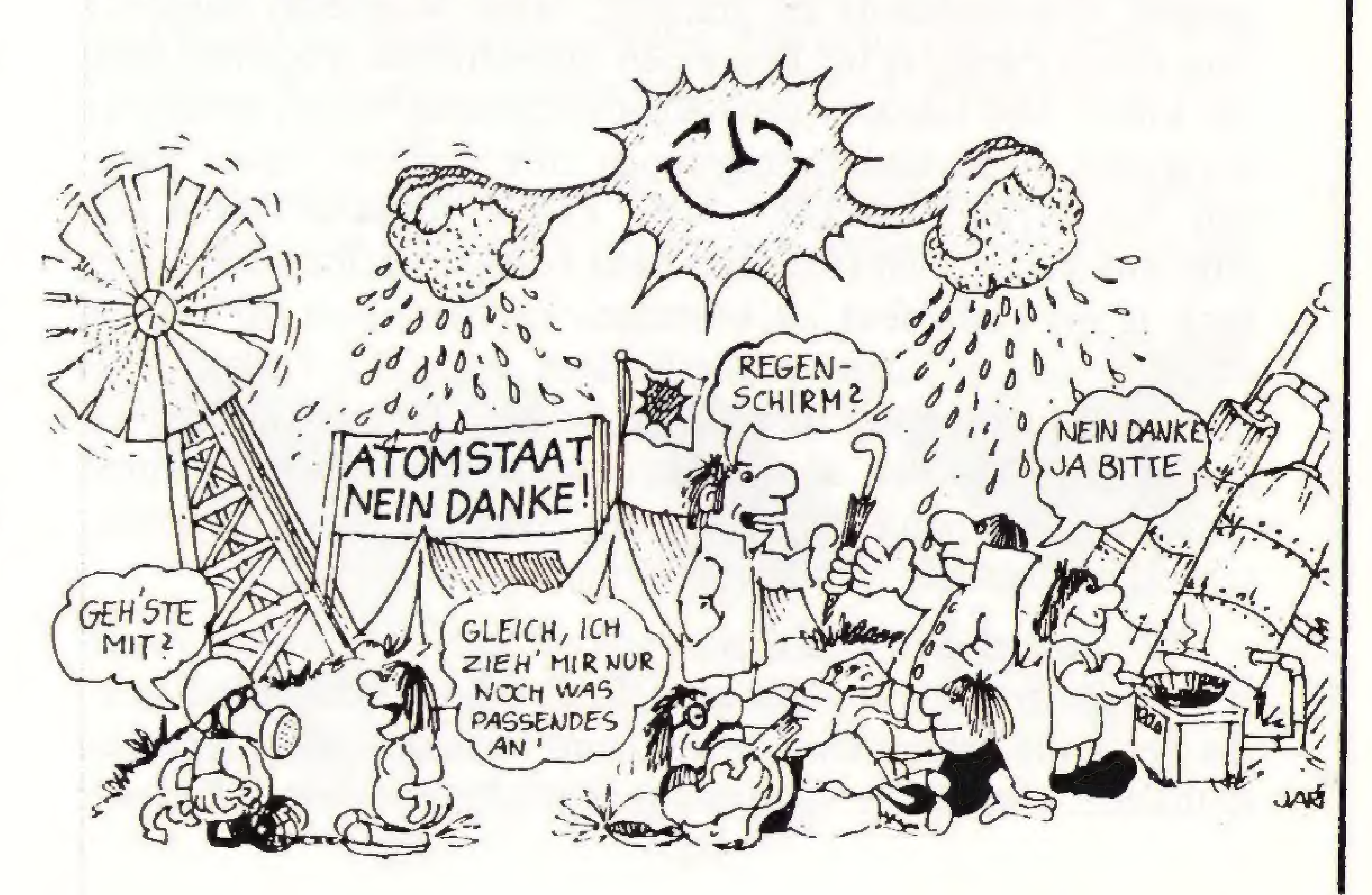
Ziel des Lagers: Die geplante Wiederaufbereitungsanlage ist das Kernstück des Atomenergieprogramms der Bundesregierung. Angesichts der Knappheit der natürlichen Uranvorräte und der ständigen Schwierigkeiten der BRD mit den Uran-exportierenden Ländern garantiert nur eine Wiederaufbereitung des Atommülls und die damit verbundene Produktion von Plutonium - einem der giftigsten Stoffe überhaupt - die Verwirklichung dieser atomaren Träume. Während ihres Betriebes würde die WAA 1000mal so viel Radioaktivität an die Außenwelt abgeben wie ein „normales" AKW. Die WAA-Technologie ist zudem noch weitgehend unentwickelt, wie selbst die Betreiber zugestehen.
Das Sommercamp soll helfen, diese Tatsachen weiterbekannt zu machen. Es reicht aber nicht aus, die Gefahren von Atomenergie von Atomstaat bis Radioaktivität deutlich zu machen. Deshalb werden wir uns auch mit alternativen Technologien und Lebensformen auseinandersetzen.
Mit dem „Internationalen Sommercamp 1978" knüpfen wir an Erfahrungen an, die wir im letzten Jahr mit dem ersten Lager im Landkreis Lüchow-Dannenberg gemacht haben. Im ersten „Internationalen Sommercamp" haben wir uns mit einem breiten Themenspektrum aus der Atomenergie-Problematik beschäftigt. In diesem Jahr wollen wir uns auf die zwei Bereiche „Wiederaufbereitung und Endlagerung" sowie „Alternative Technologien und Lebensformen" beschränken. Beide Themen ergeben sich aus der Entwicklung des Widerstandes im Landkreis.

Informationen zum Landkreis und zum „1. Internationalen Sommercamp 1977" findet Ihr in der 18. MATERIALIE ZUR THEORIE UND PRAXIS DEMOKRATISCHER JUGENDARBEIT „Niemals, nie - wolln wir sie, - die Atommülldeponie", 128 Seiten, 7,-- DM. **Bezug: Verlag Jugend & Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90.**

Kosten: Wie alles in der Welt kosten auch schöne Dinge leider Geld. Nach unseren bisherigen Schätzungen werden beim Sommercamp die Unkosten so liegen, daß wir von den Teilnehmern einen Tagessatz in Höhe von 4,-- DM nehmen müssen. Also eine Woche kostet 28,-- DM, zwei Wochen 56,-- DM usw. (ohne Verpflegung für Zeltplatz, Zelt, Kochgelegenheit, sanitäre Anlagen usw.).

Und noch was zum Schluß......
Zur Vorbereitung des Sommercamps führen wir Vorbereitungsseminare durch. Das nächste ist vom 4. bis zum 7. Mai in Schnackenburg. Es wäre gut, wenn Ihr Euch auch schon daran beteiligen würdet.

Anmeldungen und weitere Informationen über:
BDP/BDJ-Bundeszentrale, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90; BDP/BDJ Hessen, Hamburger Allee, 49, 6 Ffm. 90; BDP/BDJ Nordrhein-Westfalen, Stammstr. 92, 5 Köln 30; BDP/BDJ Bremen, Heinrichstr. 21, 28 Bremen; BDP/BDJ Rheinland-Pfalz, Jungermühle, 6534 Stromberg; BDP/BDJ Berlin, Kaubstr. 9, 1 Berlin 31 oder bei den Freundschaftskreisen der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg - NRW: Beate Ruttkowski, Am Wallgraben 3, 4 Düsseldorf / Rhein-Main: Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6 Frankfurt



AUF DER HANNOVERMESSE: WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE? NEIN DANKE

HANNOVER 23.April *Von einigen Hannoveraner Atomgegnern stammt folgender Bericht:*

„Am Sonntag, den 23.April sind wir – ungefähr 20 AKW-Gegner aus Hannover – zum Billigtarif auf die Hannover-Messe gekommen. Wir hatten vor, in einer den Umständen angemessenenen Form gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu demonstrieren.

Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) hatte in der Nähe eines Sonnenkollektoren-Standes in Halle 17 ihren Stand, auf dem sie neben vielen popigen AKW-Postern und einem Manipulator (das ist ein Ding mit dessen Greifarmen radioaktive Substanzen bewegt werden können), auch ein Modell der geplanten WAA Gorleben aufgebaut hatte.

Vor diesem Modell geschah es dann. Punkt halb drei Uhr fielen wir vor dem Modell um und blieben regungslos am Boden liegen. Augenblicklich stand eine riesige Menschenmenge um uns herum (nicht nur Messe-Willies, die dort sonst rumlaufen, sondern auch Familien). Einige sehr findige Messebesucher meinten zwar, wir seien besoffen oder hätten nicht ausgeschlafen, sehr viele erkannten aber rasch den Sinn der Aktion und reagierten ziemlich positiv.

Während dieser einstündigen Demonstration bildeten sich viele angeregt Diskutierende. Selbstverständlich versuchten auch einige Herren der DWK eine Schnitte abzubekommen und mischten sich in die Gespräche ein. Dabei bedienten sie sich der bekannten plumpen Argumentation: Autofahren berge ein höheres Risiko in sich als AKW's. AKW's seien notwendig zur Deckung des Energiebedarfs und obendrein sicher und blubber di blabber...
Durch unsere gezielte Gegeninformation gelang es ihnen (anscheinend) nicht, die Leute für dumm zu verkaufen."

BUNTE LISTE ODER/STATT GRÜNE LISTE IN HESSEN

FRANKFURT 23. APRIL Am 22. April trafen sich in Frankfurt ca. 40 Einzelpersonen und Vertreter von Bürgerinitiativen und Organisationen (AUD, SAG, Bund Umwelt und Naturschutz Deutschlands /BUND, 5 % Block/Hessen), um über ein Konzept einer GRÜNEN LISTE zu den hessischen Landtagswahlen zu beraten. (s. ID Nr. 225) Überraschung löste bei den meisten Teilnehmern aus, daß sich ein „kommissarischer Landesvorsitzender" einer am 12. 4. 78 gegründeten Grünen Liste Umweltschutz/Hessen vorstellte. Dieser Name sei im Bundesregister bereits rechtlich eingetragen, das Programm sei mit dem der GLU/Niedersachsen identisch und es werde jetzt daran gegangen, Kreisverbände zu gründen, deren Mitglieder dann auf dem ersten Parteitag im Juni einen ordentlichen Vorstand wählen sollen. Das Ganze wurde ohne vorheriges Wissen hessischer Bürgerinitiativen und Basisgruppen offenbar von einem Häuflein frustrierter ex-SPDler und - FDPler inszeniert, die sich jetzt auf solchen Treffen eine Basis zu verschaffen suchen, um auch ja ins Parlament zu kommen. Es sieht ganz so aus, als bildeten sich in allen Bundesländern sog. GLU-Parteien, die unter Ausnutzung des inzwischen bekannten Namens von jeglicher Basisaktivität abgehoben rechte Spalterkandidaturen aufstellen, wie jüngst in Hamburg. Wichtig wäre, die politischen Hintergründe (-männer?) herauszufinden.

Grundlage der Diskussion sollten die zwei bisher vorliegenden Programmentwürfe aus Offenbach und Darmstadt sein, die beide die bekannten Umwelt- und Naturschutzforderungen enthalten, ebenso die Auffassung, daß die etablierten Parteien unfähig seien, „einer biologisch intakten Umwelt den ihr gebührenden Platz bei politischen Entscheidungen einzuräumen" (Darmstädter Entwurf). Wenn auch jeweils am Rande noch der außerparlamentarische Protest erwähnt wird – beim Offenbacher Entwurf ist die „direkte demokratische Aktion" genannt –, so wird das Verhältnis von parlamentarischer Kandidatur und außerparlamentarischer Aktivität überhaupt nicht problematisiert. Die Statements der verschiedenen Gruppen zeigten dies auch.

Etwas vereinfachend läßt sich sagen, daß zwei unterschiedliche Konzepte in der Diskussion der Wahlbeteiligung einer Grünen Liste/Hessen bestehen:
Das eine Konzept orientiert sich klar an „rein" ökologischen Problemen und erhofft sich von einer Kandidatur einen „Weg zur parlamentarischen Gesetzgebung" (5 % Block), „parlamentarische und außerparlamentarische Öffentlichkeit für ökologische Probleme" und die Aufhellung von parlamentarischen Entscheidungsprozessen (Transparenz etc.). Bezeichnend für dieses Konzept sind Äußerungen eines Vertreters des BUND, der zwar offiziell eine GL nicht unterstützen konnte, einer solchen GL aber den Weg ins Parlament wünschte. Diese Grüne Liste sollte aber im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie argumentieren und agieren und sich auf's Parlament konzentrieren. Die Ökologie-Bewegung sollte sich als Partei konstituieren. „Wir kommen um eine Parteibildung einfach nicht herum!"

Das andere Konzept orientiert sich etwa am Vorbild der Bunten Liste/Wehrt Euch in Hamburg. Das heißt Einbeziehung verschiedener Basisgruppen wie Frauenzentren, Jugendzentren, Schüler-, Studenten- und Ausländerinitiativen, was gleichzeitig eine Ausweitung politischer Aussagen und Perspektiven bedeutet. Wenn auch im andern Konzept mal von „demokratischen Rechten" und direkter Aktion die Rede ist, so wirken diese „Zitate" eher wie makulaturhafte Pflichtübungen im Vergleich zum Konzept Bunte Liste, das die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Produktionsweise, ökologischen Bedingungen, sozialen Verhältnissen und politischer Macht (Repression) insgesamt zu reflektieren versucht. Daher wird auch eine Parteibildung abgelehnt, ebenso wie die Fixierung auf Parlamentarismus und die programmatische Vernachlässigung direkter außerparlamentarischer Aktionen. Hauptzweck der Kandidatur sei eine politische Mobilisierung vor allem im Wahlkampf.

In der Diskussion wurden die Widersprüche dieser beiden Konzepte zwar offensichtlich, aber nicht im geringsten ausdiskutiert. Ein Vertreter des BUND setzte sich vehement für die parlamentarische Demokratie ein und behauptete, die Mehrheit der Bundesbürger sei zufrieden. Es gehe daher nur um die Schaffung eines ökologischen, „ja, wenn sie so wollen, kybernetischen Bewußtseins". Ein Vertreter einer Bürgerinitiative gab zu bedenken, daß Leute auf dem Lande durch umweltfremde Parolen wie „weg mit dem § 218" oder Anti-Repressionsparolen verschreckt werden könnten. Am Schluß glättete der Diskussionsleiter mit rhetorischen Wendungen die doch offensichtlich politischen Widersprüche und verwies auf ein Treffen eines Redaktionskollektivs, bestehend aus Vertretern aller „Fraktionen", das bis zum 22. Mai (Plenum Grüne Liste/Hessen in Frankfurt) einen Programmentwurf ausarbeiten soll. Diese fast 4-stündige Treffen erweckte oft den Eindruck einer Honoratiorenrunde, was manche Befürchtung hinsichtlich „grüner" Kandidaturen zu bestätigen scheint.

Möchtegern-Ministerpräsidenten – Nein danke !



für Alec

BRAUNE TUPFER BEI DEN GRÜNEN

HAMBURG
20. APRIL

Nach dem Zusammenschluß von annähernd 200 Bürgerinitiativen in Hamburg zu einer „Bunten Liste/Wehrt Euch - Initiative für Demokratie und Umweltschutz", die bei den Bürgerschaftswahlen am 4.6. kandidiert, hat sich auch eine „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) gebildet, Holger Strohm versuchte am 5.4. vor der GLU folgendes zu sagen:

„1970 baten mich Dr. Bruker und andere Umweltschutzpersönlichkeiten in Frankfurt und Kassel: ‚Bringe uns die Jugend! Mobilisiere die Jugend! Sonst ist alles umsonst!'. Ich habe in den darauffolgenden Jahren in guter Zusammenarbeit mit dem „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL) und anderen Gruppen versucht, die Jugend zu mobilisieren.

Heute befinden sich tausende aktiver Jugendlicher in der ‚Bunten Liste'. Wenn jetzt in Hamburg diese Umweltbewegung durch die GLU Hamburg gespalten wird, so bedeutet das nicht nur eine Spaltung zwischen Jung und Alt und Links und Rechts hier in Hamburg, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Die einzigen, die hierdurch profitieren könnten, wären die drei Rathausparteien, die Atomkraftwerke bauen. Denn die GLU-Hamburg könnte 1 bis 2% bekommen, die dann der ‚Bunten Liste - Wehrt Euch' fehlen, um in die Bürgerschaft zu kommen. Damit wäre gewährleistet, daß der Atomkraftwerkbau ohne Opposition weiter betrieben werden könnte.

Heute habe ich einen Brief von Hugo Blau, von der Grünen Liste Baden-Württemberg, bekommen. Er schreibt: ‚Zwei Ökoparteien wären der Tod der Ökobewegung! Beide würden an der 5%-Mauer scheitern. Nur durch Integration aller Kräfte, nur durch die Einheit aller Ökologen ist ein Durchbruch möglich. ... Wer in Niedersachsen neben der ‚Grünen Liste Umweltschutz' eine zweite Ökoliste zur Landtagswahl aufstellt, macht sich schuldig, wenn beide Listen auf der Strecke bleiben! Wer diese Schuld auf sich nimmt, dürfte in der ganzen Bundesrepublik künftig ausgespielt haben.'
Genau das ist es jedoch, was hier in Hamburg geschieht. Ich nehme die Warnung von Hugo Blau sehr ernst und glaube, daß die GLU-Hamburg mit der Spaltung der Öko-Bewegung politischen Selbstmord begeht und möchte daher dringend von solch einer Spaltung abraten!"

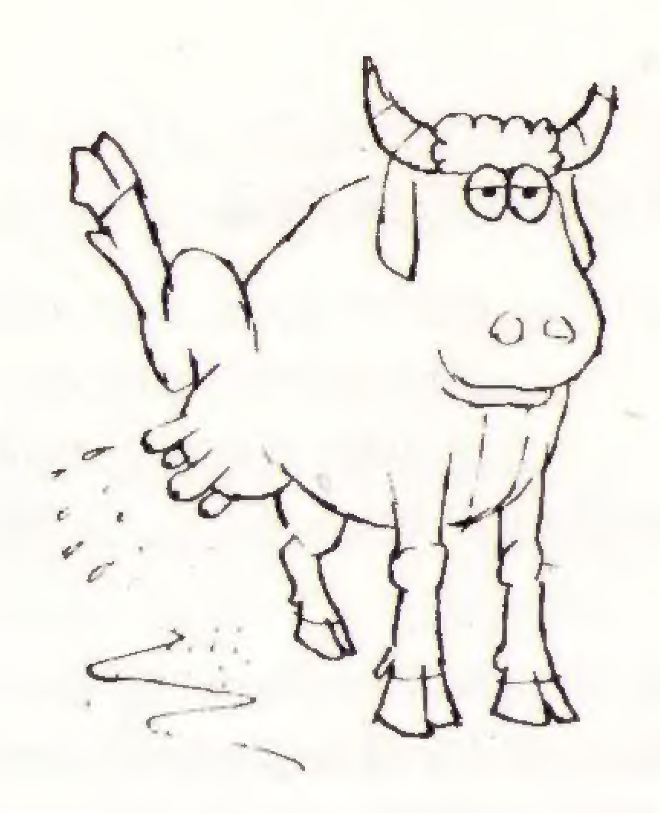
Die Warnung von Holger Strohm wurde in keiner Weise beachtet. Persönlichkeiten der GLU-Hamburg boten ihm stattdessen den ersten Platz auf der „Grünen Liste" an, falls er der „Bunten Liste" den Rücken kehren würde. Mit Kommunisten, Schwulen und Kriminellen jedoch könne man nicht zusammenarbeiten! Eine Stimme im Hintergrund forderte sogar: „Eliminieren. Eliminieren! Weg mit dem Pack! Eliminieren!"
Auf die Frage, ob die GLU-Hamburg auf die Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppen und - Persönlichkeiten verzichten würde, erklärte man Holger Strohm: „Die sind in Ordnung. Mit denen müssen wir zusammenarbeiten!"
Beim Verlassen des Saales wurde Holger Strohm von einer alten Dame begleitet, die ihm gegenüber verlauten ließ: „Der Hitler hat's richtig gemacht, wie der das Volk fesselte. Wir müssen es mache wie der Hitler, nur nicht so viel sagen. Herr Strohm, nehmen Sie sich ein Beispiel am Hitler und immer an ihn denken. Dann wird alles gut!"

RICHTER ODER KUHHÄNDLER – DAS WAR HIER DIE FRAGE

Kiel
20. April

Die Aktionen der Kieler Bürgerinitiative gegen Atomanlagen während der ‚Kieler Woche' im vergangenen Jahr hatten jetzt ein gerichtliches Nach(schau)spiel.

Worum ging's? Die letzte ‚Kieler Woche' stand unter dem ansprechenden Motto: „Wirtschaft verbindet die Völker".



Damit der Deutsche Industrie- und Handelstag sich ungestört propagandistisch ausbreiten konnte, waren alle anderen Aktivitäten auf der Straße, wie übrigens in jedem Jahr, von der Stadt verboten worden.

Nichtsdestoweniger baute die Bürgerinitiative wie gewohnt ihre Stände auf. Doch das Auge der Gerechtigkeit blickte mit Strenge zu. Ergebnis: Die Stände wurden mit viel Grün abgeräumt und drei Bürgerinitiative-Mitgliedern flatterte ein Bußgeldbescheid über je 100 DM ins Haus. Dagegen wurde natürlich Einspruch erhoben, nicht zuletzt auch deshalb, weil noch während der ‚Kieler Woche' durch das Landesverwaltungsgericht Schleswig das Verbot politischer Betätigung aufgehoben wurde. So kam es denn also zum Prozeß.

Richter Rössler wollte die ganze Sache mit viel Ruhe über die Bühne bringen. Um das tun zu können, glaubte er eins der drei Verfahren gesondert verhandeln zu müssen, was ihm einen Befangenheitsantrag einbrachte, In der sich hinziehenden Pause betätigte sich Rössler als Kuhhändler. Schon vor Prozeßbeginn hatte er den Angeklagten einen umwerfenden Vorschlag gemacht: Einstellung zu Lasten der Angeklagten. Logischerweise handelte er sich eine Absage ein. Jetzt fragte er nach, ob der Befangenheitsantrag zurückgezogen würde, wenn er alle drei Verfahren zusammen behandeln würde. Gesagt, getan.

Doch bevor die Sache weiterging, gab es noch ein kleines Zwischenspiel. Die Zuschauer hatten die Pause genutzt, um ein Flugblatt zu verlesen, in dem die Methoden und der Auftrag von Richter Rössler deutlich gemacht wurden. Wir erlebten 15 Minuten ‚Gericht verkehrt' oder besser ‚Gericht endlich mal richtig'. Rössler saß zwar noch auf seinem angestammten Platz, aber das war jetzt eine Anklagebank geworden.

Eine volle viertel Stunde verteidigte er sich gegen Vorwürfe, wies entrüstet Behauptungen zurück und verwahrte sich gegen Unterstellungen. Nach dieser Ein-Mann-Show machte auch der Staatsanwalt zum ersten Mal den Mund auf. Ihm war mittlerweile das ganze Verfahren zu lächerlich geworden. Er plädierte auf Einstellung zu Lasten der Landeskasse, da der Vorfall eine zu geringe Bedeutung habe und die Kosten den Angeklagten als Strafe erscheinen müßten. Darauf Rechtsanwalt Gallette: „Zum ersten Mal in meinem Leben stimme ich einem Antrag der Staatsanwaltschaft zu. Allerdings ist die Begründung falsch."
Nun, der Richter folgte, wie meist, dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Das Verfahren wurde nach 2-stündigem Schauspiel eingestellt.



GEMEINDERAT VERHINDERT JUZE-LÖSUNG

BAD SCHUSSENRIED
25.April

Bericht aus dem selbstverwalteten Jugendzentrum mit dem Hinweis: „Unser Kampf muß leider weitergehen. Die schon ausgehandelte ‚Lösung' (siehe ID 225) ging in die Hosen" :

Die Schweinerei ist perfekt. Am 20.April verhinderte der Schussenrieder Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung mit überwältigender Mehrheit durch die Ablehnung nachfolgender Erklärung einen bereits zwischen Stadtverwaltung und JUZE in Sachen Mietvertrag ausgehandelten Kompromiß:

„Das selbstverwaltete Jugendzentrum Bad Schussenried ist in seiner Programmgestaltung völlig unabhängig und wird dafür vom Gemeinderat auch inhaltlich nicht verantwortlich gemacht (zum Beispiel durch Finanzmittelkürzung oder -entzug, Kündigung etc.). Das Jugendzentrum haftet nur für den ordnungsgemäßen Zustand der überlassenen Räume."

Sinngemäß das gleiche hatte uns Bürgermeister Kohler unter dem Eindruck der 600-Leute-Demonstration am 8. April bereits schriftlich und öffentlich in der Lokalpresse zugesichert. Das war für das JUZE die entscheidende Voraussetzung, um die im städtischen Mietvertrag von uns geforderte TRÄGERSCHAFT für alle im JUZE laufenden Veranstaltungen auswärtiger Organisationen zu „schlucken", und auch die Alternativzeitung MOTZER verzichtete erst nach Kohlers Zugeständnissen auf die Nutzung des JUZE für „Lesersitzungen".

Alle Zeichen standen auf Kompromiß und die baden-württembergische Landespresse berichtete in der Woche nach un-

wir jede Menge Leute brauchen, die für wenig Geld und mehr aus Solidarität (Straßen-)Musik, Theater und dergleichen machen.

Wir denken auch an Diskussionen mit Leuten und Initiativen, die selber schon Hausbesetzungen durchgeführt haben. Meldet euch zuhauf und rasch bei:
Selbstverwaltetes Jugendzentrum, Schulstraße 15 - 17
7953 Bad Schussenried

GRÖSSTES JUGENDZENTRUM DES SAARLANDES ERÖFFNET!

SAARBRÜCKEN
April 1978

Folgendes Interview übernehmen wir (auszugsweise) aus der Saarbrücker 'Stadtzeitung' Nr. 13, April:

Frage: Wann wurde das Jugendzentrum eröffnet? Wieviele Mitarbeiter gibt es?

Ein Mitarbeiter: ..... am 18.4.78 ist die offizielle Eröffnung mit einer Großveranstaltung. ... Es gibt vier hauptamtliche Mitarbeiter, wovon einer nur Verwaltung und wirtschaftliche Sachen im Moment noch macht.

Frage: Wie wird im JUZ gearbeitet?

Mitarbeiter: Wir hatten ursprünglich vor, das JUZ als JUZ in Selbstverwaltung mit der Trägerschaft eines e.V. zu machen, was wir aber gegen die Stadtverwaltung nicht durchsetzen konnten.... Es gibt eine Satzung des JUZ, worin die Kompetenzen beschrieben und abgegrenzt sind. So steht z.B. darin, daß die Verwaltung in inhaltliche Arbeit nicht eingreift. Die entscheidende Einschränkung gegenüber einem JUZ mit Trägerverein besteht bei der Einstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Vollversammlung des JUZ hat zwar ein Vorschlagsrecht, aber nicht die Möglichkeit, die Einstellung einer Person zu ver-

PROVINZTREFFEN IN WERTHEIM 2. BIS 4. JUNI 78

WERTHEIM
14. April 78

Nachdem der Regionalzusammenschluß der Jugendzentren Franken-Hohenlohe in ca. 1/2-jährlichem Abstand Seminartreffen organisiert hat, soll diesmal etwas anderes versucht werden, nämlich das PROVINZTREFFEN. Hier soll die Möglichkeit der Kontaktaufnahme, des Informationsaustausches, künftige gemeinsame Aktionen für alle vorhandenen Alternativprojekte und fortschrittlichen Gruppen in der Region Franken-Hohenlohe, Unterfranken gegeben werden. Ohne Seminarcharakter, sondern durch Infostände, durch direkte Gespräche, durch die gemeinsamen Feten. Sowohl Jusos, Judos, DGB-Jugend als auch JZs, Alternativzeitungen, KKW-Gruppen usw. sind angesprochen.

Die Regionalzeitung TRAUM(A)LAND soll als Forum für Vor- und Nachbereitung dienen.
Vorbereitungstreffen: Sonntag, den 30. April ca. 15.00 h im JZ Amorbach (Nähe Miltenberg) – anschließend läuft ein Fest auf einer Burg in der Nähe bis weit in den 1. Mai (Zelte? !) Wer noch Informationen braucht:
Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim

JUZ-JUBILÄUM

Stetten
5.4.78

Wir vom selbstverwalteten Jugendzentrum Stetten im Remstal feiern vom 12.5. bis 15.5. unser 10-jähriges Jubiläum. Dazu möchten wir alle, die Luschthen, mit uns zu feiern, einladen. Es wäre nicht schlecht, wenn jede teilnehmende Gruppe eine kleine Wandzeitung zu ihrer jetzigen Situation machen könnte.

Freitag, 12.5. zeigen wir unseren Film "10 Jahre Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum", Samstag, 13.5.

AACHENER SCHÜLERZEITUNG WEGEN TERRORISMUS–ARTIKEL ANGEZEIGT

AACHEN
6. April

Kaum war die erste Ausgabe erschienen, wurden wir bereits an einigen Schulen verboten; mit der Begründung, Teile unseres Inhalts verstößen gegen Paragraphen unseres Strafrechts. Genannt wurden unter anderem §§ 130a, 88a, 140, etc. So wurde dann unsere Zeitung zur Rechtsprüfung ans Kultusministerium weitergeleitet. Heute steht fest:

Bei der Staatsanwaltschaft Aachen liegt eine Anzeige gegen die neun verantwortlich zeichnenden Redaktionsmitglieder wegen § 140 StGB, Billigung von Straftaten, vor. Das Kommissariat 14 und die Kripo sind bereits eingeschaltet und ermitteln gegen uns. Die Staatsanwaltschaft bezieht sich in ihrer Anzeige auf den Terrorismusartikel auf den Seiten 9/10.

Als wir diese Nummer herausbrachten, waren wir uns darüber im Klaren, daß wir harte Reaktionen zu erwarten hätten. Doch erschien uns in der Situation voranschreitender Reaktion (die CDU hatte bei uns gerade eine Offensive gestartet) und totaler Tabuisierung des Themas Terrorismus an unseren Schulen (und nicht nur da) das Risiko lohnenswert. An unserer Einstellung hat sich nichts geändert. Auch in unserer zweiten Nummer gehen wir hart gegen die sogenannte 'freiheitlich-demokratische Grundordnung' vor, doch legen wir alle unsere Artikel vorher unserem Rechtsanwalt – wir waren gezwungen uns einen zu nehmen – vor.

Daß wir das Risiko der harten Schritte eingingen hat sich gelohnt. Noch nie hatten wir eine solche Rückkoppelung, Meist kam es zu Sympathiekundgebungen unserer Mitschüler. Von denen die meisten zwar nicht unsere Auffassungen zum Thema 'Terrorismus' teilen, aber durchaus der Meinung sind, man dürfe uns nicht verbieten.

serer Demonstration einhellig: Das JUZE ist gerettet.

Doch die beispiellose Ignoranz der Schussenrieder Stadträte („Persilscheine stellen wir dem JUZE nicht aus"!) kennt keine Grenzen. Sie wollen uns Jugendliche ganz offensichtlich ab 1. Mai auf die Straße setzen. DA KÖNNEN SICH DIE HERREN ABER AUCH GANZ SCHÖN TÄUSCHEN!

Angesichts der neuen Situation lehnte die Juze-Mitarbeiterversammlung am Tag nach der Ratssitzung mit großer Mehrheit die Unterzeichnung des Mietvertrages weiter ab. Gleichzeitig wurden neue Kampfmaßnahmen diskutiert. Eine neue Mobilisierung gestaltet sich aber nach dem Höhepunkt der Demonstration und deren vermeintlichem Erfolg nicht ganz einfach. Wir haben jetzt mit einer Leserbriefkampagne in der Lokalpresse begonnen. Ferner holen wir die Gemeinderäte durch massenweise Protestschreiben an die einzelnen Herren aus ihrer Anonymität heraus und machen sie für alle jetzt zu ziehenden Konsequenzen namentlich verantwortlich. (Vergeßt nicht, daß das in einer Kleinstadt, einem größeren Dorf mit 6000 Einwohnern durchaus noch wirksam sein kann.)

In einem ‚Bevölkerungsflugblatt' an alle Haushaltungen spielen wir die Kompromißbereitschaft des Bürgermeisters gegen die Unnachgiebigkeit des Stadtrats aus und kündigen gleichzeitig an, daß wir das JUZE nicht kampflos verloren geben werden. Wir haben die Bürger auch zu einem Diskussionsabend eingeladen.

HAUSBESETZUNG

Und vor allem: Wenn ihr diesen ID lest, haben wir wahrscheinlich bereits mit der JUZE-Besetzung begonnen, obwohl wir im Moment überwiegend noch skeptisch sind, eine solche Maßnahme überhaupt durchstehen zu können. Die Angst vieler potentieller Besetzer vor Repressionen ist groß und vor allem auch berechtigt. Trotzdem: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Für Veranstaltungen während der Besetzungszeit können

hindern oder durchzusetzen. Es gibt eine mündliche Übereinkunft mit der Verwaltung, daß keine Leute im JUZ eingestellt werden, die von der Vollversammlung abgelehnt werden. ....
Die Vollversammlung besteht aus den Mitarbeitern des JUZ und den anwesenden Jugendlichen. Alle Anwesenden sind gleichermaßen stimmberechtigt.

Frage: Was ist euer Hauptanliegen?

Mitarbeiter: .... Wir müssen versuchen, die Gruppe der ehrenamtlich mitarbeitenden Jugendlichen zu vergrößern, bevor wir das Haus in seinen ganzen Möglichkeiten nutzen können. Leute, die Interesse an einer Mitarbeit haben oder sich informieren wollen, kommen am besten dienstags um 19 Uhr auf unsere Vollversammlung.

Jugendzentrum, Försterstr., 66 Saarbrücken

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Tel. 0611/ 70 43 52
Verantwortliche Redakteurin:
Jutta Fries

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

wollen wir ein großes Straßenmusikerfest machen. (Es kommen Klaus der Geiger, Mobiles Einsatzorchester Bochum, Bruno Eckhardt, Mischi Elvira, Gisela, Anne aus Köln. Es sollte ein Fest mit Musik und vielleicht ein bißchen Theater geben. Wir haben dazu auch die Hausbesetzer aus der ganzen BRD eingeladen.) Sonntag, 14.5. zeigen wir den Film "4 Fäuste für ein Halleluja". Soweit zum Programm, es kann sein, daß noch der eine oder andere Programmpunkt dazukommt. Die Gruppen, die teilnehmen wollen, sollen sich so schnell wie möglich mit uns in Verbindung setzen, und uns mitteilen, wann sie kommen und mit wieviel Leuten. Alle Teilnehmer erhalten nach der Anmeldung noch genauere Nachrichten (Anfahrtsweg, Übernachten usw.)
Bis dann.
Kontaktadresse: Eberhard Kögel, Wielandstraße 5, 7053 Kernen/Stetten, Tel.: 07151/41730, ab 17 Uhr

JUGENZENTREN IN SELBSTVERWALTUNG ADE!

STUTTGART
14. April 78

Dies könnte als Motto des CDU-Kultusministerium-Referentenentwurf (uff) gelten. Offiziell noch nicht bekannt, in der Praxis zum Teil in den negativen Auswirkungen schon angewandt, wurde er mit Hilfe der Deutschen Jungdemokraten – DJD – möglichst allen Jugendzentren in Baden-Württemberg zugänglich gemacht, damit man sich rechtzeitig darauf einstellen und etwas dagegen unternehmen kann. Falls ein Jugendzentrum in Baden-Württemberg ihn noch nicht bekommen hat, kann ihn kostenlos, jeder andere gegen Einsendung von 1 DM in Briefmarken (den Referentenentwurf plus mehrere verschiedenartige Stellungnahmen – insgesamt eine 40seitige Broschüre) bestellen bei:
DJD Landesverband Baden-Württemberg, Rotebühlstr. 133, 7000 Stuttgart 1

Unser konkretes Anliegen: Aus der eben geschilderten Situation des Verbots und der Anklage ist leicht zu verstehen, wieso sich unsere finanziellen Probleme seit der ersten Nummer nur mehr verschlimmert haben, Wir bekommen von keinem halbwegs 'anständigen' Geschäft mehr eine Anzeige, die linken Läden, Pinten, etc klappern wir gerade erst ab; außerdem müssen wir unseren Anwalt bezahlen.

Mit anderen Worten – wir sind zu einem Großteil auf euere Unterstützung angewisen um die Öffentlichkeit, die wir brauchen zu erreichen und uns trotz aller Versuche der Reaktion zu verbreitern (teilweise ist uns das schon an der Uni-AC gelungen, indem wir in einschlägigen Studentenkneipen verkauft haben und einen 'Bomben'erfolg hatten. Auch die nächste Nummer werden wir an der TH verteilen).
Spenden, Kontakt: Schülerzeitung 'Sumpfblüte', c/o Till Walther, Melatenerstr. 153, 5100 Aachen, Tel.: 0241/39085




SCHÜLERZEITUNG VON RECHTEN BOYKOTTIERT

GRASHAUSEN März 78 — *Die Schülerzeitung 'Babbelgamm' schreibt zum Erscheinen ihrer Nr. 9 folgenden Brief:*

Mit dieser Ausgabe hatten wir einige Schwierigkeiten, da der Kreisvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (NPD-Jugendorganisation) und mehrere jeversche Geschäftsleute versuchen, uns durch eine Hetzkampagne mundtot zu machen. Der Neonazi und seine Anhänger erzählen überall herum, Babbelgamm sei ein Terroristenblatt und dürfe daher nicht mit Anzeigen unterstützt werden. Der Besitzer einer hiesigen Supermarktkette hörte so etwas offenbar gern und nahm die Verleumdungen zum Anlaß, seine Kollegen in einer Sitzung des jeverschen Einzelhandels dazu aufzufordern, nicht mehr im Babbelgamm zu inserieren.

Die Auswirkungen dieses Boykotts bekamen wir rasch zu spüren: die meisten Anzeigenkunden hielten sich an die Absprache und einige sagten sogar ganz offen, sie könnten nicht inserieren, weil sie sonst Ärger bekommen würden. Das Erscheinen von Babbelgamm Nr. 9 verzögerte sich aufgrund dieser Schwierigkeiten um 3 Monate, denn wir sind finanziell fast vollkommen auf Inserate angewiesen.

Natürlich haben wir versucht, dieser Kampagne entgegenzutreten. Wir haben uns mit den Geschäftsleuten unterhalten, um sie über die Hintergründe der Verleumdungen und über unsere wirklichen Ziele aufzuklären. Doch zeigte sich, daß es in der gegenwärtigen politischen Situation kaum mehr möglich ist, sachliche Gespräche zu führen, sobald man als Sympathisant verschrieen ist. Die meisten Leute, mit denen wir diskutierten, denken so: Kritiker = Linker = Kommunist = Sympathisant = potentieller Terrorist.. Doch dies ist wohl leider ein allgemeines Problem und keine auf Friesland beschränkte Erscheinung. Wir werden unsere Arbeit auf jeden Fall fortsetzen und vor allem etwas gegen die Nazis unternehmen.

Und noch eine Bitte an alle Schülerzeitungen: Schickt uns möglichst eure neueste Zeitung!

Kontakt: Schülerzeitung 'Babbelgamm', Postfach 313, 2942 Jever.

FREIE SCHULE ESSEN KÖNNTE DEN BETRIEB AUFNEHMEN!

Essen April 78 — *Die Essener Stadtzeitung 'Klartext' stellt in ihrer Aprilnummer die momentane Situation der Essener 'Freien Schule' dar:*

Hier Auszüge:

Eine Schule, in der die Kinder in kleinen Gruppen lernen können; in der sie nicht bürokratisch nach Jahrgängen getrennt, sondern ungefähr nach Altersunterschieden zusammengefaßt werden, sich darüberhinaus auch altersunabhängig in verschiedenen Interessegruppen zu gemeinsamem Lernen zusammenfinden können; die nicht vorfabrizierte Lehrpläne einfach durchpauken, sondern gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern offene Curricula entwickeln will; in der die Eltern direkt an der Unterrichtsgestatung beteiligt werden; in der Kinder, die körperlich, psychisch oder sozial behindert sind, mit allen anderen gemeinsam betreut werden und nicht in Sonderschulen ihre Sozialisation zu einem Unterprivilegiertenstatus erhalten; die den Schülern die Befähigung zu Selbstbestimmung vermitteln will; in der das Gelingen von kollektiven Arbeiten den Konkurrenzspielchen traditioneller Schulen vorgezogen wird; die ein Lernen ohne Angst ermöglichen will.

Wird denn ein "Schulversuch Katerberg" verhindert, weil sich die ähnliche pädagogische Konzeption in Hannover - Glocksee bereits bewährt hat und weitere derartige Resultate nicht erwünscht sind?

Seit Herbst 1974 besteht ein Arbeitskreis, der sich mit Alternativen zur bestehenden Schule befaßt und langfristig das Projekt einer FREIEN SCHULE ESSEN ins Auge gefaßt hat. Ein Jahr später kam es dann zur Grundung des Vereins, in den darauf folgenden Monaten wurde die pädagogische Grundkonzeption entwickelt und erste Gespräche auf kommunaler wie ministerieller Ebene angeleiert. Mittlerweile trafen die ersten Reaktionen von Erziehungswissenschaftlern und auch Lehrern aus dem ganzen Bundesgebiet ein, manche wollten sofort mit dem Unterricht beginnen - das Interesse war außerordentlich groß; von Hartmut von Hentig, Oskar Negt, Arnold Langenmayr und anderen kamen ausführliche und zustimmende Gutachten.

Die Stadt Essen war ebenfalls bereit, die Einrichtung der Freien Schule in E-Katernberg zu unterstützen, damit die bildungspolitische Landschaft hier verbessert werde, natürlich immer in Absprache mit dem Kumi. Vertreter der Stadtverwaltung waren bei der Anmietung eines z.T. leerstehenden Schulgebäudes in der Katernberger Str. behilflich – Entgegenkommen in winzigen Schritten. Denn die Hindernisse waren enorm: Renovierung der Räume, Finanzierung der Ausbauarbeiten und der Miete, die sich incl. Heizung auf 550 DM beläuft. Am 1.10.77 wurde die Schule mit einem fröhlichen Fest eröffnet und mit einer regelmäßigen Durchführung von nicht genehmigungspflichtigen Aktivitäten begonnen:
jeweils an Nachmittagen führen Mitarbeiter Kurse im Lesen und Rechtschreiben, Fotografieren, Spielen und Basteln, Töpfern, Kochen und Backen, Musizieren durch oder helfen bei den Hausaufgaben. Parallel läuft eine Eltern-Kinder-Gruppe, alle 14 Tage findet ein Eltern-Gesprächskreis statt.

Doch all das läuft ohne finanzielle Unterstützung des Ministeriums. Die Verhandlungen über die Aufnahme eines geregelten Schulbetriebs mit dem neuen Schuljahr ziehen sich immer noch hin, zäh wie Brei. Sollte in den nächsten Wochen eine definitive Absage erfolgen, sieht sich der Verein gezwungen, einen Antrag auf staatliche Anerkennung einer privaten Ersatzschule zu stellen, wobei die Erstellung des Finanzierungsplans wohl die größten Schwierigkeiten bereiten dürfte. Das Kultusministerium nennt für sein Zögern u.a. das mangelnde öffentliche Interesse an einem derartigen Schulversuch, obwohl nicht nur von Erziehungswissenschaftlern, sondern auch gerade von betroffenen Eltern aus Katernberg ein starkes Interesse zu verzeichnen ist. Mindestens 30 Kinder kommen nachmittags in die Schule, bei Festen sind es weit über 100. Mehr als 20 Eltern haben ihre Kinder bereits auf einer vorläufigen Anmeldeliste eingetragen. Nun wartet man auf die "Erlaubnis".

Was die Kinder anbelangt, so ist ihr Interesse das gewichtigste Argument für diese Schule. Jene, die einmal den Weg dorthin gefunden haben kommen immer wieder. Zum einen können sie dort dufte Sachen machen; Töpfern, Kneten, Modellieren, was man will; oder etwa Fotografieren mit anschließendem Entwikkeln in der Dunkelkammer; zum anderen müssen sie hier nicht kleine Hilfsdienste ausführen wie meistens zu Hause, sondern können ihre Vorhaben selbst mitplanen, sind bei allem von Anfang an beteiligt. So zum Beispiel beim Kochen: mit einem Betreuer stellen sie den Speisezettel zusammen, gehen gemeinsam einkaufen und machen sich dann an die Vorbereitungen, und sie machen das sehr gut. Einen Teil des Nachmittags verbringen viele Kinder mit dem Erledigen ihrer Schulaufgaben. Zusammen geht es viel leichter, unterstützt von einem Lehrer werden fast alle Probleme gelöst.

Trotz aller öffentlichen Resonanz und den in Gang gekommenen Diskussionsprozessen ist die Kommunikation mit den betroffenen Eltern in Katernberg eher noch unzureichend; die Kinder, die regelmäßig in die Schule kommen, erzählen zu Hause davon, worauf einige Mütter und Väter zu den Gesprächskreisen kommen. Es gibt dennoch viele Familien hier in Katernberg, die gar nichts von der Freien Schule wissen oder höchst diffuse Vostellungen haben.

Für alle Eltern und andere Interessierte findet ein Gesprächskreis statt, Mittwochs abends um 20.00 Uhr. 14-tägig, der nächste Termin ist am 3.5.78.
Alle sind herzlich eingeladen!!!

FREIE SCHULE, Katernberger Str., 4300 Essen



NOCH MEHR AKTIONEN – REAKTIONEN ZUR WIEDEREINFÜHRUNG DER GEWISSENSPRÜFUNG FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

GÖTTINGEN
21. April

Von einem Beteiligten erhielten wir aus Göttingen folgenden Bericht:

Die Aktion lief sehr gut! Neben den Unterzeichnern des Flugblatts verbrannten drei Leute aus dem Publikum ihre Wehrpässe. Die Aktion war als Kundgebung angemeldet und per Presseerklärung angekündigt. Im NDR wurde vorher über die geplante Wehrpaßverbrennung berichtet. Der Ablauf: Zuerst trugen wir von Borchert "Sag nein" vor, dann jeder von uns eine Passage des Flugblatts, wobei dann der erste Wehrpaß angezündet wurde. Während ein Wehrpaß nach dem anderen brannte, wurden Texte verlesen (ein Anti-Kriegs-Gedicht, eine Satire: Gewissensprüfung für Soldaten, ein Text über den dritten Weltkrieg und einer über Wehrpaßverbrennung als Mittel der US-Opposition gegen den Vietnam-Krieg, schließlich ein Text von Thoreau: "Über die Pflicht zum Ungehorsam". Auf dem Marktplatz hörten etwa 200 Leute zu und klatschten. Die Tagesschau-Berichterstattung war o.k., aber Nowotnys Kommentar in den Tagesthemen war an Boshaftigkeit wohl kaum zu überbieten: er verglich die Aktion mit den Bücherverbrennungen der Nazis. Das werden wohl nicht viele Leute ernst nehmen, denn um diesen Vergleich zu wagen, darf man rein gar nichts von der Wehrpaßverbrennung und rein gar nichts von der Nazi-Bücherverbrennung verstanden haben. Schließlich war unser Anliegen der Aufruf zum gewaltlosen Widerstand gegen die Barbarei. Und wer die Texte liest, die wir vorgetragen haben, wird schwerlich finden, daß sie geeignet wären, etwa „sozialistische" Staaten und Kriege zu rechtfertigen (wie die 'Welt' unserem 'Volksfront-Flugblatt' unterstellen wollte). Für Nowotnys plumpe Polemik nach dem Schema rot = braun kann es nur eine denkbare Entschuldigung geben: er hat drei Meter Wehrpässe im Bücherschrank. Wenn die Wehrpässe die Kultur dieses Staates repräsentieren, dann sind wir allerdings Barbaren – aber nur gegen die Militarisierung, nie gegen die Menschen!

Kontaktadresse:
Thomas Iffert, Reinholdstr. 5, 3400 Göttingen

Zum gleichen Thema:

KARLSRUHE
13. April

Vor dem Eingang des Bundesverfassungsgerichtes warten Personen, die nur Einlaß zugesichert bekommen haben, um die Verkündigung des Urteils über die Wehrdienstnovelle 'life' mitzubekommen. Sie sind rechtzeitig genug gekommen, um nach der Kontrollprozedur noch rechtzeitig zum Beginn der Sitzung um elf Uhr Einlaß zu finden. Doch dann müssen sie erfahren, daß sie hingehalten werden, trotz Einlaßkarten keinen Einlaß finden: Zivildienstleistende, Vertreter der Kriegsdienstverweigererorganisationen und der KDV-Betreuer-Organisationen. Vorwand: Es sei kein Platz mehr. Gleichzeitig werden durch einen Nebeneingang mit Bussen herangefahrene Bundeswehrsoldaten eingelassen und später müssen die draußen verbliebenen erfahren, daß noch Plätze frei gewesen sind. Wollte das Bundesverfassungsgericht unter seinesgleichen bleiben? Anscheinend ja, wie aus dem Bericht über das Urteil und seine Begründung in den zwölf Uhr-Nachrichten zu entnehmen war.

In anderen Orten der Bundesrepublik, 13. und 14.4.78: Aus Enttäuschung über das negative Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verbrennen Kriegsdienstverweigerer und solche, die Ersatzdienst leisten, ihre Wehrpässe. Insgesamt sind es über 130 Personen, die ihrem Unwillen symbolischen Ausdruck geben, als Kriegsdienstverweigerer einer Militärbehörde untergeordnet zu sein, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil bekräftigte.

In Lübeck und Hamburg loderten bereits am 8. April 11 Wehrpässe auf einer Demonstration von etwa 130 Zivildienstleistenden. Am 14.4. entzündeten in Göttingen 13 Antimilitaristen das Kreiswehrersatzamt-Eigentum; diese Verbrennung und die Demonstration von 200 Personen wurde im Fernsehen übermittelt.
Vier Personen wurden in Hannover bei der Wehrpaßverbrennung verhaftet, gegen zwei läuft eine Strafanzeige.
Ebenfalls vier Personen wurden in Kassel vorübergehend festgenommen, als sie mit weiteren elf ihre Wehrpässe entzündeten.
Zu keinen Zwischenfällen kam es in Bielefeld, wo fünf Personen auf einer Demonstration von 300 zündelten, und auch in Köln, wo es immerhin 18 Verbrenner waren, griff die Polizei nicht ein.
In Karlsruhe selbst gaben drei Personen spontan ihrer Enttäuschung Ausdruck, und in Tübingen waren es neun, die ihren Wehrpaß vernichteten.
Fünfzehn weitere Personen waren es schließlich in München, die sich ebenfalls zu diesem Schritt entschlossen.

Auf die Verbrennung von Wehrpässen kann unter voller Ausnutzung der bestehenden Gesetze wegen Verunglimpfung von staatlichen Symbolen und Urkundenvernichtung eine Geldstrafe bis DM 1.000.– und Haftstrafen bis zu 50 Tagen ausgesetzt werden.

WIEDER OPPOSITIONELLE LISTE BEI OPEL–BOCHUM

BOCHUM
27.April

Auch zur diesjährigen Betriebsratswahl bei Opel in Bochum lehnte es die IG-Metall ab, mit der Gruppe von ausgeschlossenen oppositionellen Gewerkschaftern (GOG) auf einer alphabetisch geordneten Liste zur Persönlichkeitswahl anzutreten. Schon im April 1977 hatte die Vertrauenskörperleitung Druck vom IG-Metall Vorstand aus Frankfurt bekommen; unter anderem mit der Drohung, die Delegierten-Mandate für den Gewerkschaftstag zu entziehen, weil sie einen Beschluß für Persönlichkeitswahl gefaßt hatte. Daraufhin wurde in Bochum geplant, es wie 1975 zu machen, zwei Listen zu bilden, die beide offizielle IG-Metall-Listen sind, eine mit den alten Berufsbetriebsräten um den Betriebsratsvorsitzenden Peschke, die zweite mit den Leuten aus dem Vertrauenskörper, die gegen die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter, die „Liste für die Belegschaftsforderungen" antreten sollte. Dieser Plan wurde vom IG-Metall-Vorstand aber auch gestrichen, und es kam alles etwas anders.

Am 19. März wurde durch die Vertrauensleutekonferenz (von über 600 waren nur 381 anwesend) die offizielle Liste mit über 100 IG-Metall Kandidaten erstellt. Die Liste begann mit einem Dreierbündnis aus rechter SPD, DKP und CDU (Perschke und Labensberg, Jaszczyk, Beiske), erst auf den billigeren, unsicheren Plätzen folgten einige der ‚liberaleren' Vertrauensleute (auch SPD).

Die schöne Einigkeit hielt nicht lange vor: zunächst stieg die CDU aus, wohl auf Weisung ihrer Sozialausschüsse, und bildete die Liste „Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer in der IG-Metall" mit 37 Kandidaten (Liste 1), dann folgte die „Liste der Alternative für Arbeiter-Interessen" (Nr. 3) und die „Basis-Liste" (Nr. 6), ein einzelner türkischer Kollege bildet die Liste 4 und die IG-Metall die Liste 2.

Die oppositionelle „Liste für die Belegschaftsforderung" beteiligte sich nicht am allgemeinen Hick-Hack, sondern legte in der Zwischenzeit als einzige ein Programm vor (Liste 5, Programm siehe ID Nr. 222). Die zum Teil recht forsch anmutenden Namen der übrigen 5 Listen tarnen lediglich Parteipolitik und persönliches Karrierebedürfnis, haben aber in keiner Weise Stellungnahmen zu den Problemen der Arbeiter bei Opel-Bochum als Hintergrund. Also, meint die Liste 5, gibt es nur eine Alternative bei Opel: die Liste 5.

Kontakt: **Opel-Solidaritätskomitee, c/o ESG**
Postfach 520 229; 4630 Bochum

BETRIEBSRATSWAHLEN BEI DAIMLER-BENZ: 27 % FÜR DIE LINKE LISTE IN UNTERTÜRKHEIM

STUTTGART
27. APRIL

Ein Journalist berichtet über die Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz (die Geschichte der Gewerkschaftsopposition findet ihr in den ID's 72 und 75):

Wahlerfolge links (aber auch rechts) von der IG-Metall

Bei den Betriebsratswahlen im Werk Untertürkheim der Daimler-Benz-AG hat die erneut in Opposition zur IG-Metall angetretene „Linke Liste' mit den bisherigen Betriebsräten Willi Hoss und Werner Mühleisen ihre Position behaupten können. Die „Linke Liste" errang bei den Arbeitern mit 27 % der Stimmen acht Betriebsratsmandate, drei mehr als bei der Wahl vor drei Jahren. Die oppositionelle Liste Hoss/Mühleisen/d'Andrea war seit 1972 im Betriebsrat aktiv vertreten.

Die IG-Metall verlor mit 65 % der Stimmen drei Betriebsratsmandate und kommt so nur noch auf 19 Sitze im Rat. Bei den Angestellten konnte sich die IG-Metall behaupten. Hier verlor lediglich die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Stimmen und Mandate. Die rechte, gewerkschaftsfreie Liste „Ulrich Ruth" gewann bei den Angestellten drei Mandate. Der ebenfalls rechte „Christliche Metallarbeiterverband" ist mit zwei statt wie bisher mit einem Betriebsrat vertreten. Der CDU-Verband „Christlich-Demokratische Arbeitnehmer" (CDA) hat zwei Sitze im Rat.

Wahlbetrug?

Die Betriebsratswahlen in Untertürkheim sollen angefochten werden. Augenzeugen berichteten, daß sie bei der Stimmenauszählung Wahlbetrug festgestellt haben. Die oppositionelle Liste Hoss/Mühleisen hat über eine mögliche Wahlanfechtung beraten. Beim Öffnen mehrerer Wahlurnen sind zusammenhängende Briefstapel zum Vorschein gekommen. Ein Wahlbeobachter: „So konnte dies unmöglich durch den Briefschlitz der Urne gesteckt worden sein. Die lagen alle mit der Öffnung in der gleichen Richtung. Auf allen Wahlscheinen waren Kreuze für die IG-Metall gemacht."

Proteste beim Wahlvorstand sind erfolglos geblieben. Dieser hat, so der Wahlbeobachter, es abgelehnt, die Zahl der abgegebenen Stimmen mit der Zahl der auf den Wahllisten abgehakten Namen zu vergleichen.

Kontakt über ID, Stichwort BETRIEB. Die oppositionelle Liste ist zu erreichen über „Plakat", c/o Peter Grohmann, 7000 Stuttgart 1, Kernerstr. 31, Tel. 0711/26 43 45.



"Sie mit Ihrem Schräubchen, meckern Sie doch nicht; sehen Sie sich mal die Männer an — das sind Schrauben!"

BEI DEN BAUARBEITERN IST WAS LOS

WEST-BERLIN
26. APRIL

Berliner Kollegen berichten über die Tarifauseinandersetzungen im Baugewerbe:

Endlich: Warnstreiks!

„Seit Menschengedenken zum ersten Mal" haben in West-Berlin vom 12. bis zum 14. April 4300 Bauarbeiter je zwei Stunden auf Signal der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden hin die Arbeit niedergelegt. Die Warnstreiks zogen sich den ganzen Tag hin. Die Großbaustellen Schlangenbader Straße, Kongreßzentrum, Neuköllner Krankenhaus sowie kleinere Baustellen bis 30 Mann runter beteiligten sich an dem Warnstreik.

Ein paar Impressionen von einzelnen Baustellen: Auf der Großbaustelle Kongreßzentrum, z. Z. größtes Bauprojekt in Berlin (oberster „Schirmherr" ist die Neue Heimat), drehte sich während des Warnstreiks ein Kran weiter. Der Kranlenker konnte nicht erreicht werden, da die ansonsten übliche Funkanlage fehlte. Die Metallarbeiter auf dieser Baustelle solidarisierten sich und legten für ebenfalls zwei Stunden die Arbeit nieder. Auf den Großbaustellen Schlangenbader Straße Nord und Süd formierten sich die Kollegen zu einem Demonstrationszug und zogen zum „Kundgebungsort". Weitere größere Warnstreiks fanden auf den Baustellen Krankenhaus Neukölln (ca. 150 Kollegen), Französische Siedlung und U-Bahn-Siemensstadt statt. Fast alle Warnstreiks wurden bei Terminbauten durchgeführt. Auf einer Baustelle holte ein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär die Polizei, um sich vor dem drohenden Hinauswurf durch den Baukapitalisten zu ‚schützen'.

Somit ist der Bann gebrochen: die IG-Bau kann doch streiken! Die Solidarität ging quer durch die Berufsgruppen am Bau bis zu den angestellten Polieren und Bauführern. In Berlin war die Stimmung vor allem bei den Putzern und Maurern seit langem nach Streik.

Ähnliche Warnstreiks, durch die Gewerkschaft eingeleitet, gab es im ganzen niedersächsischen und norddeutschen Raum. Nach Angaben des Bundesvorstandes der IG-Bau streikten allein am 12. April in Nordrhein-Westfalen 25 000 Bauarbeiter. In Hamburg legten 12 000 Kollegen, in Schleswig-Holstein 8 000, in Osnabrück 5 000 die Arbeit nieder. Insgesamt beteiligten sich 135 000 Bauarbeiter an den Warnstreiks.

Die Situation des Baugewerbes und die Unruhe unter den Bauarbeitern

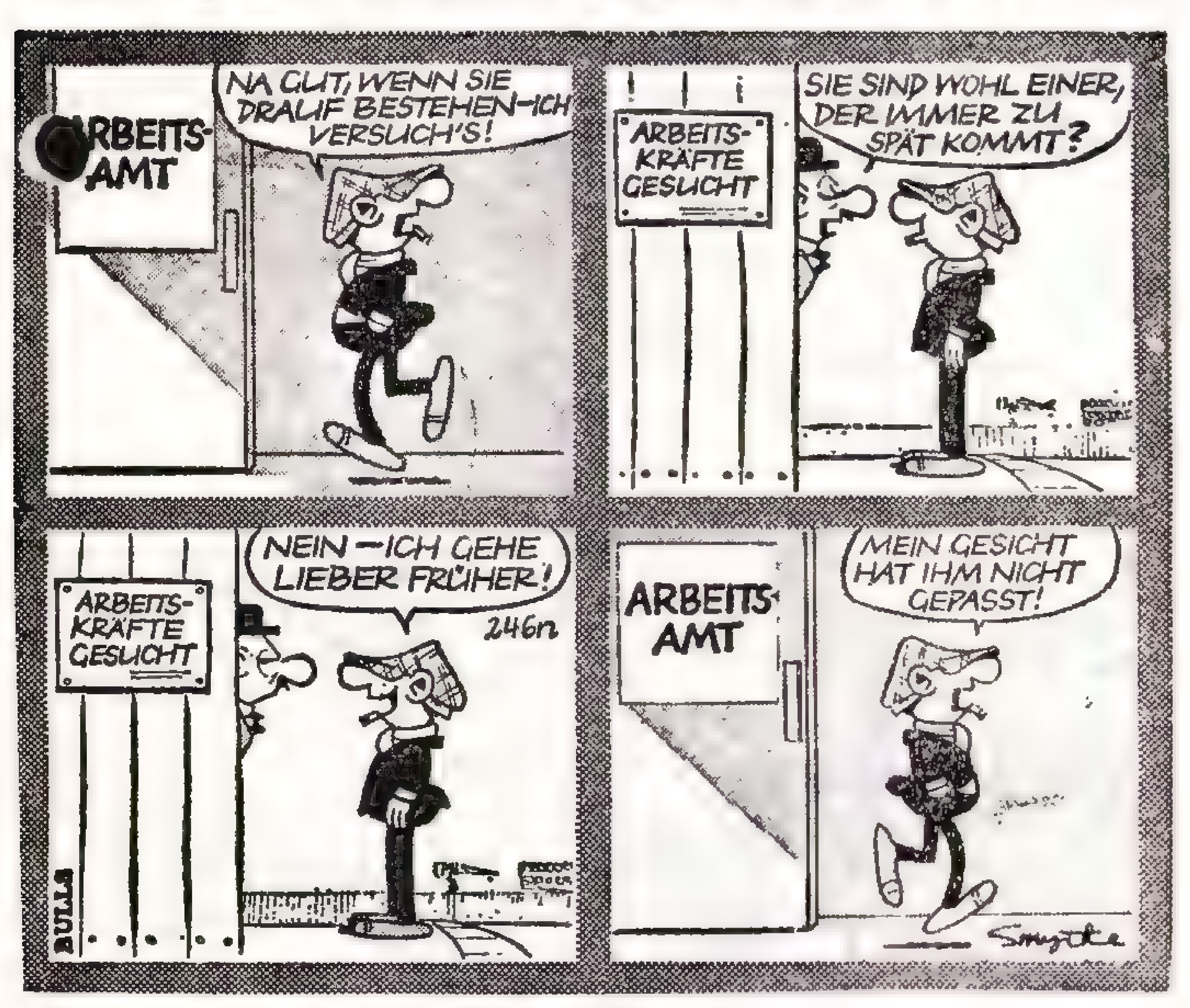
Die Gründe für den Warnstreik liegen auf der Hand. In Berlin beispielsweise sind jetzt 15 % der Bauarbeiter (6500 Kollegen von ca. 40 000) arbeitslos. Bei den Angestellten in den Planungsbüros liegt die Arbeitslosigkeit bei 30 % ! Im Bundesgebiet mußten in den letzten Jahren 400 000 Kollegen das

Baugewerbe verlassen. Sie waren vor Jahren noch in anderen Branchen untergekommen, vor allem im öffentlichen Dienst. Hier herrscht heute weitgehend Stellenstop. Woanders sieht es nicht besser aus.

Dementsprechend gehen die Pleiten von Klein- und Mittelbetrieben weiter, während die großen Baufirmen wie Holzmann, Dyckerhoff, Hochtief, Strabag usw. expandieren und ihre Tätigkeit zunehmend auf Bautätigkeiten im arabischen und nordafrikanischen Raum verlegen. Dort sind die Profite gut, und Rechte der Arbeiter und Angestellten wie Betriebsverfassung, Kündigungsschutz, Achtstundentag sind Fremdwörter.

Nach Angaben von Bruno Köbele vom Bundesvorstand der IG-Bau betrug der Produktivitätszuwachs 1973 bis 1977 46,7 %. Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie selber spricht immerhin von einem Zuwachs von 18 % (Baubeschlag-Magazin 2/78). Die Steigerung der Produktivität je Arbeiter war 1977 7,9 %. Der Anteil des Lohns am Umsatz ist von 41,4 % im Jahr 1969 auf 33,6 % im vorigen Jahr gesunken. (Gewerkschaftszeitung „Grundstein" 3/78). Dies ist nur zu einem Teil den Rationalisierungsinvestitionen zuzuschreiben, der weit größere Teil geht aus der Arbeitshetze hervor, die durch Angst vor dem Arbeitsplatzverlust noch verschärft wird. Die gesundheitliche Belastung ist enorm hoch, dafür spricht die hohe Rate an Frührentnern. Den Kollegen wurden rigoros die übertariflichen Zulagen gestrichen, ein großer Teil arbeitet unter dem Tariflohn. Die Bauarbeiter sind auf den 20. Platz in der Lohnskala gerutscht.

In Berlin sind alle Akkordtarife gekündigt. Bisher ist es zu keinem einzigen Abschluß eines neuen Akkordtarifvertrages gekommen. Die Taktik der Unternehmer läuft darauf hinaus, möglichst viele Akkordwerte zu drücken. Die betrieblichen und zum Teil nach Kolonnen unterschiedlich ausgehandelten außertariflichen Zulagen werden rigoros gestrichen. Leistungen, die im Neubau auf Akkord gearbeitet wurden, werden in der Altbaumodernisierung auf Stunden abgerechnet. Effektivlöhne um die 18 DM fallen so auf 10 bis 11 DM.



Bauindustrie: Klassenkampf von oben

Außer der Kündigung der Akkorde versuchen die Unternehmer, auf breiter Front vorzugehen: Die Schlichtung zum Bundesrahmentarifvertrag, die von der Großen Tarifkommission der IG-Bau bereits angenommen war, wurde von den Baukapitalisten nicht angenommen. Die einzelnen regionalen Baukapitalistenverbände lassen bewußt offen, ob sie bundesweit ausgehandelte Tarifergebnisse überhaupt regional übernehmen.

Das Angebot von 4,4 % beim Lohntarif sollte angesichts des Abschlusses von 4,5 % bei ÖTV und 5 % bei Metall die Kollegen vom weiteren Kampf abhalten. Die Gewerkschaft fordert 7,7 %. Auf den Baustellen wird den Kollegen die Rechnung aufgemacht, daß ein Streik sie teurer kommt als die eventuell über 4,4 % hinzugewonnenen Prozentbruchteile. Diese Rechnung ist offensichtlich nicht aufgegangen.

Das Vorgehen der Gewerkschaft

Die Mitgliederzahl der IG-Bau hat von 1974 bis 1976 um 20 000 abgenommen (express 3/78). Ständig gibt es Austritte wegen der unbeweglichen und sozialpartnerschaftlichen Haltung der offiziellen IG-Bau. Der Organisationsgrad der IG-Bau ist deshalb niedriger als in den anderen Branchen. Dies ist die Quittung einer jahrelangen Politik der Klassenversöhnung, die nicht unwesentlich auf den früheren IG-Bauvorsitzenden und abgesägten Verteidigungsminister Georg Leber zurückgeht. Der jetzige Bundesvorsitzende Sperner ist nicht besser. Er ist aus der Berliner UGO (Unabhängige Gewerkschaftsorganisation), einer Abspaltung vom FDGB in Berlin 1948, inszeniert durch die SPD, hervorgegangen. (Da kann ich mir schon ein paar gute Gründe vorstellen – oder sammelten sich die Arbeiterfreunde unbedingt bei der SED? Richard vom ID.) Sperner hatte sich bisher vornehmlich auf Tips an die Bundesregierung und die Bauunternehmer betreffs Baugenehmigungsverfahren und Wohnungsbauprogrammen und auf die Mitarbeit im Rationalisierungsausschuß für das Bauwesen verlassen. Das Gewerkschaftsorgan „Grundstein" enthält seit Jahren seine langweiligen Tiraden in dieser Richtung.

In der IG-Bau regen sich seit Beginn der Krise neue Kräfte. Forderungen nach rechtzeitiger öffentlicher Bekanntgabe der Tarifforderung, nach umfassender Diskussion der Forderungen und Einrichtung von Vertrauensleuten werden laut. Die Gewerkschaftsführung ist damit von zwei Seiten unter Druck. Die Baubosse wollen sie gefügig halten, und die Mitgliederbasis fordert ein kämpferisches Vorgehen.

Warnstreiks und Forderungen

Die jetzigen Warnstreikaktionen sind für einen größeren Streik ein wesentlicher Schritt. Vorerst kommen die Aktionen noch durch Signal der Gewerkschaft zustande. Viele Kollegen haben lange darauf gewartet und sich bisher verschaukelt gefühlt. Wenn es in den letzten Jahren Streiks gegeben hatte, dann bei einzelnen Berufsgruppen wie der dreiwöchige Streik der Granitarbeiter 1977 im Bayrischen Wald, der Streik der Steinmetze 1975 in Hamburg, oder die Streiks der Putzer 1973 und 1976 in Berlin. In allen Fällen haben die Bezirks- und Landesverbände der Gewerkschaft die jeweiligen Kollegen alleine machen lassen, ohne andere Berufsgruppen mit in den Streik zu holen. Dies ist jetzt mit der – hoffentlich nicht einzigen – Welle von Warnstreiks durchbrochen.

Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft zum Rahmentarifvertrag sind: Verlängerung der Kündigungsfristen; Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen von 2 Wochen (bisher war eine einwöchige Kündigungsfrist die Regel); Verlängerung des Urlaubs (der bisherige Urlaub für 18jährige Bauarbeiter beträgt nur 18, für 35jährige 21 Arbeitstage); Verbesserung der Fahrtkostenregelung (die Bauarbeiter müssen die Fahrtkosten zu den ständig wechselnden Baustellen selbst bezahlen); Erhöhung der Erschwerniszulage; Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes.

Die Lohnforderung nach 7,7 % kam dadurch zustande, daß sich der Beirat der Gewerkschaft über die weit darüber hinausgehenden Forderungen der Kollegen aus den Bezirksverbänden (Festgeld oder 10 % und mehr) hinwegsetzte. Darüberhinaus wird die Anhebung des tarifvertraglich abgesicherten 13. Monatseinkommens von 36 auf 72 Gesamttarifstundenlöhne gefordert.

Die Gewerkschaftsführer scheinen an einem Streik kein allzugroßes Interesse zu haben. So bildeten sie „Streikausschüsse", in denen Kollegen von der Baustelle überhaupt nicht vertreten sind. Diese „Streikausschüsse" setzen sich aus dem Landesvorstand, den hauptamtlichen Sekretären und den Fachgruppenvorsitzenden des Bauhauptgewerbes zusammen. Die Bildung dieser „Streikausschüsse" erfolgte nach den Warnstreiks. Offenbar waren die Gewerkschaftsführer überrascht, daß sich so viele Kollegen an den Warnstreiks beteiligten. Diese Ausschüsse dienen wohl eher dazu, den Streiks die Spitze zu nehmen, ja es überhaupt nicht zu einem allgemeinen Streik kommen zu lassen.

Kontakt: Klaus Hermann c/o Rene, Eisenbahnstr. 6 1000 Berlin 36.

ZUVIELE KRANKSCHREIBUNGEN – BERUFSVERBOT FÜR ÄRZTE?

KÖLN 10. APRIL *Die Betriebskrankenkasse der Kölner Ford-Werke hat ein Verfahren gegen 19 Kölner Ärzte erzwungen, die ihr zu viele Krankschreibungen verteilten. Den Ärzten, die hauptsächlich ausländische Patienten haben, droht eine Geldstrafe und der Entzug der Kassen-Praxis durch die kassenärztliche Vereinigung. Dazu ein Artikel aus dem Kölner Volksblatt:*

FLIESSBANDKRANKE

„Endmontage, Tariflohn, Betriebskrankenkasse." Das waren die ersten Ausdrücke, die Abdullah M. in der Bundesrepublik lernte. Ausdrücke, die seine Funktion beschreiben. Der 34jährige Türke arbeitet am Fließband des Ford-Werkes. Eine monotone Tätigkeit, die ihn zunehmend strapaziert.

Denn mit dem vielgepriesenen Autoboom ist die Bandgeschwindigkeit erhöht worden. Die Taktzeiten liegen in einigen Produktionsstätten bei einer Minute und weniger. In den Werkshallen hört man kaum ein deutsches Wort. Die Bänder sind bis zu 95 Prozent mit Türken besetzt. Auch privat bleiben die türkischen Arbeitnehmer unter sich, leben zum großen Teil in firmeneigenen Wohnheimen.

Seit gut 3 Jahren ist Abdullah M. in regelmäßiger ärztlicher Behandlung: Magengeschwüre und ein hartnäckiges Bandscheibenleiden. „Symptome, die gerade bei den ausländischen Bandarbeitern sehr häufig festzustellen sind", erklärt sein Hausarzt. „Die Ursachen sind hierbei sicherlich die erschwerten Lebens- und Arbeitsbedingungen."

Der Mediziner, dessen Praxis keinen Steinwurf von den Ford-Wohnheimen entfernt liegt, wird Tag für Tag von durchschnittlich 30 türkischen Patienten aufgesucht. Es hat sich im Werk herumgesprochen, daß er sich ausreichend Zeit für eine gründliche Behandlung nimmt. „Und" so meint Abdullah, „er behandelt uns wie Menschen." Eine ärztliche Qualität, die nicht unbedingt die Regel zu sein scheint.

So berichten türkische Arbeiter, daß sie des öfteren mit sanfter Gewalt aus den Wartezimmern verschiedener Ärzte gewiesen wurden. Und Abdullahs Hausarzt erhielt von Kollegen den Hinweis, sein Wartezimmer „sauberzuhalten". Verständlich also, warum die türkischen Arbeiter inzwischen nur bestimmte Ärzte aufsuchen.

Im Sommer letzten Jahres bekamen eben jene Mediziner die Rechnung präsentiert. Jetzt müssen sie sich vor einem Prüfungsausschuß rechtfertigen. Die kassenärztliche Vereinigung richtete an 19 Kölner Ärzte ein Schreiben, in dem ihnen vorgeworfen wurde, „ihre kassenärztliche Pflicht aufs Gröbste verletzt" zu haben. Sie hätten zu vielen Patienten, in erster Linie Ausländern, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt. Initiiert wurde die Kampagne durch die Betriebskrankenkasse (BKK) der Ford-Werke. Im Hintergrund stand die Tatsache, daß der Automobilkonzern im letzten Jahr Lohnfortzahlungen von über 100 Millionen Mark ausspucken mußte. Obwohl der Schaden allein dem Konzern entstanden ist, wurde die Betriebskrankenkasse aktiv.

TÜRKEN ALS DRÜCKEBERGER?

Die Frage nach dem „Warum" stand dabei gar nicht zur Debatte. Alsdann gingen die Ärzte auf die Barrikaden, brachten ihre Argumente beim Prüfungsausschuß der kassenärztlichen Vereinigung vor. Schließlich stand ihre Existenz auf dem Spiel, konkret: Schadenersatz und der Entzug der Kassenzulassung.

Daß krankgeschriebene Gastarbeiter keine Drückeberger sind, versuchte einer der angeschuldigten Ärzte zu beweisen: „Bei der Beobachtung speziell des von ausländischen Arbeitnehmern erstellten Krankenguts stellte ich schon seit langem fest, daß eine Häufung von Erkrankungen und Geschwürbildungen im Magen und Darm auftreten sowie Erkrankungen an der Wirbelsäule. Weiter eine erhöhte Anfälligkeit für Virusinfekte, Hauterkrankungen und Depressionen", heißt es in einem von ihm erstellten Gutachten. „Dabei ist zu berücksichtigen, daß den ausländischen Arbeitnehmern die wesentlichen psychologischen Entlastungen fehlen, wie Familie, eigene Wohnung, ausreichende Kommunikation, Obsorge für Wäschepflege und Ernährung, Möglichkeiten, sich der Umgebung mitzuteilen und Probleme zu verarbeiten". „Ich habe eher den Eindruck", meint der Mediziner, „daß im Moment der Produktionsanfall so groß ist, daß man alles mobilisieren will."

Wie der Produktionsanfall im Konzern aussehen dürfte, machen einige Zahlen klar. Während 1975 die Ford-Gewinne bei 125,3 Millionen Mark lagen, kletterten sie ein Jahr später bereits auf 723,5 Millionen Mark hoch. 1977 wird der Gewinn noch höher gewesen sein, da der Umsatz zum ersten Mal die 10-Milliarden- Grenze überschritt.

DER KRANKENSTAND

Der Krankenstand der BKK-Mitglieder im gesamten Bereich der Lohnempfänger liegt bei 7,8 Prozent, der der türkischen Arbeitnehmer bei 7,9 Prozent. Viel Lärm um wenig also. Doch wichtig scheint dabei die Breitenwirkung. „Sowohl die Ärzte wie die ausländischen Patienten sind jetzt eingeschüchtert worden", stellt ein Arzt aus dem Arbeiterviertel Ehrenberg fest. „Früher standen an die 35 Türken bei mir in der Sprechstunde. Heute sind es vielleicht noch 10." Und ein anderer Kollege erklärt frank und frei: „Ich schreibe jetzt nur noch im äußersten Notfall krank. Soweit reicht die Liebe nicht."

Kontakt: Kölner Volksblatt, Tel. 0221/21 36 85



„Hier integrieren wir drei Italiener, acht Spanier oder zwölf Türken"

FRAUENKONGRESS

AMSTERDAM
22. April

Am 15./16. April tagte im Frauenhaus Amsterdam die internationale Konferenz für „Houses for Battered Women", veranstaltet von der holländischen Organisation „Blijf van m'n lijf". Es nahmen Frauen aus 13 Ländern teil, sie gaben folgende Presseerklärung heraus:

„Obwohl sich für die einzelnen Häuser in den verschiedenen Ländern die praktischen Probleme unterschiedlich stellen bezüglich Wohnverhältnisse, finanzieller und politischer Situation, stimmen wir überein, daß die Tatsache, daß Frauen mißhandelt werden, in der internationalen Hinnahme von Frauenunterdrükkung wurzelt. Die allgemeine Einstellung, daß Frauen minderwertig seien, wird gewöhnlich verstärkt durch die Medien.

Bei der Konferenz herrschte ein Gefühl von gegenseitiger Unterstützung und Solidarität, das alle anwesenden Frauen empfanden.

Wir sind uns einig, daß die Zufluchtstätten nicht geöffnet werden, um karitative, billige Alternativen zu bestehenden sozialen Institutionen zu liefern, sondern um einen sicheren Raum bereitzustellen, in welchem Frauen und ihre Kinder lernen können, sich selbst zu bestimmen. Dies ist Teil des größeren Kampfes für Frauenbefreiung, der eine Bewegung ist zur Erreichung von Rechten für Frauen: ökonomische Unabhängigkeit, alternative Kindererziehung (shared child care, free state nursery provisions), gleiche Arbeitsmöglichkeiten und Rechte zur freien Wahrnehmung sexueller Bedürfnisse, z.B. frei verfügbare Verhütungsmittel, freie Abtreibung und Schluß mit der Diskriminierung und Illegalisierung der lesbischen Frauen.

Der generelle Konsens nach zweitägigen Arbeitsgruppen und Diskussion war der, daß Frauen, die zu Zufluchtstätten kommen, ein Problem hervorheben, das alle betrifft und das ein Symptom der patriarchalischen Gesellschaft ist, in welcher wir als Frauen gezwungen sind zu leben, d.h. daß alle Frauen von der Gesellschaft mißhandelt werden."

Kontaktadresse: „Frauen helfen Frauen", 69 Heidelberg, Schloßwolfsbrunnenweg 18a



2 JAHRE FRAUENZENTRUM

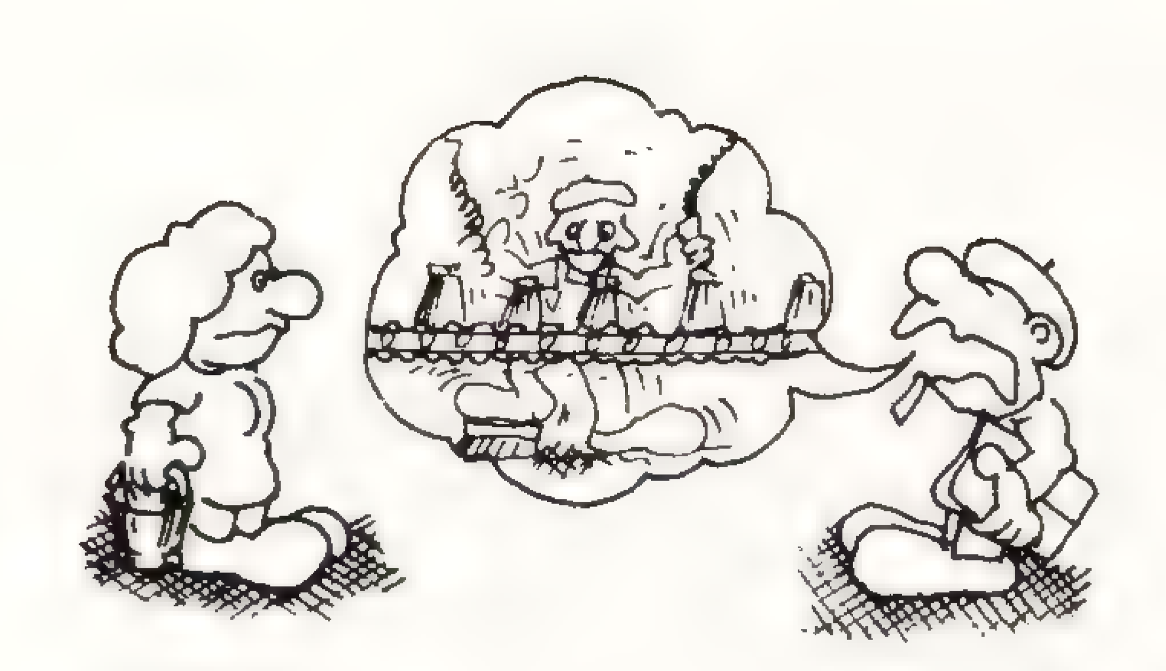
NEU–ISENBURG
22. April

Am 23. April haben wir – Frauen aus dem Frauenzentrum Neu-Isenburg unser 2-jähriges Geburtstagsfest gefeiert. Dazu ist eine Broschüre von uns fertiggestellt worden, die unsere Erfahrungen der letzten zwei Jahre aufzeigt. Mit der Broschüre wollen wir einen Einblick in den Alltag des Frauenzentrums geben, neuen Frauen davon berichten, was bei uns geschieht und wo sie mitarbeiten können. Unser Erfahrungsbericht soll auch die Frauen, die schon länger im Zentrum sind, zur Diskussion ermutigen und anderen Frauengruppen und -zentren Anregungen geben.

Zu bestellen für DM 3.– incl. Porto gegen Vorauszahlung an die Bezirkssparkasse Langen, KtoNr. 22718313

Frauenzentrum Neu-Isenburg, Buchenbusch 29, 6078 Neu-Isenburg, Tel. 06102/34338

Mo 19.30 Plenum, 1. Mo im Monat Neuenabend, Mi und Fr 17-20h Beratung, Mi und Fr 20-23h Kneteka, Sa und So 15-18h Cafe



SOMMERUNIVERSITÄT

BERLIN,
24. April

Die Vorbereitungsgruppe der Frauenuniversität 1978 in Berlin teilt mit: das Thema der 3. Frauen-Uni lautet: "Frauen und Mütter. Ideologie, Wirklichkeit oder konkrete Utopie? Sie schlägt folgende Themenkreise vor:

1. Geschichte (Vom Mutterrecht bis zur industriellen Reservearmee)
2. Mutterschaft und Berufstätigkeit (Bedingungen in der BRD; Krippen; staatl. Maßnahmen, Gesetze; Doppelbelastung)
3. Biologie der Frau (Schwangerschaft; Potenz; oder Impotenzgefühle durch Gebährfähigkeit)
4. Weibliche Psyche (Frauen das verrückte Geschlecht)
5. Das Kind (Wer ist ein Kind; Leben mit Kindern ... und was sie verändern, wenn Frau es zuläßt, an sich etwas verändern zu lassen)
6. Darstellung der Mutter in Kunst und Literatur.

Einsendeschluß für die Titelangabe eures Beitrages mit kurzer Interpretation für das Programmheft ist der 15. Juni 1978. Termin der Frauen-Uni: Anfang Oktober. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben. Denkt bitte daran, rechtzeitig Bildungsurlaub zu nehmen.

Kontaktadresse: Sybille Voelker, Uhlandstr. 78, 1 Berlin 31



AN ALLE FRAUEN, DIE HIER IN DER BRD SEIT DER REFORM DES § 218 ABGETRIEBEN HABEN!

Darmstadt
21.4.78

Frauen aus Darmstadt schickten uns folgenden Brief:

Obwohl der § 218 reformiert wurde, stoßen wir immer noch auf Schwierigkeiten, wenn wir hier in Deutschland abtreiben wollen. Diese Schwierigkeiten sind weniger eine Frage der Erlangung der Indikation, sondern nach unseren Erfahrungen beziehen sie sich mehr auf den medizinischen Bereich. Aufgrund unserer Erfahrungen haben wir uns überlegt, daß es dringend notwendig ist, Alternativen zu schlechten Kliniken zu finden. Wichtig bei der Beurteilung von Kliniken, Krankenhäusern und Ärzten ist es, zu wissen, wie das allgemeine Verhalten gegenüber den abtreibenden Frauen ist. Eine Abtreibung ist ja nicht nur eine medizinische Angelegenheit, sondern auch eine psychische. Daher die Bitte an alle Frauen, die in den letzten drei Jahren abgetrieben haben, uns ihre Erfahrungen mit Ärzten oder Kliniken, die entweder absaugen, ausschaben oder andere Methoden anwenden, mitzuteilen. Wir wollen die ausgewerteten Informationen an Frauenzentren, Beratungsstellen, Frauenärzte etc. weiterleiten, damit abtreibungswillige Frauen nicht der Willkür einiger Ärzte ausgeliefert sind.

Kontaktadresse:
Jutta Haase/Irmgard Zimmer, Mollerstr. 45, 6100 Darmstadt
Tel.: 06151/ 77 813

DEMOKRATISCHER ZWISCHENFALL IM BUNDESTAG

BONN 17. APRIL *Während der zweiten Lesung der Anti-Terrorgesetze im Bonner Bundestag hatte eine junge Frau ein Transparent mit der Aufschrift „Verteidigt die Demokratie! Gegen die Sondergesetze!" von der Ballustrade der Zuschauertribüne in den Abgeordnetenverschlag hinein entrollt. (siehe ID 219) Die kommunistische Arbeiterzeitung, das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands hat ein Interview mit der Frau gemacht, aus dem wir zitieren:*

„(. . .)

Als ich hörte, daß die Gesetze am 16. 2. im Bundestag gelesen werden sollen, bat ich im Bundeshaus um einen Zuschauerplatz, den ich auch zugesichert bekam. Ich wollte genaueres über die Stellung einzelner Vertreter politischer Parteien erfahren, vor allem auch die angekündigten Reden von einigen SPD-Parlamentariern, die gegen die Gesetze sind, zu hören.

Dann kam zum Wochenende zuvor das in Ulm. Ich war im Zug auf der Rückreise nach München und schlief. Ich hatte mich mit meinem Mantel leicht zugedeckt. Plötzlich wurde mir der Mantel weggerissen, und als ich daraufhin meine Augen öffnete, sah ich einen Mann, der gerade meine Handtasche ausleerte. Ich dachte zuerst an einen Dieb und schrie: ‚Was machen sie da'. Da sah ich dann, das hinter den Zivilen zwei uniformierte Polizisten mit Maschinenpistolen standen. Auf meine dauernden Fragen, was los sei, bekam ich zuerst überhaupt keine Antwort. Erst nach mehrmaliger Untersuchung meiner Tasche forderte mich der Beamte auf, meinen Ausweis zu zeigen. Ich bat ihn, sich ebenfalls auszuweisen und einen Grund für die rüde Durchsuchung zu nennen. Beide Fragen ignorierte er trotz mehrmaliger Wiederholungen. Als ich mich selbst dann korrekt ausgewiesen hatte und hoffte, der Spuk sei vorbei, wurde ich aufgefordert, zur Bahnpolizei mitzukommen. Ich wies darauf hin, daß mein Ausweis ja in Ordnung sei und ich morgen früh pünktlich zur Arbeit müsse, aber das nützte nichts. Als der Zivilbeamte einfach meinen Koffer packte und ging, blieb mir nichts anderes über, als mitauszusteigen. Da ging der Spuk überhaupt erst los.

Auf dem Bahnsteig „erwarteten" mich ca. 10 bis 15 Polizisten mit Maschinenpistolen. Ich glaube es kann sich jeder vorstellen, daß der Gang über den Bahnsteig entlang zweier menschengefüllter Züge (fast an allen Fenstern standen Leute und starrten mich an) und mitten durch die volle Bahnhofshalle grauenhaft war. Nicht nur wegen dem Anstarren, sondern vor allem wegen dem Gedanken: ‚Wenn du jetzt eine dumme Bewegung machst, wer weiß, ob bei der vorhandenen Hysterie nicht einer von den hinter dir marschierenden Polizisten einfach losballert.'

(Grund des ganzen Vorgangs: Sie war mit einer steckbrieflich gesuchten Frau verwechselt worden, nämlich mit Friederike Krabbe, der man Mitgliedschaft in der RAF vorwirft.)

(. . .)

So reifte in mir der Entschluß, die Menschen aufzurütteln, die Gefahren für die Demokratie bei uns zu sehen und keine weiteren Gesetzesverschärfungen und Erweiterungen der Polizeibefugnisse zuzulassen. Man kann nicht warten, bis jedem am eigenen Leib sowas passiert und er dann vielleicht endlich kapiert! Da nicht ich, sondern ein Herr Springer die Presse bei uns besitzt, kam ich auf die Idee mit dem Transparent.

Vor dem Bundeshaus bin ich zuerst erschrocken, weil da ein Panzerwagen am anderen stand und am Eingang Maschinenpistolen. Aber ich hatte ja eine Eintrittskarte, und drinnen war es halb so schlimm. Da waren zwar auch fürchterlich viele Beamte, aber auch sehr viele Leute und große Hektik. Dazu muß ich sagen, daß sie das Transparent nur gefunden hätten, wenn sie mich ausgezogen hätten. Das war zwar etwas schwierig, weil es ja andererseits so sein mußte, daß ich es blitzschnell entrollen konnte. Ich glaube, ich habe da eine ganz gute Lösung gehabt. Es hat ja nachher auch geklappt. Auf jeden Fall mußte ich an der Garderobe alles abgeben, bin dann aber ohne Schwierigkeiten in den Saal gekommen.

Als ich rein bin, standen dann plötzlich bei dem Zivilbeamten, der drinnen beim Eingang saß, nochmal vier Männer – sehr offensichtlich auch Kriminalbeamte und schauten dann dauernd auf meinen Platz rüber. Ich fluchte innerlich, da sie es nämlich ca. drei Schritte zur Ballustrade hatten, während es von meinem Platz aus ca. vier Schritte waren. Unten ging die persönliche Abstimmung langsam zu Ende. Ich wurde etwas nervös, weil ich ja nicht dauernd auffällig die Beamten beobachten konnte, andererseits mußte ich wissen, ob die mich beobachten, weil dann wären die schneller vorn gewesen als ich. Als ich dann das fünfte Mal wieder hinsah, sah ich nur noch einen Beamten auf dem Stuhl sitzen. In diesem Moment bin ich losgerannt, ohne auch nur etwas zu überlegen. Es gelang mir auch, das Transparent noch während dem Gehen so frei zu bekommen, daß ich es dann vorne von der Tribüne in den Abgeordnetensaal schütteln und dreimal „Verteidigt die Demokratie – Stimmt gegen die Sondergesetze" rufen konnte. Dann zogen mich die Beamten, die ja nur 3 - 4 Schritte von mir entfernt waren, weg.

Später erfuhr ich dann aus dem Radio, daß dies gar nicht die Schlußabstimmung war, sondern ein Vorgeplänkel über einen ‚kleinen Anti-Terror-Gesetzentwurf'. „Zum Abtasten der Stimmverhältnisse" – wie die Radiokommentatorin meinte.

(. . .)

Die Beamten, die die Frau festnahmen, stellten Strafanzeige wegen ‚Störung gesetzgebender Organe'.

INITIATIVE GEGEN EINHEITLICHES POLIZEIGESETZ IN HESSEN

FRANKFURT 20. April *Von der Initiativgruppe gegen das einheitliche Polizeigesetz in Hessen erhielten wir folgenden Bericht:*

Unsere Gruppe ist aus der Veranstaltung über die Polizeigesetze entstanden, die in Frankfurt im Rahmen des Russell-Tribunals stattfand. Wir trafen uns im Club Voltaire, redeten über unsere persönlichen Erfahrungen mit Polizeiübergriffen und überlegten, wie wir den Widerstand gegen das "Einheitliche Polizeigesetz" mobilisieren können.

Dieses Gesetz ist die letzte noch nicht verabschiedete Maßnahme des 1972 beschlossenen "Anti-Terror-Pakets". Diese Woche (am 18.4.) treten die durch Bundesgesetz geregelten Anti-Terror-Gesetze in Kraft. Schon jetzt ist es der Polizei erlaubt Kontrollstellen zu errichten und ganze Wohnblocks zu durchsuchen. Und all das konnte ohne einen nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden.

Der Musterentwurf für das "Einheitliche Polizeigesetz" wurde am 11.6.76 von der Innenministerkonferenz verabschiedet, um die Länderparlamente zu einer einheitlichen Polizeigesetzgebung zu veranlassen – und damit die föderative Struktur aufzuheben, die bisher noch eine gewisse Sicherheit gewährleistete. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist der Musterentwurf bereits angenommen. Danach wird es der Polizei erlaubt sein:

schwere Waffen wie Handgranaten und Maschinengewehre gegen Menschenmengen zu richten;
der gezielte Todesschuß – auch auf Kinder unter 14 Jahren;
überall und jederzeit Personenüberprüfungen vorzunehmen und

die Daten zu speichern;
Wohnungen und Geschäftsräume ohne Durchsuchungsbefehl zu vorbeugenden Zwecken zu durchsuchen;

Wie eine Studie des Max-Planck-Instituts in Heidelberg ergab, (siehe Frankfurter Rundschau vom 18.4.78), gibt es nirgendwo in den westlichen Ländern Polizeigesetze mit so weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten. Ein solches Gesetz beschneidet unsere Widerstandsmöglichkeiten, setzt uns alle jederzeit Polizeiterror aus. Wir wollen verhindern, daß es in Hessen – von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt – in einem Überraschungscoup durch das Parlament gepeitscht werden kann.
In Berlin, Dortmund, München, Hamburg und Mainz haben sich bereits Initiativen gegen die Einführung dieses Gesetzes gebildet. Gerade nach unseren Frankfurter Erfahrungen mit der Polizei liegt es nahe, daß wir uns auch hier wehren müssen. Wir haben zunächst geplant mit einer Unterschriftensammlung und einem Stand am 1. Mai in die Öffentlichkeit zu treten, um danach auf einer möglichst breiten Basis mit fortschrittlichen Genossen/innen/Organisationen uns Strategien für unseren weiteren Kampf zu überlegen und durchzusetzen.

Schreibt uns und fordert Informationsmaterial (Broschüren etc.) an!
Unsere Kontaktadresse ist: Christa Schmidt, Alleestr. 6, 6232 Bad Soden, Tel.: 06196/22386

SCHWULE GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND FASCHISMUS!

KÖLN
27. März 78

Am Samstag, den 22. April 1978 findet in Köln die internationale Demonstration und Kundgebung für Auflösung der SS-Verbände und Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda statt.
Die Schwulengruppe 'RAGE' fordert alle Antifaschisten auf, an der Demonstration teilzunehmen. Die Demonstration beginnt um 14 Uhr ab Theodor-Heuss-Ring und die Kundgebung um 15.30 Uhr auf dem Neumarkt.

Warum fordern wir Schwulen zur Teilnahme an dieser Demonstration auf? In den Konzentrationslagern der Nazis wurden auch Tausende homosexueller Männer und Frauen bestialisch gequält und ermordet. Als Erkennungszeichen mußten Schwule ein aufgenähtes rosa Dreieck tragen, den 'Rosa Winkel'. Heute tragen wir wieder den 'Rosa Winkel' als Symbol gegen die Schwulenunterdrückung. Schwule, die die Mordanstalten der Nazis überlebten, haben bis heute keine Wiedergutmachung erhalten. Obwohl der § 175 vor der Machtergreifung der Faschisten ersatzlos gestrichen werden sollte – von den Nazis jedoch verschärft wurde – fand das Bundesverfassungsgericht 1957 im § 175 kein typisch nationalsozialistisches Rechtsdenken. Es erklärte, dieser Paragraph widerspreche nicht dem Grundgesetz der BRD. Auch heute noch gibt es diesen Paragraphen, wenn auch in abgeänderter Fassung.

Und der Boden ist immer noch fruchtbar!

Zunehmende Aktivitäten Neofaschistischer Banden, Einschränkungen der Grundrechte durch Anti-Terror-Gesetze (Polizeigesetz, Razziengesetz, Kontaktsperregesetz, Verteidigerausschlüsse, neue Meldegesetze etc.), Berufsverbote, Zensurparagraphen (z.B. 88 a), Notstandsgesetze und warnende Stimmen auch von liberaler Seite des In- und Auslandes (Russell-Tribunal über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD) zeigen den Weg zum Faschismus auf.

Deshalb sollte es die Pflicht jedes Demokraten und Antifaschisten sein gegen diese Tendenzen anzugehen.

Deshalb beteiligt euch an der Demonstration am 22.4.78 in Köln, denn nur gemeinsam können wir den Neo-Faschismus bekämpfen!

Schwulengruppe 'RAGE', Frohnhauserstr. 27 4300 Essen 1

REHABILITIERUNG SCHWULER KZ–HÄFTLINGE

BERLIN
25. April

Am 8. Mai wird der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus gedacht.
Vor 33 Jahren endete damit die Herrschaft des Nationalsozialismus, unter der Millionen von Menschen ihr Leben ließen. Neben anderen, die der nationalsozialistischen Ideologie widersprachen, ermordeten die Faschisten auch Homosexuelle – die Männer mit dem rosa Winkel. Für die überlebenden Homosexuellen bedeutet jedoch die Befreiung aus den Konzentrationslagern kein Ende ihrer Unterdrückung. Noch bis 1969 existierte die nationalsozialistische Form des § 175. Ein BVG-Urteil aus dem Jahre 1957 bestätigte, daß "der § 175 kein spezifisch nationalsozialistisches Gedankengut beinhalte", Homosexuelle damit keinen Anspruch auf Wiedergutmachung hätten und somit rechtens in den KZs vergast wurden. Die Rehabilitation dieser Homosexuellen ist bis heute nicht erfolgt.

Selbst nach der sogenannten Liberalisierung des § 175 änderte sich die Situation der Schwulen nicht wesentlich. Noch immer werden Homosexuelle diskriminiert und sozial ausgegrenzt. Im Zuge der verschärften Rechtsentwicklung in der BRD kann man eher noch eine Verschlechterung der Lage der Homosexuellen feststellen. So ist es laut OVG-Urteil Münster Schwulengruppen nicht gestattet, für ihre Interessen öffentlich einzutreten, da dieses gegen das gesunde Volksempfinden verstoße. Dieselbe Argumentation mußte den Nazis für die Unterdrückung der Homosexuellen herhalten.

Nie wieder Faschismus!

Rehabilitierung der schwulen KZ-Häftlinge!

Kontaktadresse:
NARGS, Arbeitsgruppe "Repression gegen Schwule" c/o Lothar Lang, Hohrnzollerndamm 17, 1000 Berlin 31

ANTI-FASCHIST FREIGESPROCHEN

MÜNSTER
26.April

Ein Genosse aus Münster schreibt:
„Anfang November 1977 wollten die Jungen Nationaldemokraten in Münster auf einer Geschäftsstraße einen Informationsstand durchführen. Daraus wurde nichts: anti-faschistische Schüler und Jugendliche stellten sich um den Stand herum, tanzten Ringelreien, sangen anti-faschistische Lieder und riefen Parolen. Es sammelten sich 50 Anti-Faschisten und auch schaulustige Menschen. Diskussionsgruppen über diese Aktion und die Aktivitäten der Nazis bildeten sich. Die Jungen Nationaldemokraten bauten grollend ihren Stand ab und verschwanden, ohne daß irgendwelche Zwischenfälle, Handgreiflichkeiten vorgekommen wären.

Zwei Wochen später riefen die Jungen Nationaldemokraten in einem wüsten Hetzflugblatt zu einer Kundgebung auf. Sie bezeichneten die jungen Anti-Faschisten als Mörder von Buback, Ponto und Schleyer und logen, die jugen Anti-Faschisten hätten mit einem Rollkommando den Stand zerstört... Diese Kundgebung der Nazis hätte nicht stattfinden können, wenn die Polizei sie nicht geschützt hätte. Die anti-faschistischen Gegendemonstranten waren absolut in der Mehrzahl. Die zivilen Greiftrupps verhafteten einen jungen Anti-Faschisten, der beim Werfen von 2 faulen Apfelsinen erwischt wurde. Eine traf den Nazistand, die andere einen Bullen am Helm.

In 1.Instanz wurde der Junge zu 200 DM Geldstrafe verknackt (Anfang März). Am 18.April fand die Berufungsverhandlung statt. Der Zuschauerraum war gerammelt voll. Als neue Zeugen traten u.a. ein Vertreter der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit auf. Er berichtete von Drohbriefen an verschiedene Juden in Münster, Hakenkreuzschmierereien und Grabschändungen beim jüdischen Friedhof seit 1975.

Eine Mitarbeiterin konnte von Brandlegungen beim Buchladen ‚Roter Stern', von faschistischen Schmierereien und Zerstörung der Scheiben berichten, seit April 1976. Interessant war das Auftreten zweier ‚Mitarbeiter' der Politischen Polizei: Der eine sagte: „Wir waren zum Schutz der Allgemeinheit im Einsatz." Zur Verhaftung sagte er stolz: „So ein Schultergriff tut nicht ganz unweh." Er sagte, daß der Junge sich nicht gewehrt hätte bei der Festnahme. Ein anderer Bulle, der bei der Festnahme nicht direkt beteiligt war, sagte, er hätte sich stark gewehrt. Auf die dazu widersprüchliche Aussage seines Kollegen angesprochen, meinte er: „Ich möchte mich aber nicht so genau festlegen. Vielleicht hat er ja auch vor Schmerz gezuckt."
Die Richter und Schöffen entschieden nach langer Beratung für Freispruch.

Für die Anti-Faschisten in Münster gibt es viel Arbeit in der nächsten Zeit. Die Jungen Nationaldemokraten treten immer häufiger und frecher auf. Sie haben angekündigt, „bei den nächsten Wahlen Münster zurückzuerobern."
Der Anti-Faschistische Arbeitskreis von Schülern, Studenten und Älteren trifft sich jeden
Mittwoch um 20 Uhr in der ‚Krohnenburg', Hammerstraße.

"WIR MÜSSEN UNS JA MIT ALLEN KRÄFTEN WEHREN!"

HANNOVER, 24. April

Wir rufen alle Sing gruppen und Einzelinterpreten/innen auf, sich vom 23. bis 25. Juni 1978 unter dem Veranstaltungstitel

"Lieder zur Lage im Lande"

in Hannover, Raschplatz-Pavillon, bei Musik, Spiel, Tanz und Diskussion zusammenzufinden.
Berufsverbote, Ausschlüsse aus Organisationen, Einschüchterung, Einschränkung demokratischer Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen und Arbeitslosigkeit sind Alltag.

Das unmenschliche Atomprogramm soll wider besseren Wissens mit aller Gewalt durchgesetzt werden, wobei auch hier die Justiz nicht nur auf einem Auge zu erblinden droht.
Der private Rachefeldzug einiger Anarchisten genannter Wirrköpfe lieferten Regierung und öffentlichen Meinungs-Machern den Vorwand, den Trend zum Polizeistaat in Westdeutschland voranzutreiben.
In diesem Klima wurden und werden Gesetze verabschiedet, die sich nur gegen Terroristen richten sollen; tatsächlich jedoch, breit angewendet, der Willkür gegen die Mehrheit der Bevölkerung Tür und Tor öffnen.
Straßensperren, Kontrollen, Durchsuchung ganzer Häuser auch in Abwesenheit der Bewohner sollen zukünftig nicht mehr Ausnahme, sondern gesetzlich fixierte Regel sein.
Die Bundesregierung begründet viele ihrer Maßnahmen mit dem Hinweis, sie wolle politische Zustände wie in der DDR vermeiden. Dort beruft man sich bei noch viel schärferem Vorgehen gegen jede Opposition auf die Zustände in der BRD. Wir meinen daher, daß auch die Verhältnisse in der DDR nicht unkritisiert bleiben dürfen, soll uns die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu Recht Einäugigkeit vorwerfen.
In dieser Situation gilt es u.E. einen Beitrag zu leisten, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zusammenzuführen, um voneinander zu lernen und der Resignation entgegenzutreten. Wir versprechen uns davon Denkanstöße und eine Stärkung der Kräfte, die den Gewalttendenzen in unserem Lande Widerstand leisten.
Aus dem Spektrum der dargebotenen Lieder wählen wir die 'garstigsten' aus und machen sie zum Gegenstand einer Podiumsdiskussion.
Ingeborg Drewitz hat sich bereits bereit erklärt, die Schirmherrschaft über diese Veranstaltung zu übernehmen. Mit anderen Persönlichkeiten stehen wir in Verbindung.

Interessierte Musik- und Singegruppen wenden sich bitte an die untenstehende Kontaktanschrift wegen weiterer Informationen!

Kontaktanschrift, v.i.S.d.P. Hans J. Riefkogel, Kötnerholzweg 20 3000 Hannover

MOORFEST

Oldenburg 24. April

Pfingsten soll in Oldenburg das große Moorfest steigen.

In Oldenburg und drum herum gibt es Ansätze, Versuche, das Leben zu l e b e n. Doch wer kennt sie schon? Gerade diese positiven lebensbejahrenden Modelle des Miteinanderlebens, gemeinsam Arbeitens sind es wert, der Alltäglichkeit, der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen entgegengestellt zu werden.

Frauen werden über die Frauenhäuser und über die Gewalt gegen Frauen und überhaupt schnacken, Umweltschützer über Strompreisboykott, grüne Listen und atomaren Wahnsinn. Vielleicht werden Sonnenkollektoren und Windräder in der Sonne funkeln und sich auch drehn. Leute von Jugend- und Aktions- und Kommunikationszentren werden kommen. Selbstorganisierte Läden, Kneipen, Naturspeisehäuser, Werkstätten, Kinderläden, Zeitungen zeigen, was sie machen und machen wollen. Kaninchenzüchter, Schafhirten, Hobbygärtner, Torfstecher, Landkommunen sind da. Naturheilkundler, Kräuterhexen, Astrologen, Mystiker, Senner, Asten, Theaterer und Filmer, Yogis, Fakire, Gurus aller Art, ZEN-Ippies, Versunkene erzählen von ihren Hoffnungen und Träumen und wohin die Reise geht.

Neben diesen Sachen soll ein Treffen der Alternativpresse aus dem norddeutschen Raum stattfinden. U.a. soll auch über das geplante Projekt 'Linke Tageszeitung' gesprochen werden.

Druck oder Gegendruck? - Kommunikationszentren - Alternative Technologien - Atommülldeponien - Gesunde Ernährung - Autonomie - Biologischer Anbau - Zukunftswerkstätten - Gegenzeitungen - Linke Tageszeitung - Linke Verlage/Buchhandlungen - AKW-Nee - Arbeitslosigkeit - eine Chance - Wunschrealisation ? - Kollekt. Kneipen

Kontakt:
Koordinationsausschuß ALHAMBRA
Hermannstr. 83
29 Oldenburg
Telefonisch
Wolfgang 0441/17 033
Rainer 0441/63 254
Michael/Karl-Heinz 0441/13 949



'AKTION NULLTARIF' IN AUGSBURG

AUGSBURG
24. April

Augsburger luden am vergangenen Montag die Augsburger Bevölkerung in Form einer 'Amtlichen Mitteilung' zum Fahren zum Nulltarif ein. Außer Reaktionen in der Lokalpresse und anscheinend großer Verwirrung bei städtischen Stellen war auch eine Folge dieser Aktion, daß die Kontrolleure angewiesen wurden, mit Schwarzfahrern, die sich auf dieses scheinbar amtliche Schreiben berufen, nachsichtig zu sein. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Presseerklärung zu dieser Aktion:

"Am Montag wurden von uns mehrere Tausend 'Amtliche Mitteilungen' verteilt.
Die Verkehrssituation in Augsburg ist schlecht, die Wartezeiten sind zu lang, die Fahrpreise zu hoch. Busse und Straßenbahnen überfüllt. Durch ständigen Umbau des gewachsenen Stadtbildes zerstören bürokratische Planer die Stadt. Einen Dreck scheren sich die Verantwortlichen im Stadtrat und in den Verwaltungen um die Bedürfnisse der Bevölkerung nach guter Luft, Grünflächen, und sinnvoll funktionierenden Nahverkehrsmitteln. Bei Wahlen, insbesondere bei der Kommunalwahl im März, schlugen sich die Politiker mit wohlklingenden Phrasen um die Gunst der Wähler, die ihnen dicke Posten und sichere Pfründe bescheren sollen. Heikle Themen werden während dieses Wahlspektakels möglichst vermieden. Wir haben keine Lust, erst auf eine neue Preiserhöhung zu warten, und dann loszuschlagen. Was uns nicht paßt, wollen wir gleich ändern! Darum können und wollen wir eine gewisse Freude nicht verhehlen, wenn Kontrolleure einige Tage lang von "Leuten ohne Fahrschein' die DM 20,-- Erpressung nicht abverlangen dürfen und zwei städtische Telefone heiß liefen.

Aktionen dieser Art brauchen nicht viel mehr als etwas Einfallsreichtum; sie können jederzeit von jedermann in dieser oder anderer Form ausgeführt werden. Das ins Gespräch bringen des Nulltarifs, des Fahrens ohne zu bezahlen, auch Schwarz fahren genannt, ist ein Schritt zur Veränderung des Denkens bei einigen Leuten. Das 'Fahren ohne Fahrschein' ist die Konsequenz aus Gebührenerhöhungen. Was wir wollen, bestimmen wir selbst und machen es, ohne vorher lange zu fragen. Sich und seine Umwelt ändern, oder es bleibt wie es ist, das ist die Alternative. Sonst werden wir tagtäglich von immer neuen Vorschriften und Tarifen geärgert. Nun haben wir den oberen Herren in Augsburg mal in die Suppe gespuckt und schon allein deren dummes und hilfloses Gesicht beim Auslöffeln dieser Suppe ermuntert uns und vielleicht auch andere auf zur neuen Tat.

Unsere Moral: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Ach wie gut, daß niemand weiß ...

Schwarzes Rumpelstilzchen"



ANZEIGENZENSUR DURCH SPRINGER-VERLAG

ELMSHORN
27.April

Von der Russell-Unterstützungsgruppe kommt diese Nachricht:

„In der Unterstützungsgruppe für das Russelltribunal in Elmshorn arbeiten ca. 20 engagierte Demokraten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, im regionalen Bereich Aufklärung über Sinn und Zweck des Russelltribunals zu betreiben. Aus diesem Grunde wurde versucht, in den ,Elmshorner Nachrichten' eine Annonce in der Art, wie in der ,Frankfurter Rundschau' zu plazieren. Dieses Vorhaben wurde jedoch vom Springer-Verlag torpediert. Daraufhin mußte die Unterstützungsgruppe zum Mittel der Flugblattaktion greifen, um ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen zu können. 10.000 Flugblätter wurden in die Haushaltungen getragen und an einem Infostand verteilt.

Wegen der Beschneidung im Grundrecht der freien Meinungsäußerung durch Anzeigenzensur plant die Unterstützungsgruppe Elmshorn eine Podiumsdiskussion mit Politikernder etablierten Parteien, Gewerkschaftern und Journalisten. Der Axel-Springer-Verlag hat eine Beteiligung abgelehnt.
Kontaktadresse: **Peter Hauschildt, Holzweg 43, 22 Elmshorn**

POSTER UND INFORMATIONEN AUS LATEINAMERIKA

Vom Münchener Lateinamerika-Komitee:

MÜNCHEN
24. April 78

Die Informationen über Lateinamerika sind immer noch sehr spärlich. Auch in großen Zeitungen wie die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau etc. findet man meist nur Informationen "a la dpa-ap-upi" – Kurztexte ohne Zusammenhang. Es gibt eine Reihe von guten Zeitschriften, die engagiert über die Situation des Volkes in Lateinamerika berichten und mit denen wir auch zusammenarbeiten (Lateinamerika-Nachrichten in Berlin, "ila" in Bonn, "iz3w" in Freiburg, IGLA-Wien, Lateinamerika Heute e-c.). Was fehlt, sind engagierte Informationen, die folgende Ansprüche erfüllen sollen:

- Eine Poster-Vorderseite, die einen konkreten bildhaften Eindruck vom jeweiligen Thema geben soll.
- Eine engagierte, leicht verständliche Darstellung wichtiger Aspekte der lateinamerikanischen Wirklichkeit mit Hinweisen auf weitergehende Informationen.
- Eine Form der Informationsvermittlung (auch als Wandzeitung einsetzbar), die z.B. in Jugendzentren, Freizeitheimen bei Veranstaltungen, in 3.-Welt-Läden aufgehangen und von vielen gelesen werden können.
- Eine Information, die möglichst wenig kosten soll und somit auch bei Veranstaltungen leicht verkauft werden kann.

Zu Mexiko und Argentinien gibt es die beiden ersten "Kontakte". Bestellung und weitere Informationen über:

Lateinamerika-Komitee, c/o Henio Cano, Orleanstr. 15, 8 München 80

Dort gibt es auch eine Musikkasette "Argenitinische Protestlieder" (life-Aufn.) . Solidaritätspreis DM 9,--, Erlös geht an die Argentinische Menschenrechtskommission.

LÜBECK – ZUCHTHAUS DES NORDENS

LÜBECK/HAMBURG 17. April! *Die Gefangenenselbstinitiative Hamburg und die Knastgruppe Lübeck haben eine Dokumentation über die Zustände im Lauerhof Knast (Lübeck) herausgegeben. U.a. wird über Frauen und Knast, Arbeit und Lohn im Knast und Isolationsfolter berichtet. In der Einleitung heißt es:*

"Repression im 'normalen' Strafvollzug – Stammheim, ein besonderer Übergriff der Justiz, ein Einzelfall?

Wir meinen, daß Stammheim nur die Spitze eines Eisberges darstellt, die zusätzlich noch sehr im Dunkeln liegt. Aber Repression im Knast gibt es schon so lange, so lange es den Knast gibt. Isolationshaft, Rollkommandos und 'Selbst'-Morde sind im Knast an der Tagesordnung. Ein Unterschied ist, daß die Gefangenen namenlos sind, d.h. nicht bekannt sind, daß die Mißstände und Übergriffe der Justizbehörden nicht in die Öffentlichkeit kommen.

Wird doch im Einzelfall (z.B. Mannheimer Justizskandal) Öffentlichkeit hergestellt, so regt sich die bürgerliche Presse kurzzeitig auf, aber ansonsten ändert sich nichts, außer der Knast wird perfekter, perfektere Unterdrückung durch verfeinerte Methoden. Nicht mehr der Knüppel wird geschwungen, was soll es auch, wenn Zuckerbrot (z.B. Urlaub) und Peitsche (Iso-Haft) gute Dienste leisten. Psychologisch von humanem Strafvollzug und Resozialisierung faseln, einige Vorzeigegefangene produzieren und sonst alles beim alten belassen. Zuchthaus gleicht Verwahranstalt, was anderes ist der Knast heute nicht. Und wer sich auflehnt, wird gebrochen, mit den gleichen Methoden, die bei den politischen Gefangenen angewandt werden. Was heißt denn auch politische Gefangene, politisch sind sie alle, Gefangene unseres Systems. Die einen sind sich eben ihrer Lage bewußter als die anderen. Aber für alle gillt, wer kämpft, wer Widerstand leistet, wird vernichtet.

Geselbstmordet wurde nicht erst ab Stammheim oder in Stammheim, obwohl dort auf einer qualitativ höheren Stufe, noch nie so offen vorher und noch nie sprachen die Verantwortlichen und ihre Mitstreiter eine so deutliche Sprache: Wer am Selbstmord zweifelt, ist Terrorist oder zumindest Sympathisant! Gleichschaltung in jeder Form, ob Massenmedien oder Politik. Doch Stammheim hat eine Entstehungsgeschichte, gerade auch in Parallelen im 'normalen' Strafvollzug. Wir wollen diese Paralellen ziehen und am Beispiel des Lübecker Knastes aufzeigen."

Die Dokumentation ist zu beziehen über die **Gefangenenselbstinitiative Hamburg, Max-Brauer-Allee 225, 2000 Hamburg 50, Tel. 43 32 96, PSchK 31 58 91 - 204** *oder* **„knastgruppe lübeck", c/o frank riefenstahl, mühlenstr. 91-7, 2400 lübeck 1, Tel. 0451 / 75964, Spendenkonto PSchA Hbg. (BLZ 20010020), PSchK 35 34 90 - 208 / f. riefenstahl**

INTERVIEW MIT EINEM VERTRAUENSANWALT IM "2. JUNI–PROZESS"

BERLIN 27. April *Im Prozeß gegen Mitglieder der "Bewegung zweiter Juni" war bisher eines der Hauptprobleme die Frage, wie die Zwangsverteidiger, die von den Angeklagten nicht gewünscht wurden, entpflichtet werden können. Zu diesem Thema hat ein Mitglied der während des Prozesses regelmäßig erscheinenden "Prozeß-Depesche" ein Gespräch mit dem Vertrauensanwalt Schöndienst geführt.*

Bereits zu Beginn des ersten Prozeßtages hörte man immer wieder den Begriff des Zwangsverteidigers. Könntest du als einer der Verteidiger, die das Vertrauen der Angeklagten genießen, einmal sagen, was es damit auf sich hat?

Den Begriff des Zwangsverteidigers dürfte es eigentlich überhaupt nicht geben. Meiner Meinung nach ist es so, daß eigentlich in dem Begriff "Verteidiger" schon drinsteckt, daß dieser sich für die Angeklagten einsetzt und für die Angeklagten eintritt. Insofern ist der Begriff "Zwangsverteidiger" eigentlich ein Gegensatz in sich, etwas eigentlich Unmögliches. Zwangsverteidiger bedeutet nämlich, daß ein Anwalt eingesetzt wird, offiziell nicht, damit er den Angeklagten verteidigt, sondern daß er einfach im Prozeß dasitzt. Das Gericht nennt das, der Verteidiger wird eingesetzt zur Sicherung des Verfahrens. Solche Anwälte sitzen dann oft jahrelang in solchen Verfahren herum, ohne ein einziges Wort zu sagen, oder, was noch schlimmer ist, sie fallen sogar den anderen Anwälten ins Wort, unterbrechen diese bzw. stellen sich gegen deren Argumentationen.

Hat die Einsetzung der Zwangsverteidiger im Lorenz-Prozeß bereits eine Rolle gespielt?

Diese Frage ist zu allgemein, um sie hier insgesamt zu beantworten. Ich will nur ein Beispiel nennen. Einer der Zwangsverteidiger in diesem Verfahren ist der RA Bufe. Am ersten Sitzungstag gab es häufiger Kontroversen zwischen RA Becker – einem der Vertrauensverteidiger und der Bundesanwaltschaft. In diese Kontroversen mischte sich RA Bufe ein und versuchte, Herrn RA Becker am Reden zu hindern, indem er dazwischen redete. In einer solchen Situation hat er sich nicht nur neutral verhalten, sondern sich gegen die Verteidigung gestellt.

Wie sieht es juristisch mit der Zwangsverteidigung aus, weil sich z.B. die Bundesanwaltschaft in diesem Verfahren gerade darauf berufen hat, daß die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens gerade durch die Einführung der Zwangsverteidigung gesichert sei.

Juristisch sieht es so aus, daß eigentlich Probleme nicht auftauchen dürften. Juristisch ist es nach § 142 StPO so, daß der Angeklagte grundsätzlich einen Anspruch darauf hat, daß der oder die ihm beigeordneten Verteidiger sein Vertrauen haben. Es gibt nur ganz wenige Ausnahmen, z.B. daß der Angeklagte überhaupt keinen Verteidiger will, oder daß sein Verteidiger an einem anderen Ort als dem Gerichtsort wohnt. Sinn ist ja gerade, den armen Angeklagten genauso zu stellen wie den Reichen, denn dieser nimmt sich selbstverständlich nur Anwälte seines Vertauens. Im Lorenz-Verfahren war es so, daß die Angeklagten Anwälte ihres Vertrauens benannt hatten, dieser Antrag wurde aber nicht entschieden, er wurde liegengelassen, es wurden Zwangsverteidiger beigeordnet, und als dann die Anträge über die Beiordnung der Vertrauensanwälte zu entscheiden waren, Mitte März war das, hat man einfach gesagt, es sind ja insgesamt schon drei Verteidiger im Verfahren – wobei man verschwieg: davon zwei Zwangsverteidiger – drei Verteidiger reichen insgesamt aus, mehr brauchen wir nicht.

Kann man also sagen, daß durch die Einführung dieser Zwangsverteidiger mehr und mehr eine effektive Verteidigung unmöglich gemacht wird?

Ich würde sagen, daß auf jeden Fall unter zwei Aspekten die Verteidigung beeinträchtigt ist:

der eine Aspekt ist ein ganz einfacher, nämlich, daß niemand über ein Jahr oder länger bei zwei oder drei Sitzungstagen in der Woche dauernd verteidigen kann; es gibt Krankheiten, Urlaub, andere wichtige Termine bzw. andere Prozesse. Die Weigerung, keinen zweiten oder dritten Vertrauensverteidiger beizuordnen bedeutet, daß die Angeklagten über weite Strecken des Verfahrens ohne einen Vertauensanwalt dastehen werden, und das bei diesen schweren Tatvorwürfen. Ein anderes Problem liegt etwas tiefer: Vertrauensverteidiger zu

sein, zumindest für die Bundesanwaltschaft, schon fast so et was wie Komplicenschaft mit dem Angeklagten. Der früher Bundesanwalt Buback hat auch schon einmal so was ähnliche gesagt, als er nämlich in einem Interview äußerte, daß er e überhaupt als standeswidrig betrachtet, daß in derartigen Ve fahren, gemeint war damals Stammheim, Verteidiger Mandat übernehmen als Vertrauensverteidiger der Angeklagten. Da bedeutet, daß wenn man in einem solchen Verfahren täti wird, so steht man von vorneherein in dem Verdacht, mit de Angeklagten gemeinsame Sache zu machen.

Das bezweckt die Bundesanwaltschaft ja gerade mit solche Diffamierungen. Daß das für mich als Anwalt schlimm ist, abe noch mehr für den Angeklagten, liegt auf der Hand. Denn Ar gumente und Anträge eines halben Komplicen wiegen nich sehr schwer.

Abschließend noch eine Frage: Diese Verteidigerausschlüsse und Behinderung der Verteidigung sowie die Einführung der Zwangsverteidiger beziehen sich ja, und so wird es in der Öffentlichkeit ja immer dargestellt, nur auf sogenannte Terroristenprozesse. Ist es aber nicht so, daß mit Hilfe dieser Prozesse eine Ausrichtung insgesamt stattfindet, die auch von großer Bedeutung für zahlreiche andere Prozesse ist?

Wenn man das Beispiel Stammheim nimmt, da sind ja einige Verschärfungen eingeführt worden, z.B. das Verteidigerausschlußgesetz, also das Verbot der Mehrfachverteidigung, das findet jetzt auch in ganz normalen Verfahren statt, z.B. im Bußgeldverfahren. Ich fürchte, daß es ähnlich auch mit der Zwangsverteidigung sein wird. Man kann das auch belegen. Z.B. fand in dieser Woche in Berlin ein Prozeß statt, angeklagt waren Studenten wegen Uni-Streiks im Wintersemester 76/77. Obwohl schon seit langem ein Anwalt ihres Vertrauens tätig gewesen war, wurde dessen Beiordnung abgelehnt und es wurde statt seiner ein Zwangsverteidiger beigeordnet. Gerade deswegen ist es sehr wichtig, und erscheint es aber auf der anderen Seite auch sehr erschreckend, wenn wir jetzt mitkriegen, was im Lorenz-Prozeß mit der Verteidigung und insofern auch mit den Angeklagten gemacht wird.

Kontakt: Claus Hebler, Postfach 4045, 1000 Berlin 30.

EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN RA OBERWINDER

Michael Oberwinder muß am nächsten Samstag, 6. Mai, vor dem Ehrengericht Ffm. erscheinen.
Die Vorwürfe:

1. Er habe nach dem Tod von Ulrike Meinhof Gericht, Staatsschutzbehörden und Vertreter der Bundesanwaltschaft in unsachlicher und kränkender Weise angegriffen.
2. Er habe in einer Pressekonferenz, unmittelbar nachdem Ulrike in ihrer Zelle erhängt gefunden worden war, auf einer Pressekonferenz die offizielle Selbstmordversion angezweifelt und Mordverdacht geäußert.
3. Er habe einen unsachlichen Ablehnungsantrag gegen Richter Prinzing gestellt.
4. Er habe die Verlegung seiner Kanzlei in die Zeißelstraße nicht angezeigt.

Dies geschieht nach bewährtem Rezept: Auszüge aus den Sitzungsprotokollen, aus denen schwammige Anklagen gezimmert ewrden, die in sich zusammenfallen, wenn man sie dann schwarz auf weiß selbst lesen kann. Dazu nehme man ein bis zwei Vorwürfe, die auf 99 % der Anwälte zutreffen, denn 99 % aller Anwälte stellen – folgt man der Gerichtsstatistik – unsachliche Ablehnungsgesuche oder melden sich nicht um, wenn sie ihre Kanzlei verlegen. Oberwinder macht dies aber in "staatsabträglicher Absicht".

Kommt alle am Samstag, 6. Mai Gerichtsgebäude A, Ffm. Raum 146 um 9 Uhr 30.

FREISPRUCH IM PROZESS UM DEN BUBACK-NACHRUF

MÜNCHEN
25. April 78

Nach dreitägiger Verhandlung sprach das Schöffengericht Armin Witt, den Herausgeber des BAYRISCHEN INFORMATIONSDIENSTES vom Vorwurf der Billigung von Straftaten, der Verleumdung des Staates und der Volksverhetzung frei. Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme des BAYID Nr. 1 aufgehoben. Richter Fertl führte in seiner mündlichen Urteilsbegründung aus, daß zwar der Verfasser des Buback-Nachrufs – der Göttinger Mescalero – sich strafbar gemacht habe, der kommentarlose Abdruck des Artikels im BayID jedoch durch die Informationspflicht der Presse abgedeckt sei. Eine ausdrückliche Distanzierung könne nicht erwartet werden, da die Presse ständig über Straftaten zu berichten habe und nicht jede Nachricht in diesem Sinne kommentiert werden könne. Ein Freispruch hätte auch deshalb erfolgen müssen – führte Richter Fertl hilfsweise aus – weil sich Armin Witt in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum befunden habe. Er hatte vor dem Abdruck einen Rechtsanwalt, der ihm vom Schriftstellerverband empfohlen worden war, konsultiert, und von diesem war ein Abdruck zu Dokumentationszwecken als unbedenklich dargestellt worden. Auch die damals vorliegende Entscheidung des AG Düsseldorf konnte Armin Witt in seiner Einstellung bestärken, daß er den Buback-Nachruf bedenkenlos abdrucken könne. StA Steiner hatte sich in der Lage gesehen, "nur" eine Geldstrafe (100 Tagessätze à DM, 15,--) zu fordern, da auch er von einem Verbotsirrtum des Angeklagten ausging, den er allerdings für vermeidbar hielt. Trotz anwaltschaftlicher Beratung und freisprechender Urteile habe es eben ein "Restrisiko" gegeben, das der Angeklagte eingegangen sei. Für Herrn Steiner stand fest: Wer in einer solchen Schrift (wie dem BayID) die politische Meinung eines anderen abdruckt – teilt sie auch. Dies zeige sich darin, daß die Tendenz der Zeitschrift dem Buback-Nachruf nicht widerspreche.

RA Arnold schlug dem Staatsanwalt vor, er solle sich doch gleich für die Wiedereinfürhung der Vorzensur stark machen, dann gebe es für Verleger kein "Restrisiko"mehr und er hätte die Presse, die er wünsche. Das Gericht solle sich darüber klar sein, führte der Verteidiger weiter aus, daß alles andere als ein Freispruch keine juristische Entscheidung, sondern eine reine Ausübung politischer Gewalt sei.

Jürgen Arnold, Roswitha Wolff, Hohenzollernstr. 102, 8 München 40



NEUE URTEILE ZUM BUBACK–NACHRUF

BONN
17. April

Von einem Prozeßbeobachter:

"Hier in Bonn ist es am Montag, den 10.4. (wie in der FR vom Dienstag kurz berichtet) zum bisherigen Höhepunkt in den bundesweiten Bubackprozessen gekommen. Ein Jugendgericht unter dem Vorsitz eines Herrn Wientzeck verurteilte vier Angeklagte wegen Herausgabe des Bubacknachrufs nach §§ 90 und 130 zu je 6 (in Worten: sechs!) Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung. Kurz die Hintergründe:
Der Buback-Nachruf wurde hier von 35 Leuten herausgegeben, die sich damit mit dem Göttinger AStA solidarisieren wollten, die sich aber im Vorspann der Veröffentlichung vom Inhalt des Nachrufs distanzierten. Gegen alle wurden Ermittlungsverfahren wegen "Staatsverleundung", "Verunglimpfung" sowie "Billigung" von Straftaten eingeleitet. Der erste Prozeß lief im Dezember gegen einen Theologiestudenten und endete vor 'nem anderen Jugendgericht unter Vorsitz eines Herrn Wilcke mit Freispruch. Die Staatsanwaltschaft ging in Berufung. Der zweite Prozeß wurde vertagt, als der Staatsanwalt offenbar merkte, daß er in seiner Anklage den 130 nicht drin hatte. Dieser Paragraph wurde dann im dritten Prozeß zum bestimmenden Vorwurf ("Volksverhetzung").

Der Richter ignorierte die Distanzierung der Herausgeber und nahm die bejahende Antwort der Angeklagten auf die Frage, ob sie auch heute noch zu ihrer Unterschrift stehen würden, zum Anlaß, ihnen ganz einfach die Identifizierung mit dem Inhalt zu unterstellen. So ging's dann munter los: sie hätten mit ihrer Veröffentlichung den "Rechtsstaat untergraben", das "Vertrauen jedes ordentlichen Bürgers in unsere Rechtsorgane zerstört", seien "Gegner unseres freiheitlichen Rechtsstaats" und es bestünde "in hohem Maße Rückfallgefahr". Allein die Tatsache, daß es sich bei ihnen um "Ersttäter" handele, rechtfertige ein so mildes Urteil.

Daß wir nach dem Göttinger Urteil mit einer Verurteilung der Leute gerechnet hatten, war klar, aber daß hier so unverblümt und offen nach den neuen Terrorparagraphen Leute abgeurteilt werden, noch dazu vor 'nem Jugendgericht, hatten wir nicht erwartet. Es zeigt sich immer deutlicher, wozu diese ganzen Dinger gut sind und wer sie wie anwenden soll, was sich hier nicht in den Engelchor der Sympathisantenhetzer einstimmt."

Im 3. Prozeß wurden am Freitag, 14.4., folgende Strafen verhängt: in einem Fall eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten auf Bewährung, zusätzlich 1800.– DM, in den beiden anderen Fällen Geldstrafen von 1800.– bzw. 1200.– Mark.

Die Staatsanwaltschaft beantragte die Verurteilung wegen Verunglimpfung des Staates (§ 90a, StGB), Volksverhetzung (§ 130) und Befürwortung von Straftaten (§ 140). Dies, obwohl im Göttinger Hauptprozeß die Anklage nach §§ 130 und 140 vom Gericht abgelehnt worden war.

Zu dem von den 35 Herausgebern dem Nachruf vorangestellten Kommentar, der klarstellte, daß die Verfasser sich "mit einzelnen Passagen und Wörtern nicht identifizieren können" und eine Verunglimpfung von Verstorbenen ihnen fern läge, meinte die Staatsanwaltschaft, daß es sich hierbei lediglich um ein "Mäntelchen" handele, der die wahre Intention der Herausgeber juristisch zu schützen versuche. In Wirklichkeit sei es ihnen nur um die Aufstachelung der Bevölkerung "gegen die im Kampf gegen den Terrorismus beteiligten Polizisten und Justizbeamten" gegangen. Dadurch sei der öffentliche Frieden gestört worden. Die Herausgeber könnten außerdem das verfassungsmäßige Recht der Pressefreiheit nicht für sich in Anspruch nehmen, da es sich um eine einmalige Veröffentlichung eines zudem noch losen Zusammenschlusses von Herausgebern handele. Der Staatsanwalt beantragte für zwei Angeklagte eine Freiheitsstrafe von je 6 Monaten, in dem dritten Fall von 8 Monaten, die alle zur Bewährung ausgesetzt werden sollen.

Demgegenüber belegten die Angeklagten mit ausführlichen Zitaten aus ihrem Kommentar, daß es ihnen nicht um die Verteidigung des Mescaleros, sondern um die Solidarität mit dem Göttinger AStA, dem wegen Wahrnehmung des politischen Mandats Absetzung drohte, und der in dieser Sache eingeschränkten Meinungsfreiheit gegangen war. Wer den eigenen Vorspann unbefangen lese, könne daraus in keiner Weise eine Identifikation mit den inkriminierten Passagen der "klammheimlichen Freude" und des "Verbrecheralbums" herauslesen. Und – auf den Inhalt des Nachrufs eingehend – erklärten die Angeklagten, daß der Tenor dieses Artikels im krassen Gegensatz zu der damals in aller Presse verkürzt wiedergegebenen Darstellung stehe. Sie bezeichneten den Nachruf als eine "Kampfschrift gegen die RAF". Eine Einsicht, die auch in ähnlicher Weise Berlins Wissenschaftssenator Peter Glotz in einem 'Spiegel'-Interview (Nr. 41/77) teilt. Die Verteidigung beantragte Freispruch in allen Punkten.

Der Vorsitzende Richter Hertz–Eichenrode lehnte in seinem Urteilsspruch die Klage wegen §§ 130 und 140 ab: eine Volksverhetzung und eine Befürwortung von Straftaten seien nicht nachzuweisen. (Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der Auffassung des Jugendrichters Wienzeck, der noch am Montag zuvor in derselben Sache wegen Verstoß gegen diese Paragraphen verurteilte). Hingegen hätten sich die Angeklagten in ihrer Flugschrift der Verunglimpfung des Staates schuldig gemacht. Es sei ihnen jedoch zugute zu halten, "daß sie in einer Zeit aufgewachsen sind, in der die Verunglimpfung unseres Staates weit um sich greift." Jedoch müsse hiermit Schluß sein, ein Exempel soll statuiert werden. Und so ergab schließlich das Urteil für den einen Angeklagten eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten mit Bewährung und zusätzlich 1800.– DM; während der Richter in den beiden anderen Fällen aus nicht weiter einsehbaren Gründen eher Mitläufer sah, die sich jetzt aus Solidarität mit den anderen Angeklagten nicht distanzierten.

Kontakt: Theo Christiansen, Clemens-August-Str. 66, 5300 Bonn, Tel.: 02221/ 63 06 80.

„VON DEN DEUTSCHEN WURDE ICH SCHON IM KZ AUSGEZOGEN"

STAMMHEIM
22. April 78

Im Croissant-Prozeß gab es bisher nur zwei Verhandlungspunkte: die Durchsuchungen der Verteidiger („Hosenschlitz-Erlaß") und den zulässigen Umfang der Anklage.

Das Gericht hatte kurz vor den französischen Wahlen noch erklärt, es sei kein Grund ersichtlich, warum sich nicht alle, also auch Richter und Staatsanwälte, zur Durchsuchung ausziehen sollten (ID 220). Aber nach den (verloren) Wahlen hieß es dann: Staatsanwälte und Gericht zu durchsuchen, sei „abwegig". Heute nehmen die deutschen Verteidiger die Durchsuchung hin, aber die beiden französischen Anwälte, Nordmann und Badinter, bleiben zur Zeit in Paris. Sie werden von der französischen Rechtsanwaltskammer kräftig in ihrer Weigerung, die Hosenschlitze aufzumachen, unterstützt. Nordmann erklärte: „Von den Deutschen wurde ich schon im KZ ausgezogen."

Das französische Auslieferungsdekret ist alles andere als klar. Nach dem deutsch-französichen Vertrag darf Klaus Croissant nur für Delikte angeklagt werden, die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich strafbar sind. Zudem hat das französische Auslieferungsdekret ausdrücklich die meisten Anklagepunkte zurückgewiesen. Beide Begrenzungen lassen im Grunde nur zu, Croissant die „Korrespondenz" und das „Bereitstellen von Korrespondenzmitteln" zu Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" zuLast zu legen.

Aber der Staatsanwalt hat bekanntlich die komplette alte Anklage von 1976 verlesen, darunter solche Delikte wie die Vermittlung eines „Spiegel"-Interviews mit den RAF-Gefange-

nen. Im Laufe der „Vor-Verhandlung" versuchen Richter Schiebel und Staatsanwalt Heissler dauernd, die Anklage „nach deutschem Recht " auszuweiten. Zum Beispiel wird unterstellt, daß Croissant „durch Entzug des Info-Systems" zur „Disziplinierung der RAF-Gefangenen" beigetragen habe.

In welchem Ausmaß die Auslieferung Croissants dem Druck der starken D-Mark zu verdanken war, wird erst jetzt so ganz sichtbar. Spanische Revolutionäre, denen ganz andere Dinge vorgeworfen wurden, als sie heute Croissant zur Last gelegt werden, sind nicht ausgeliefert worden. Aber die Peseta ist eben schwach ...

Max Watts/ ID

DIESMAL EINMAL ANDERS: 'EIN URTEIL IM NAMEN DES VOLKES !? '

DÜSSELDORF
14. April

Von einem Mitglied der Dortmunder-Selbsthilfe (DSH) erhielten wir folgenden Bericht anläßlich der Prozesse gegen fünf DSH-Mitglieder wegen Hausfriedensbruch:

Die DSH entstand vor ca. 3 Jahren aus der ehemaligen SSK (Sozialistische-Selbsthilfe-Köln), aus der auch andere ähnliche Projekte, wie die Bielefelder, Waldbröler und Emdener Selbsthilfe hervorgingen. (Alle diese Selbsthilfen haben sich in einer Art 'Selbsthilfen-Verbund' zusammengeschlossen.) Die DSH lebt und arbeitet in einem stadt-eigenen Haus, für dessen Erdgeschoß ein regulärer Nutzungsvertrag besteht; die beiden oberen Stockwerke sind besetzt. Eine Räumungsklage, die seit etwa zwei Jahren gegen die Mieterin des Erdgeschosses im Gange ist, wurde bis jetzt nicht entschieden, da weder die Abbruchgenehmigung noch ein Bebauungsplan vorliegen. Der Stadt; verwaltung scheint die Existenz und die Arbeit der DSH ein Dorn im Auge zu sein, denn sie behindert direkt oder indirekt die DSH durch z.B. Weisung des Sozialamtes, daß Sozialhilfe-Empfänger nicht im Laden der DSH einkaufen dürfen, ebenso keine Umzüge durch die DSH mehr bezahlt bekommen; außerdem so etwas ähnliches wie Presseverbot (Oberstadtdirektor Immhof legt der Presse nahe, nicht über die DSH zu berichten).

Zum Prozeß kam es durch folgende Ereignisse:
Als die Abbrucharbeiter ins Haus kamen und das Wasser abstellen wollten, gingen wir zum zuständigen Oberstadtdirektor. Der ließ uns nicht vor mit der Vertröstung auf einen Termin, den er uns geben wolle. Als der nicht kam, gingen wir das zweite Mal in sein Büro - er war nicht da! Wegen beider 'Besuche' wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. Wegen zweier Hausbesetzungen (gegen die Dortmunder Sanierungspolitik) wurden zwei weitere Mitglieder der DSH wegen Hausfriedensbruch angezeigt.
Die vierte und fünfte Anzeige dieser Art waren Reaktionen der Stadt auf die Störung einer Stadtratssitzung durch unsere Fragen und Kommentare zur Sanierungspolitik.

Den Prozeßverlauf beschrieb eine Dortmunder Zeitung sehr treffend damit, daß „die Verhandlung zum Tribunal gegen die Stadtverwaltung' wurde. Wir haben einfach den Spieß umgedreht und anhand von Beispielen aufgezeigt, wie die Stadtverwaltung mit der Bevölkerung umspringt. (Z.B. sollte eine alte Frau durch ihren Vormund gegen ihren Willen ins Altersheim gesteckt werden. Durch ihren heftigen Widerstand und mit Hilfe der DSH konnte das verhindert werden und heute lebt die Frau in einer der Wohnungen der DSH.)
Offensichtlich war dem Gericht die öffentliche Kritik an der Dortmunder Sanierungspolitik (eines der Sanierungsgebiete wird 'Mustersanierungsgebiet für die ganze BRD' genannt) zu heikel, denn nach fünf Verhandlungstagen, an denen aber erst zwei der fünf Anklagepunkte verhandelt waren, wurden alle Verfahren eingestellt - - nach anfänglichem Widerspruch des Staatsanwaltes, der erst nach zweistündiger Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt zur Zustimmung zu bewegen war.

Das ist doch mal ein erfreuliches Urteil 'im Namen des Volkes', oder ?

Die DSH gibt eine neue Dokumentation heraus (Nr. 3) mit bisher unveröffentlichten Tatsachen und den Hintergrundmaterialien zur Großflächensanierung in Dortmund. Zu beziehen über: **DSH e.V., Dorstfelder Hellweg 13, 4600 Dortmund 1, 5,– DM plus Porto (ebenso Dokumentation 1 und 2).**

Zu ihrer Entstehung, Arbeit und den Auseinandersetzungen mit Ämtern macht die DSH ein **Veranstaltung am 18.4.78 in der Evangelischen Studentengemeinde, Witzelstr. 76, 19.30 Uhr in Düsseldorf.** Es spielen da auch selbstorganisierte Musiker.

Kontakt: Der Buchladen, Konkordiastr. 81, 4000 Düsseldorf, Bert Leipelt, Tel.: 0211 / 62 47 36



IM NAMEN DES VOLKES

MINDEN
18. April

Der unten geschilderte Fall liegt zwar schon etwas zurück, aber wir halten seine Schilderung jetzt, nach Prozeßabschluß für wichtig und auch lehrreich, schreibt ein Genosse der Wohngemeinschaft Schwarzwurzel aus Bad Oeynhausen:

" Im September 1977 verteilten wir mit 4 Genossen aus Bad Oeynhausen in der Kreisstadt Minden Flugblätter gegen das bevorstehende Faschistentreffen am 16. und 17. September in Osnabrück. Zwei unserer Genossen gingen dabei mit den Flugblättern unterm Arm auch am Polizeirevier vorbei.

Circa 300 Meter weiter wurden die beiden von einer Polizeistreife 'gestellt', und zwar mit erhobenen Händen an den Streifenwagen, nach Schleyer und Waffen durchsucht und danach zur Polizeiwache verschleppt. Dort wurden die Flugblätter begutachtet, es fand sich aber kein Grund für eine Anzeige. Also mußte einer her. In der Anklageschrift hörte sich das dann plötzlich so an:

Die Angeschuldigten werden angeklagt, "gemeinschaftlich andere beleidigt zu haben, indem sie vor der Polizeiwache am Klausenwall in Minden die Hand vor ihre Hose in Höhe des Geschlechtsteils hielten und onanierende Bewegungen vortäuschten, wobei sie in Richtung Polizeiwache blickten." Später wurde daraus "der eine onanierte, der andere lachte dazu", was als eine eindeutige Tatbeteiligung ausgelegt wurde.;

Beide Angeklagte wurden nach den Aussagen zweier Polizeibeamter, die nicht nur über "große" Berufserfahrung, sondern auch über fundierte Kenntnisse im Wichsen zu verfügen scheinen, zu insgesamt DM 530.– Geldstrafe plus Prozeßkosten wegen gemeinsam begangener Beamtenbeleidigung verdonnert. Obwohl die Anklage frei erfunden ist – im Namen des Volkes, versteht sich. "

DIE BEFEHLSVERWEIGERUNG VOM 1. MAI

REGENSBURG 24. April

Rechtzeitig zum 1. Mai begann vor dem Regensburger Amtsgericht der Prozeß gegen 5 Teilnehmer an der Mai-Demonstration des DGB vom vergangenen Jahr.

1977 fand zum ersten Mal seit drei Jahren wieder eine offizielle Demonstration und Kundgebung statt, an der sich vor allem auch zivile und uniformierte Polizei aller Schattierungen beteiligte, was sich dann in der gewohnten Weise bemerkbar machte. Neben den üblichen Kleinigkeiten veranstalteten die Beamten nach dem offiziellen Ende der Kundgebung eine Geschichte, die jetzt vor Gericht behandelt wird. Pünktlich, um die diesjährigen Mai-Demonstranten vorzuwarnen.

Am 1. Mai 77 hatten sich auch drei Soladten in Uniform beteiligt. Das ist zwar nicht verboten, wird aber verhindert. Sie liefen unter einem Schild, auf dem stand: "Keine Bürgerkriegsübungen durch die Bundeswehr", unbehelligt bis zum Schluß. Erst, als sich die Versammlung auflöste, wurden sie von zwei Herren in Zivil nach ihren Truppenausweisen gefragt. Sie baten um Hinzuziehung uniformierter Feldjäger, als die beiden Zivilen auch schon die Polizei zu Hilfe riefen. In der Anklageschrift gegen zwei der Soldaten liest sich das so: "Obwohl sich die beiden Feldjäger den Angeschuldigten gegenüber durch Truppenausweise und den Feldjägerdienstausweis zu erkennen gaben, weigerten sich die Angeschuldigten, ihre Personalien anzugeben, bzw. vorzuweisen. Als die Angeschuldigten daraufhin von den Feldjägern Werner Straubinger und Gerhard Altkofer den dienstlichen Befehl erhielten, den Truppenausweis vorzuweisen, führten sie diesen Befehl nicht aus, sondern riefen Teilnehmer der Demonstrantengruppe zu Hilfe, worauf eine Menge von ca. 120 Personen die Angeschuldigten umringte und vor den Feldjägern abdrängte."

Daraufhin prügelten sich die Ordnungshüter vom ersten Polizeirevier zu den Soldaten durch und nahmen im Verlauf der Prügelei gleich noch drei Demonstranten vorläufig fest. Die Soldaten kamen zunächst einmal 14 Tage in den zuständigen Bundeswehr-Knast, jetzt stehen zwei von ihnen zusammen mit den drei Gewerkschaftern vor Gericht. Die drei zivilen Angeklagten hätten, so heißt es in der Anklageschrift, "Polizeihaupt wachtmeister Schellenburg und Duscher verschiedentlich geschlagen und vor allem gezwickt, Herrn Duscher besonders in den Oberarm." Der Polizeimeister Kraus wurde an das Schienbein getreten und geschoben und gezogen, und so weiter und so weiter. All diese Dinge werden verhandelt, und die Aufreihung der Anschuldigungen, Tateinheiten und Paragraphen lassen hoffen, daß sowohl Soldaten als auch Zivilisten recht ordentlich verknackt werden, damit es in den nächsten Jahren in Regensburg und Umgebung nicht wieder zu einer Demonstration kommt, vor allem nicht zu einer, bei der die Polizei nicht das alleinige Recht auf Erscheinen in Uniform hat.

Aber so ruhig scheint es nicht zu werden in Regensburg. Am ersten Verhandlungstag, dem 5. April und auch am 14. April dem zweiten Verhandlungstag, interessierten sich viele für das Gericht – zu viele für den Gerichtssaal. Und alles, was noch Beine hat, hat sich mit den Angeklagten solidarisiert.

Kontaktadresse:
Johann Rötzer, Badstr. 2, 8400 Regensburg

DIE INSEL BATZ ZWISCHEN DEM ÖL UND DER ARMEE

Bericht aus Liberation zur Ölpest in der Bretagne

BREST April 78

Gegenüber von Roscoff, eine viertel Stunde Bootsfahrt vom Kontinent entfernt, liegt die Insel Batz. Sie ist ganz klein und ihr Klima wird vom Golfstrom bestimmt. Der Hafen und die Häuser liegen nach Süden und baden in der Sonne. In den Gärten wachsen viele südliche Frühlingspflanzen. Der Geruch des Öls verliert sich langsam und fast könnte man die dicke Schokoladenschicht vergessen, die die Felsen bedeckt. Touristen und die Bewohner der Wochenendhäuser zeigen sich nicht. Wir sind fast die einzigen Fremden, die von dem milden Frühlingsklima profitieren. Fast die einzigen ... Zusammen mit etwa hundert Freiwilligen und ebensovielen Soldaten, die die Felsen und Strände abkratzen, und dem Kommen und Gehen der Bauern mit ihren Traktoren, die den Ölschlamm zum Hafen transportieren.

Hier auf der Insel reduzieren sich die großen Mittel des 'Plan Polmar' auf drei ältere Landungsboote. Batz ist zuerst einmal eine Insel und das Übersetzen von großem Gerät ist nur begrenzt möglich. Und außerdem, mit seinen 700, hauptsächlich von Landwirtschaft und Algenzucht lebenden Einwohnern, war sie von 'Polmar' ohne große Skrupel geopfert worden. Die Bedeutung des Tourismus entspricht der Insel: zwei kleine Hotels, ein Segelclub, eine Ferienkolonie und wildes Camping. Also nichts, was einen Präfekten sonderlich bewegen könnte.

Die Hilfsmittel und die Anwesenheit der Hundert Rekruten haben sich die Inselbewohner mit Gewalt erkämpfen müssen. Jetzt aber treffen sich der Bürgermeister, die Gemeinderäte und der Offizier täglich im Rathaus, machen Bestandsaufnahme und besprechen den Arbeitsplan.

Kurz gesagt, den Ort zu besetzen. Aber zurück zu den Saugrohren.

Im Jahr 1967 hatte man in dieser Gegend mit Hilfe dieser Rohre recht wirksam gegen das Öl der 'Torrey Canyon" gekämpft. Also wollte Batz sie auch diesmal, und kurz bevor die Insel vom Öl eingeschlossen wurde, hatten sich die Insulaner mit einer ganzen Flotillie aufgemacht, um sich in einem Lager, das unter der Kontrolle des Präfekten im Hafen von Roscoff angelegt worden war, diese Rohre zu beschaffen. Als der Präfekt benachrichtigt wurde, daß sich die aufgebrachten Insulaner dem Festland mit der Absicht "alles zu zerschlagen" näherten, stellte er eine Kette CRS um das Lager. Nach einer kurzen Schlacht aber nahmen die Rohre den Weg zur Insel.

Inzwischen meint Lhostis, daß die ganze Mühe nicht viel genützt hat, denn die Rohre wirken nur bei kleineren Öllachen. Das wußte aber der Bürgermeister nicht, denn es gab keine technischen Anleitungen für den Kampf gegen das Öl, ebensowenig wie eine Auswertung der früher gemachten Erfahrungen.

Aber der kleine Krieg um das Gerät hat die Beziehungen zwischen Batz und den Autoritäten festgelegt. Diese mußten öffentlich eingestehen, daß Batz für zehn Tage "aufgegeben" worden war. Und es kursierten Gerüchte, daß diese "Aufgabe" kein reiner Zufall war, sondern mit dem Wahlergebnis der Insulaner bei den Kommunalwahlen im März 1977 zusammenhängt. Der Präfekt gestand das sogar indirekt ein, als er auf mehreren Versammlungen mit den Bürgermeistern Lhostis davor warnte, "das politisch auszuschlachten".

Heute haben die Autoritäten Angst vor Batz, das eine Woche lang ihrer Kontrolle entglitten war. Auch wird die Gemeinde mit Versprechungen überhäuft, die dann trotzdem nur zur Hälfte gehalten werden. Von den acht versprochenen Landungsbooten sind so nur drei eingetroffen. Ölkleidung und die Gummistiefel fehlen auch immer noch. Die Freiwilligen mußten sich provisorische Schutzkleidung aus Plastiksäcken selbst herstellen, die zum Abtransport des Ölschaums bestimmt waren. Obwohl 'Polmar' gar nicht weiß, wohin mit den enormen Mengen Öl-Algen-Schlamm, wird aus Angst vor einem neuen Aufstand der Insulaner alles weggeschafft. Der vor Quessant gesunkene dänische Frachter, war z.B. mit Algen-Schlamm aus Batz beladen. Ein anderer großer Haufen gammelt auf dem Bahnhof von Roscoff vor sich hin, und verpestet die Luft mit seinem Gestank.

Wir von der Liberation waren bei der Besprechung dabei, an der der ablösende Offizier, am Vorabend erst frisch eingetroffen, auch zum ersten Mal teilnahm. Es war eine außergewöhnliche Situation:
Die Armee gehorcht Zivilisten, die den Arbeitsplan und das einzusetzende Gerät bestimmen, und die Koordination der Arbeit zwischen den Traktoren der Bauern und den Rekruten. Ein Bürgermeister, der darauf besteht über die kleinsten Zwischenfälle und Fortschritte informiert zu werden, und hier einen Ball für die Freiwilligen, die Soldaten und die Bevölkerung organisiert, während der Kommandant gegenüber in Roscoff, den Soldaten ab acht Uhr abends den Ausgang verbietet.

Der Krieg um die Saugrohre

Heute ist Waffenstillstand zwischen Batz und 'Polmar' geschlossen, aber letzterer ist in der Position des Unterlegenen. Der Krieg war heiß gewesen und ein Kommando der Insulaner hatte unter der Anführung ihres Bürgermeister Lhostis eine Sperre der CRS (Bereitschaftspolizei) durchbrechen müssen um sich Hacken und Schaufeln und die Saugrohre zu verschaffen.

Die Ölpest hatte Batz am 22. März erreicht, als alle Kräfte sich auf Tregor und Portsall konzentriert waren. Die Winde hatten vor der Insel eine derart dicke Ölschicht angetrieben, daß nicht einmal die Boote mehr auslaufen konnten. Es blieb nur die Hubschrauberverbindung für die dringendsten Fälle. Die Isolation der Insel dauerte eine Woche und ersparte ihr so die erste Phase des Plans 'Polmar', der im Grunde genommen ein Plan zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist. Vor allem anderen, beginnt 'Polmar' immer mit einer Invasion von Gendarmen und CRS, deren Aufgabe darin besteht, Panik zu verhindern und "unzeitgemäße Initiativen" abzublocken.

Die Diskretion der Militärs

Vermutlich nicht ohne Hintergedanken hat Lhostis die Korrespondenten von 'Liberation' und 'Paris-Normandie' zu der Versammlung eingeladen, bei der der Gemeinderat die Arbeit mit Kapitän Leroux vom 37. Jägerregiment aus Compiégne koordinierte. Hier macht sich die Armee jetzt ganz klein und die Organisation der Operationen wird gemeinsam geplant.

Ein Beispiel: Gegenüber , in Roscoff, kann man die Soldaten täglich acht Stunden lang die Felsen mit Wasserstrahlen abwaschen sehen, obwohl die Operation eigentlich nur bei Ebbe durchgeführt werden kann. Aber der Kommandant von Polmar scheint vollkommen zu ignorieren, daß das Leben an der Küste durch den Rythmus des Meeres bestimmt wird.
In Batz dagegen ist die ganze Angelegenheit in drei Minuten geregelt, und der Kapitän macht brav sorgfältige Eintragungen in sein Notizbuch, wenn Lhostis und die anderen reden. Er notiert auch folgenden Ratschlag des Bürgermeisters: "Es ist besser, wenn ihre Leute nicht ihr Képi tragen, einem Leutnant ist seins schon gestohlen worden." Auch wenn der Bürgermeister lautstark über die nicht eingehaltenen Versprechen klagt und die anwesenden Journalisten als Zeugen dafür aufruft, sagt Kapitän Leroux nur mit kleinlautem Ton, daß es die Angelegenheit weitermelden wolle. Es scheint als habe man ihm auf der Präfektur eingeschärft: "Nehmen sie die Insulaner nur mit größter Vorsicht!"
(aus Libération)

ÖLANSCHLAG AUF EIN BÜRO DER AMOCO

HAMBURG 27. April 78 *In den IDs 224 und 226 hatten wir über die Verseuchung der Bretagne durch den fehlgesteuerten Tanker Amoco Cadiz berichtet. Aus Hamburg erreichte uns ein Flugblatt, in dem sich eine Gruppe zu einem Anschlag auf ein Büro der Gesellschaft bekennt, in deren Auftrag der Tanker unterwegs war. Hier der Wortlaut des Flugblattes:*

Wie schon unser revolutionärer Dichter und Genosse A. (Name ist nur uns bekannt) sagte: Der Stein, den sie erhoben, wird ihnen auf die eigenen Füße fallen – so schwappte heute der erste Ausläufer der bretonischen Ölpest in das Büro der Amoco Hamburg.

Die Amoco-International läßt ihre Tanker - wie auch viele andere Gesellschaften - unter "Billigflaggen" z.B. Bermuda, Panama, Liberia fahren, um so kostenaufwendige Sicherheitsbestimmungen zu umgehen. Aus der gleichen Profitgier werden die Kapitäne gezwungen riskante Abkürzungen zu fahren, d.h. von den internationalen Schiffahrtsrouten abzuweichen.

Das führte im Fall der Amoco-Cadiz (sie fuhr im Auftrag der Shell) zu der Ölkatastrophe vor der bretonischen Küste. Die Kapitalisten machen ständig ihren Profit auf Kosten unserer Umwelt und Gesundheit, ob nun bei Atomkraftwerken, Chemieanlagen (Seveso), oder dem Ablassen von Abgasen usw. Bezeichnend ist, daß für diese Verbrechen nie die eigentlich Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, sondern nur die letzten Glieder der Befehlskette.

Die betroffene Bevölkerung wird, wenn sie sich wie in diesem Falle wehrt (z.B. zum Boykott von Shell-Erzeugnissen aufruft und für bretonische Kontrolle der Seefahrtsbehörde demonstriert), von Gerichten verfolgt und von Bullen zusammengeknüppelt; während zur gleichen Zeit die hohen Herren aus Politik und Industrie sich an kalten Büffets laben, die alten Profite aufteilen und neue Schweinereien aushecken.

Wir trauern um jeden Meter der verseuchten bretonischen Küste, um jede Muschel, jeden Fisch, jede Möwe, und um den verlorenen Lebensinhalt und die Existenz der bretonischen Menschen.

Wir trauern nicht über das bekleckerte Büro der Amoco-Hamburg, freuen uns mit den Angestellten über den freien Tag (wegen der Spurensicherung – ha, ha, wir haben aber sauber gearbeitet) und wissen, daß noch viele Büros bekleckert werden müssen.

Dazu brauchten wir nicht mehr als 20 Liter schmierige Ölprodukte in Weinflaschen abgefüllt und ein paar Hinkelsteine um uns Türen und Fenster zu öffnen.

Unserer Fantasie sind keine Grenzen gesetzt! Wir werden solange kämpfen, wie noch die Sonne scheint und noch Blumen blühen. Küsse und Umarmungen an alle, die wir lieben!

Gruppe: Klein-Bonum ist überall!

BOYKOTTIERT DIE MUSCHEL

PARIS 27.April Unsere Freunde in Frankreich haben aufgerufen, die SHELL COMPANY zu boykottieren und wir alle sollten uns diesem Boykott anschließen. schließlich geht es um das Meer und damit auch um unser Leben und das der kommenden Generationen. Wir haben hier die Möglichkeit, einem Konzern zu zeigen, daß wir da sind und auch in der Lage sind, seine Existenz zu gefährden. In Paris ist bereits der Verkauf von SHELL-Produkten um 30% zurückgegangen und 10% der französischen Bevölkerung sind sensibilisiert worden und nehmen an dem Boykott teil.

Die Forderungen der französischen Ökologisten, Verbraucherorganisationen sind:

- Verschärfung der Sicherheitsnormen
- Bessere Konstrollsysteme
- Ausweitung der Bestimmungen der europäischen Gemeinschaft auf alle Schiffe, egal, unter welcher Flagge sie laufen.

–Einschätzung der ökologischen Risiken bei allen Transporten zu Meer (insbesondere von Chemikalien und radioaktiven Stoffen).
– Verschärfung der Umweltschutzbestimmungen.

In der Bundesrepublik ist dieser Boykott überhaupt nicht bekannt, es wäre dufte, wenn Bürgerinitiativen und andere Gruppen Plakate, Aufkleber, Infoblätter usw. drukken würden und dies im ID bekanntgeben.
Material gibt es zur Zeit nur aus Frankreich; zu bestellen bei:
Amis de la Terre, 3 rue de la Boucherie, F-75007 Paris

Es gibt noch viel zu tun,fangen wir an: Boykottieren wir Shell!

NACH EINEM MONAT MORO-ENTFÜHRUNG

ROM/FRANKFURT, 26.4.1978

Innerhalb der "Bewegung" in Rom gab es über die Entführung Moros sehr unterschiedliche Einschätzungen. Die Autonomia setzte sich dafür ein, die Krise, die durch die Entführung Moros entstanden ist, politisch auszunutzen und zu vertiefen und schlug für Mitte April eine Demonstration in der römischen Innenstadt gegen die Repression (Todesschüsse bei Straßensperren, Hausdurchsuchungen, Festnahmen) vor; die Demonstration wurde sofort verboten; innerhalb der Bewegung gab es eine lange Diskussion, ob sie trotzdem stattfinden solle: eine Mehrheit war dagegen ("wir müssen vermeiden, von der Polizei auf deren Terrain, das der Straßenauseinandersetzung gezwungen zu werden," Repubblica 6.4.78) und wollte stattdessen eine Versammlung machen, bei der über Terrorismus und Staat diskutiert werden sollte.

Von den Autonomen wurde diese Haltung als "Unterstützung des Staates" angesehen, was jetzt notwendig sei, sei "eine illegale Massenpraxis, die sich gegen die Zentren der Reaktion" richtet (Repubblica 6.4.78).
Da die Mehrheit der Bewegung anderer Meinung war, fand die Demonstration nicht statt.

Eine Woche nach dieser Auseinandersetzung dann das "Urteil des Volksgerichts" der Roten Brigaden

In ihrem 6. Kommunique heißt es:

"Das Verhör des Gefangenen Aldo Moro ist zu Ende... Es gibt keine Geheimnisse über die Christdemokratie und ihre Rolle als Wachhund der Bourgeoisie, ihre Verantwortung zur Bildung des Staates der Multinationalen Konzerne, keine Geheimnisse, die dem Proletariat unbekannt wären. Der Grund dafür ist sehr einfach. Die Proletarier, die Arbeiter, alle Ausgebeuteten wissen gut, was das christdemokratische Regime bedeutet..."

"Die Skandale, die Korruptionsaffairen, die Komplizenschaft der christdemokratischen Bosse sind aber nicht der Hauptaspekt... das, was wirklich zählt,ist die konterrevolutionäre Funktion der DC, ihr "Dienst" nach den Anforderungen der Multinationalen, ihre 30jährige antiproletarische Herrschaft. Also, wie wir schon gesagt haben: alles wird dem Volk bekanntgegeben werden..."

"Was den Prozeß von Aldo Moro betrifft, endet er hier. Aldo Moro einen Prozeß zu machen, war nicht mehr als eine Etappe, ein Moment des viel größeren Prozesses, den wir dem Staat und dem Regime machen und der heißt: Klassenkrieg für den Kommunismus."

"Die Verantwortlichkeit von Aldo Moro ist dieselbe, warum wir auch diesem Staat den Prozeß machen. Seine Schuld ist diegleiche, weswegen die DC und ihr Regime mit Bestimmtheit von der Initiative der kämpfenden Kommunistischen Kräfte geschlagen, liquidiert und zerstreut werden wird. Es gibt keine Zweifel. Aldo Moro ist schuldig und wird deswegen zum Tod verurteilt..."

Innerhalb der Linken befürchtete man, daß dieses Todesurteil von der Christdemokratie zum Anlaß genommen werden könnte, einen neuen "18. April" zu inszenieren (am 18. April - vor 30 Jahren - hatte die DC durch einen harten antikommunistischen Wahlkampf die Mehrheit erhalten, das Regime DC hatte begonnen). Befürchtungen in dieser Richtung wurden nicht nur von Lotta Continua geäußert, sondern auch von einem größeren Teil der Autonomia. Einige Exponenten der Autonomen geben eine Stellungnahme heraus, in der sie die Roten Brigaden auffordern, das Todesurteil nicht zu vollstrecken. Andererseits glauben die meisten nicht, daß es soweit kommen könnte, die Verurteilung Moros wird nur als ein taktischer Schritt der Roten Brigaden gesehen, die besten Bedingungen für einen Austausch zu erreichen (vgl. Repubblica 18.4.78).
Der Fall "Moro" überlagert alle sonstigen Ereignisse: das Abtreibungsgesetz wird als Fristenlösung endgültig vom Parlament verabschiedet; der Prozeß gegen die Genossen in Bologna (wegen Subversion, Meinungsdelikten...) beginnt; die Democrazia Proletaria (Zusammenschluß aus Avantguardia Operaio,Manifesto, Lega dei Communisti) bildet sich um und wird Partei; die Demonstrationen zum 25. April (Befreiung Italiens vom Faschismus) stehen ganz im Zeichen des Kampfs gegen den Terrorismus.

Dann der makabre "Witz" wessen auch immer, Moro sei durch "Selbstmord" hingerichtet worden. Das Schlimme dabei ist wirklich, daß die Roten Brigaden "scherzeshalber" die Brutalität des Staates von Stammheim annehmen und man es ihnen auch zutrauen kann, daß sie solche Art "Scherze" machen könnten.

Lotta Continua ruft dazu auf, einen Appell zu unterschreiben, in dem Verhandlungen mit den Entführern gefordert werden.

Samstag, den 22. April schreibt Lotta Continua auf der ersten Seite: "Hunderte von Unterschriften aus den Mailänder Fabriken: das ist die Stimme eines Landes, welches sich zu der Entführung äußern will und dazu Zeit haben will. In wenigen Stunden haben sich Hunderte von Arbeitern und Gewerkschaftlern (GISL aus Mailand) für Verhandlungen mit den Roten Brigaden ausgesprochen, im Gegensatz zum Regierungslager, das jede Verhandlungsbereitschaft, die entscheidend für die Befreiung von Moro ist, ablehnt. Gegen die "Logik des Todes" haben sich außer Arbeitern aus verschiedenen Fabriken auch zahlreiche Intellektuelle und Künstler gewandt, indem sie einen Appell unterschrieben haben, in dem die Rettung Moros in den Mittelpunkt gestellt wird."

Die Gefahr einer Hexenjagd, eines aufgezwungenen Staatsbekenntnisses, das zum Berufsverbot führt, ist noch nicht gebannt. KPI und CGIL steuern einen harten Kurs gegen Andersdenkende, die DC ist durch die Briefe von Moro ziemlich verwirrt: diese Partei kann im Moment in aller ihrer Korruptheit auf die Staatsräson nicht verzichten. Demnächst kommen die Kommunalwahlen und die Präsidentschaftswahl und die DC kann sie nur dann gewinnen, wenn sie sich in dieser Situation sowohl als Partei der Repression (gegen die Politkriminalität) als auch als die Märtyrerpartei darstellt. Die Manipulation durch die Presse soll diesem Ziel dienen. Als einzige bürgerliche Partei hat die Sozialistische Partei Italiens eine andere Stellung eingenommen: sie will sich für die Rettung Moros einsetzen, weil dies mit der Verteidigung der Republik im Einklang stünde.

Durch die Berichterstattung der bürgerlichen Presse ist die italienische Bevölkerung ziemlich eingeschüchtert worden.
In Mailand haben sich nach der Erschießung eines Gefängniswärters vor einigen Tagen, die Leute nicht mehr getraut, wie üblich, auf dem Piazza Duomo zu gehen und sich gruppenweise darüber zu diskutieren. Die Leute ziehen jetzt vor, wie in der BRD im Fall Schleyer, sich vor dem Bildschirm passiv die ganze Geschichte von den Pressespezialisten erzählen zu lassen.

Aus einer Diskussion mit Arbeitern von Fiat-Mirafiori (Repubblica 20.4.78): "Vor einiger Zeit gingen wir aus der Fabrik raus vor die Tore und haben unter uns diskutiert, wir hatten immer was zu sagen; jetzt ist so ein Klima der Angst, der Voreingenommenheit. Jeder denkt nur daran, schnell nach Hause zu kommen" Auch die die sagen: "Die Roten Brigaden interessieren mich nicht" finden nicht mehr die Kraft, zu sagen: "Gegen die Roten Brigaden und gegen den Staat"

WÄRTER AUS DEM GEFÄNGNIS "NUOVE":

„WIR WISSEN NICHT MEHR WOHIN MIT DEN HÄFTLINGEN"

TURIN
20. April

Wenige Tage nach der Erschießung des Gefangenenwärters Lorenzo Cutugno durch die Roten Brigaden in Turin hat Lotta Continua mit einem Hilfsgefangenenwärter, einem Zivildienstleistenden, gesprochen. In einer Art Vorspann zum Interview heißt es: „Wir finden es wichtig, die heutige Lage im großen italienischen Gefängnis „Nuove" von Turin von direkten Beteiligten erläutern zu lassen. In diesem Gefängnis befinden sich politische und nicht-politische Gefangene, die allerdings scharf voneinander getrennt sind."

LC: Arbeiten Sie 29 Tage monatlich?

Wärter: Ja, und das ist eine Drecksarbeit. Wir müssen sehr oft nachts arbeiten. Wir, die wir nur einen befristeten Arbeitsvertrag (eine Art Zivildienst) haben, sind abgemagert.

LC: Wie hoch ist die Bezahlung?

Wärter: Im März 78 habe ich 267.000 Lire (640 Mark) verdient. Die Beamten verdienen 300.000 Lire.

LC: Wie sehen ihre Beziehungen zu den beamteten Gefängniswärtern aus?

Wärter: Die kümmern sich einen Dreck, sie bleiben sowieso ihr ganzes Leben da. Zu ihnen eine Beziehung zu haben, ist unmöglich. Gefängniswärter werden die, die von der Polizei und den Carabinieri abgelehnt werden. Wenn Gefangene ausbrechen, wird den Gefängniswärtern automatisch die Schuld angelastet. Mit den Carabinieri, die immer schuldlos sind, kann man sich kaum verständigen. Bricht ein Gefangener aus, so werden wir mit Gefängnis bestraft und können nur hoffen, daß wir in einem Militärgefängnis landen: in einem normalen würden wir von den anderen Gefangenen geprügelt werden.

LC: Stimmt es, daß die Gefängniswärter Waffen und Drogen in das Gefängnis einschmuggeln?

Wärter: Ja - das Zeug kommt bestimmt nicht während des Besuchs von Familienangehörigen rein. Diese werden ganz schön gründlich durchsucht. Aber: eine kleine Säge kostet 50.000 Lire, ein Revolver eine Million Lire, ein Messer 100.000 Lire.

LC: Gibt es beamtete Gefängniswärter, die Gefangene verprügeln?

Wärter: Ja, diejenigen mit langer Berufserfahrung, die nun bösartig geworden sind, die prügeln aus den verschiedensten Gründen: weil ein Gefangener einen Befehl nicht befolgt, er sich schlecht benimmt etc.. Ich habe das selbst zwei-, dreimal erlebt: der Gefangene wird von sechs bis sieben Wärtern verprügelt. Wenn er schlimmeres angestellt hat, wird er in das Kellergeschoß gebracht, wo niemand was hören kann.

LC: Was für eine Beziehung besteht zwischen normalen und politischen Gefangenen?

Wärter: Die politischen Gefangenen sind von den anderen abgetrennt. Diejenigen Gefangenen, die auf ihre kurzfristige Entlassung warten, sind zur Zeit sehr sauer auf die Roten Brigaden, weil sie die Roten Brigaden für Verzögerungen und Verschlechterungen verantwortlich machen. Den großen Gangstern dagegen ist es piepegal, was die Roten Brigaden machen.

LC: Kanntest du L. Cutugno?

Wärter: Ich habe ihn als sehr pflichtbewußten Menschen kennengelernt, streng und hart also. Ich habe aber nie erlebt, daß er jemanden geprügelt hat. Ich glaube, daß die Roten Brigaden ihn nur niederschießen wollten. Er war für die Besuche zuständig. Die Familienangehörigen, die sind manchmal noch schlimmer als die Gefangenen selbst. Die machen diese Burschen erst kaputt.

LC: Wieso hast du dich für diesen Zivildienst entschieden statt in die Armee zu gehen, wie es die meisten tun?

Wärter: Ich habe es getan, um in Turin bleiben zu können und um Geld zu verdienen. Jetzt weiß ich, daß es ein Irrtum war.

LC: Stimmt es, daß Gefängniswärter bestraft werden können, wenn sie mit Gefangenen sprechen?

Wärter: Ja, unsere Pflicht ist nur zu wachen.

LC: Was für Lebensbedingungen gibt es im Gefängnis 'Nuove'?

Wärter: Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Wir wissen nicht mehr wohin mit den Häftlingen. Bei den Frauen sind die Zellen weniger überfüllt. Da darf kein Mann rein. Nur Nonnen und Gefängnispersonal.

LC: Wie werden die Zellen durchsucht?

Wärter: Jeden Morgen werden die Zellen durchsucht. Die Gefangenen sagen nichts, aber sie sind darüber selbstverständlich verärgert. Oft findet man nichts, nicht mal die Messer, mit denen oft Gefängniswärter gestochen werden.

LC: Wie ist es mit der Homosexualität im Gefängnis?

Wärter: Man weiß davon, erfährt aber nichts, niemand sagt dir was. Bei den Frauen ist die Homosexualität ganz normal und gewaltfrei.

DER FALL BELLAVITA: MEHR GLÜCK ALS CROISSANT

PARIS
13. April 78

Das Pariser Appellationsgericht hat wieder über einen Auslieferungsantrag zu entscheiden. Diesmal ist es ein Journalist, der wegen seiner beruflichen Tätigkeit in seinem Heimatland verfolgt werden soll; das Land, das sein habhaft zu werden versucht, ist Italien.

Antonio Bellavita, Leiter des italienischen Pressebulletins "CONTROinformazione", lebt seit längerer Zeit in Paris, wo er einen festen Wohnsitz und eine feste Arbeit hat. Zur Zeit ist er Mitarbeiter in der Redaktion von "Liberation". Ohne daß es jemand hätte vermuten können, wurde Antonio am 1. April verhaftet. Die italienische Regierung verlangt seine Auslieferung an die italienischen Justizbehörden, wo er im Zusammenhang mit der forcierten Terrorismusbekämpfung verurteilt werden soll.

Am 5. April trat das Pariser Appellationsgericht zum ersten Mal zusammen. Aber das von den italienischen Behörden übermittelte Dossier war noch nicht übersetzt. Dadurch konnte die Staatsanwaltschaft erwirken, daß der Antrag der Verteidigung auf Freilassung von Antonio Bellavita abgelehnt wurde: "Wir können Bellavita nicht ohne Risiko wieder freilassen, wenn wir nicht die genauen Vorwürfe kennen, unabhängig davon, ob er eine feste Arbeit und einen festen Wohnsitz hat."

Am 11. April war das Übel behoben und der Gerichtsvorsitzende konnte die Anklagepunkte zusammenfasse: Bellavita werden die Mitgliedschaft in der Brigade Rosse und die "öffentliche Gutheißung des bewaffneten Kampfes" vorgeworfen. Begründet wird das hauptsächlich mit Artikeln aus der CONTROinformazione und zusätzlich mit dem Fund von "Dokumenten in einem terroristischen Schlupfwinkel". Einer der Verteidiger, Kiejmann, führt daraufhin aus, daß die Haft illegal ist, weil die Artikel aus dem italienischen Strafgesetz, auf die sich die Ankla-

ge stützt, nicht mit den Artikeln des Auslieferungsabkommens zwischen Frankreich und Italien von 1870 übereinstimmen und außerdem die erhobenen Vorwürfe politischer Natur sind, und niemand wegen politischen Delikten ausgeliefert werden darf.

Ein anderer Verteidiger, Henri Leclerc, ergänzt: "Das Schwerwiegende an dieser Affäre ist, daß ein Journalist seit 10 Tagen im Gefängnis ist, für Taten, die zur Ausübung seines Berufes gehören. Durch diese Affäre – und die zahlreichen Journalisten, die Stellung bezogen haben, haben das begriffen – sind die Pressefreiheit und das Informationsrecht zum Prozeßgegenstand gewroden. ... In der Tat, wie in einem Prozeß, in dem über Terroristen geurteilt wird, bringt man Beweisstücke in die Sitzung, die überzeugen sollen; aber das sind keine Waffen oder Bomben, die man hier sieht, sondern Flugblätter, Druckschriften Zeitungen und Bücher ... Ein Dossier, das sich auf nichts anderes stützt, als auf das Ausdrücken von Gedanken."

Nach einer kurzen Beratung wurde die Freilassung Bellavitas beschlossen. Über seine Auslieferung wird endgültig am 1o. Mai entschieden, Antonio Bellavita muß dort erscheinen, was er auch tun wird. In einem Artikel am 12. April schreibt die Liberation: "Antonio Bellavita ist kein Terrorist, sondern ein Journalist, und nur Schriften werden ihm zum Vorwurf gemacht. Mit dieser Arbeit hat er einen der schwierigen Berufe, die sich mit der Realität der Subversion auseinanderzusetzen haben, einer Subversion, die in seinem Land vom bewaffneten Kampf bestimmt ist und von den Gruppen, die ihn führen. Die Recherche von Informationen in diesem Bereich beinhaltet die Verbindung mit den klandestinen Kämpfern, eine Verbindung, die diese nicht gefährden darf, außer man will die Möglichkeiten verlieren, sich zu informieren. Die Zeitung die Bellavita leitete, hatte keine Übereinstimmung mit der Praxis der Brigate Rosse, aber ihre Redakteure schätzten es als notwendig ein, die Informationsarbeit fortzusetzen, die sie unternommen hatten, deren Thema, wie man heute sieht, das politische, ideologische und soziale Leben in Italien beherrscht. Weil alle Journalisten die Schwierigkeiten kennen, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, hat sich der gesamte journalistische Berufsstand in Frankreich erhoben, unabhängig von den detaillierten Einschätzungen, die jeder einzelne über die italienische Situation hat. Von "Paris-Match" bis zur "L'Humanité" haben bis heute über 1000 Journalisten eine Petition für die Freilassung von Bellavita unterzeichnet. Das sind zudem nicht die einzigen, die sie unterzeichnet haben, einfach deshalb, weil die Meinungs- und die Pressefreiheit die Gesamtheit einer Gesellschaft und nicht allein die betrifft, dir beruflich von ihr Gebrauch machen."

Der Fall Bellavita hat in Frankreich eine größere Öffentlichkeit als z.B. der der Berliner AGIT-Drucker in Deutschland. Die Petition, von der die Liberation schreibt, wurde in wenigen Tagen von über 2000 Personen unterzeichnet, darunter ganze Redaktionen von fast einem Dutzend Zeitungen größerer Auflage, von Filmern und Schauspielern, Schriftstellern und anderen. In dieser gewaltigen Reaktion spielt auch die Empörung darüber eine Rolle, daß in der Verhandlung gegen Klaus Croissant in Stammheim von der Staatsanwaltschaft auch die Anklage punkte vorgetragen werden, die nach der Entscheidung des Pariser Appellationsgericht nicht gegen Croissant vorgebracht werden dürfen. Die Öffentlichkeit faßt das als einen Beweis für die Fehlentscheidung des Gerichts auf.

Mit der Entscheidung des Gerichts, Antonio Bellavita freizulassen, wird auch das eine Rolle spielen, zum anderen ist dies ein Zeichen dafür, daß die Beziehung zwischen Frankreich und Italien eine andere ist, als die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Italien hat nicht die Möglichkeit wie die BRD, dur durch ökonomische Sanktionen auf die französische Regierung Druck auszuüben. Das Gericht kann sich deshalb, ohne etwas befürchten zu müssen, vor der französischen Öffentlichkeit reinwaschen. Wir haben Grund dazu, in bezug auf die Entscheidung über Antonios Auslieferung am 10. Mai optimistisch zu sein.

Nach Libération

EINLADUNG NACH LA ROCHELLE, ZUM SYMPOSIUM INTERNATIONAL „COMUNITY ACTION IN EUROPE 1978"

PARIS MÄRZ 78 Diesem alle Jahre stattfindenden Symposium, das organisiert wird vom NETWORK gleichen Namens (C.A.i.E.) sind ähnliche vorausgegangen in Laibach (74), Alnarp (75), Dalarö, Volkshochschule in Schweden (76) und Christiania (77).

Dieses Treffen lokaler Aktionsgruppen findet dieses Jahr also am 19. - 28. Mai in La Rochelle, Frankreich, statt, an der Atlantikküste etwa 400 km südwestlich von Paris. Wir erwarten zu diesem Symposium Aktionsgruppen aus ganz Europa, die die Ausarbeitung alternativer Lebensstile auf der Basis von ökologischem Gleichgewicht, entsprechender Technologie, gemeinschaftlichem Leben und größerer Selbständigkeit anstreben. Diese Aktionsgruppen arbeiten nicht als herkömmliche Organisationen wie staatliche Institutionen, politische Parteien und Gewerkschaften. Sie arbeiten auf Basis-Niveau, sie aktivieren Selbsthilfe in der lokalen Nachbarschaft.

Aktionen beziehen sich auf Anpassung der Umwelt an die Bedürfnisse, nicht umgekehrt: Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Natur, Schaffung lebenswerter Wohnungen, Arbeitsplätze, Nahrung, Erhalt und Förderung der Gesundheit . . .

Es sind also Angehörige solcher „Comunity Action"-Gruppen herzlich nach La Rochelle eingeladen, wir wollen uns unterhalten, wie die europäische Zusammenarbeit der Basis verbessert werden kann. Zum Zwecke der gegenseitigen Information und für öffentliche Vorführungen in der Stadt werden die Teilnehmer gebeten, audio-visuelles Material mitzubringen (falls vorhanden).

Das Symposium ist kein linksradikaler Jahrmarkt und auch kein Treffen frustrierter Orientierungsloser, sondern soll dem Erfahrungsaustausch von kontinuierlich an der Basis arbeitender Menschen dienen, die gewillt sind, gewisse notwendige Schritte zu tun . . .

Kontakt: Symposium International, 8 rue du puits de l'hermite, 75005 Paris.

FESTNAHMEN UND FOLTER IN KAIRO

KAIRO 22. April Seit seiner Reise nach Jerusalem läßt sich der ägyptische Präsident Sadat gern als 'Friedensstifter des Nahen Ostens' feiern. Inneres Äquivalent seiner Friedensstrategie nach außen ist eine radikale "Befriedungs"-Strategie. Betroffen sind alle Opponenten seiner Politik, besonderes Opfer aber sind die Palästinenser, denen gegenüber die ägyptische Geheimpolizei inzwischen chilenische Methoden anwendet. Inzwischen macht sich schon verdächtig, wer überhaupt Kontakte mit Palästinensern hat. Zu den jüngsten Festnahmen von 3 Schweizern und 2 Bundesdeutschen erreichte uns folgender Brief:

"In der Nacht von Sonntag 9.4. auf Montag ist der schweizer Student Sergio von Männern des Staatssicherheitsdienstes in seiner Wohnung aufgesucht worden. Obwohl sie weder einen Hausdurchsuchungsbefehl noch einen Haftbefehl vorlegten, durchwühlten sie die Wohnung und nahmen Sergio dann fest. Wir erfuhren dies am Montagabend, als ein deutscher Kollege bei uns nach Sergio fragte, nachdem zwei seiner Mitbewohner ebenfalls in der Nacht davor vom Geheimdienst festgenommen worden waren. Ich ging sofort in Sergio's Wohnung, wo ich Zeichen fand, die eindeutig auf eine polizeiliche Verschleppung hindeuteten.

Am nächsten Tag meldete ich dies dem schweizer Botschaftssekretär, der sofort verschiedene Schritte unternahm, um etwas über Sergios Verbleib zu erfahren. Aber ohne Erfolg. Anderntags schaltete sich die Botschaft offiziell ein, bekam aber von keiner ägyptischen Stelle Auskunft. Die deutsche Botschaft unternahm dieselben Schritte und erhielt am Mittwoch den Bescheid, daß zwei ihrer Landsleute in Untersuchungshaft seien. Am gleichen Tag intervenierte die schweizer Botschaft noch einmal erfolglos beim Innen- und Außenministerium. Am Donnerstag wurde dann einer der deutschen, der Reppermund, freigelassen, während die Ganter in Abschiebehaft genommen wurde.

Später hatte sie die Möglichkeit mit ihrem Mitbewohner Lieser zu sprechen – das muß wohl irgendwie aus einem Versehen von den Ägyptern gestattet worden sein – und sie bestätigte, daß sie Sergio in der 'Citadelle' (Kairoer Hauptgefängnis) gesehen hatte.

Zu den Verhaftungs- und Haftbedingungen: Alle wurden mit verbundenen Augen - nachts - zur Citadelle gefahren,dort erstmal angerempelt und geschlagen, durch Nackenschläge und Herumstoßen sollten sie wohl die Orientierung verlieren, das übliche Mittel. Ganter und Sergio wurden in fensterlose Einzellen mit 24 Stunden Kunstlicht gesteckt. Reppermund in eine Tageslichtzelle. Bei einer Konfrontierung Ganter–Sergio konnte Sergio ihr auf Deutsch zuflüstern, daß er bei den Verhören arg drangenommen worden war, die genaue Art der Schläge ist nicht bekannt, es ist aber durchaus denkbar, daß Hematome (Blutergüsse) vorhanden sind und deshalb seine Festnahme nie offiziell zugegeben oder eine Besuchserlaubnis erteilt wurde. Ganter und Reppermund dagegen wurden nicht geschlagen.

Zu den Anschuldigungen: Ganter und Sergio sollen für palästinensische Gruppen Kurierdienste geleistet haben, was ja seit Sadats Jerusalem-Reise staatsgefährdend ist. Weiteres ist noch nicht bekannt. Zur allgemeinen Atmosphäre: Nach der Jerusalem-Reise Sadats gibt es eine breite polizeiliche Terror-Kampagne gegen die Palästinenser. Über 1000 sind in der Nacht- und Nebelaktion in Richtung Irak ausgewisen worden. Nach dem Sebai-Attentat (enger Freund Sadats) auf Zypern veränderte sich die Taktik der Polizei. Die Leute werden nicht mehr ausgewiesen, sondern in Folterhaft genommen – von einigen Vergewaltigungen an Palästinenserinnen liegen Beweise vor. Die Leute werden dann mit Foltermalen wieder freigelassen.

Die Ganter hörte nachts regelmäßig zwissen 00 und 04 Uhr aus einem nahen Verhörraum Schmerzensschreie, Reppermund sah aus der Zelle Mißhandlungen an palästinensischen Häftlingen, die mit verbundenen Augen von der Zelle zum Verhör geführt wurden."

Inzwischen hat zwar der schweizer Konsul Sergio besuchen können und auch die Folterhematome bestätigt. Soweit aber bekannt ist, befindet sich Sergio immer noch in Haft.

der brummende skandinavienbeobachter berichtet:

WEG MIT DEN AUTOS AUS DER INNENSTADT! AUTOABGASE MORDEN! AUTO= GESUNDHEITSGEFAHR - KAUFT MONATSKARTEN!

Von Norbert Kröcher, über Ermittlungsrichter II BGH, Herrenstr. 45a, 7500 Karlsruhe 1

STOCKHOLM, April 1978

diese und andere parolen waren auf den plakaten einiger hundert demonstranten zu lesen, die am 7. april in einer blitzaktion für geraume zeit den verkehr auf einer der verkehrreichsten kreuzungen in der stockholmer innenstadt blockierten.

mit gasmasken (wohl nicht nur wegen der abgase) versehene leute brachten den verkehr mit kinderwagen zum stehen und drapierten die windschutzscheiben und kühlerhauben der gestoppten autos mit puppenleichen und abgerissenen puppenarmen und -beinen. der verkehr brach zusammen, agressive autofahrer versuchten mit ihren ps-pimmeln demonstranten über den haufen zu fahren; hupkonzert, sprechchöre: "stoppar bilarna!" (stoppt die autos!); kabalik, dutzende von bullen, die am rotieren und verhaften waren (zwei leute wurden gebusted). stoppt den autowahnsinn! daß das nicht länger eine parole bleibt, dafür wollen die demonstranten, die von verschiedenen frauengruppen, von "alternativ stad" (alternative stadt) und anderen gruppen kamen, schon sorgen. bereits am "internationalen frauentag" (8. märz) wurde ein ähnliche aktion auf einer hauptverkehrsstraße in der stockholmer innenstadt durchgezogen.

"wir machen das hauptsächlich für die zukunft unserer kinder. so hier können wir nicht leben. wir haben die wahl, entweder fortzuziehen, oder zu kämpfen. wir kämpfen!" sagte eine frau und sprach damit für viele.

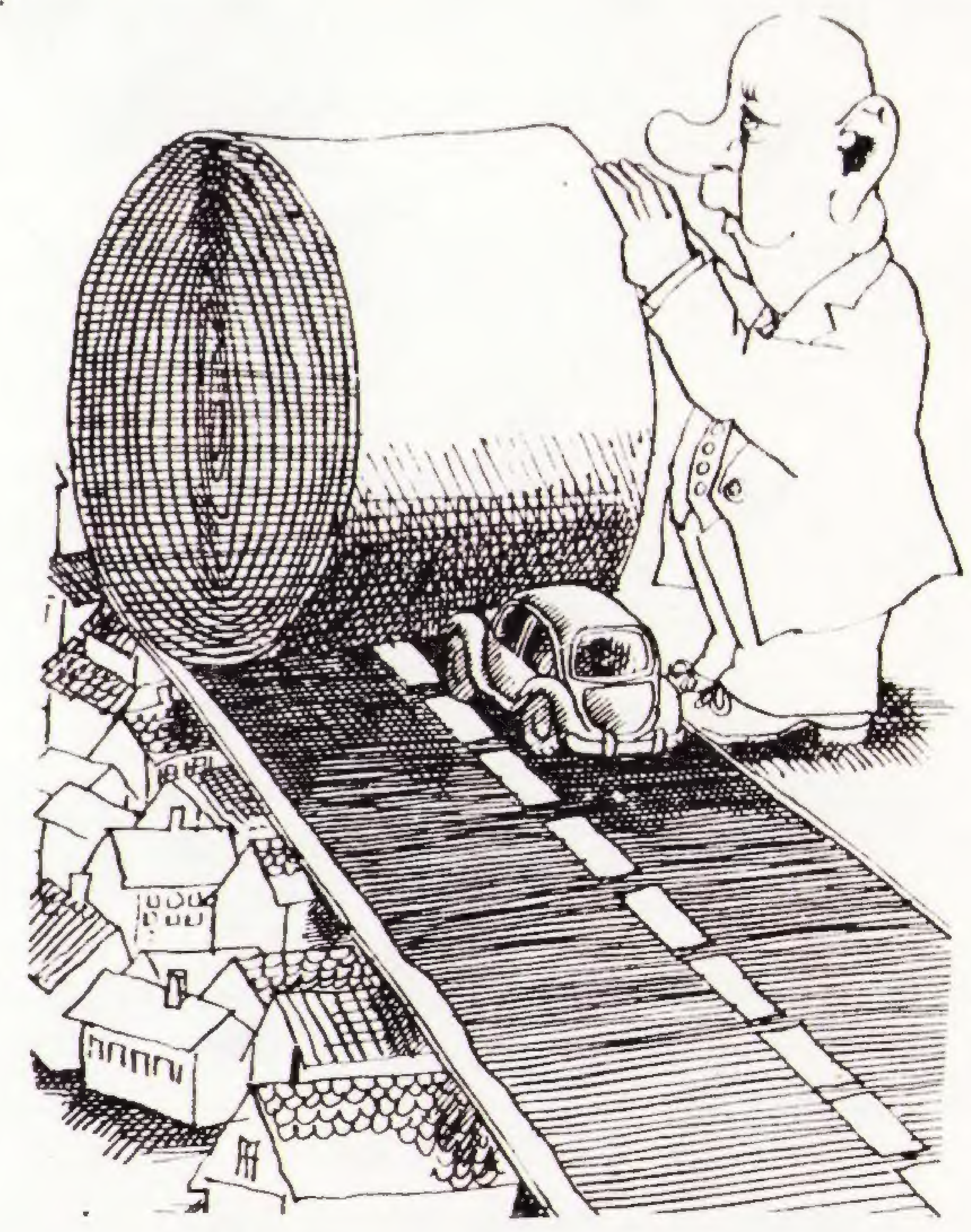
nach untersuchungen in der letzten zeit hat sich die stockholmer luft erheblich verschlechtert. wissenschaftler haben alarm geschlagen.

"wir werden weitermachen. ihr werdet uns nicht mehr los!" die demo war – wie schon die am 8.märz – eine vollkommen spontane geschichte; inszeniert von desperat gewordenen menschen, die den ganzen wahnsinn nicht länger ertragen können und wollen. am 22. april soll eine riesendemo stattfinden. kindergärten, frauengruppen, "alternativ stadt" und eine menge anderer gruppen und organisationen haben zu massenhaftem erscheinen aufgerufen.

kratzt sich der brummende skandinavienbesucher am kopf und fragt sich und dich und dich auch und dich und ...:
ist die luft in unseren städten hier im reich vielleicht besser?
leiden wir nicht genauso unter dem autowahnsinn?
werden unsere städte nicht genauso immer unbewohnbarer und lebensgefährlicher?
sind wir nicht auch schon lange für einen stop des individualverkehrs in den städten und für einen ausbau des kollektivverkehrs? (nulltarif, logo)

und es ist wohl besser, wenn die autos mit puppenleichen drapiert werden, anstatt mit den leichen unserer kinder!
worauf warten wir noch? bis uns vom bleigehalt der luft die haare vom kopf fallen?
auf gehts!

knofo



Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: SAMSTAG 226

MORDANKLAGEN GEGEN FLUGHAFENBESETZER

TOKIO
20. APRIL

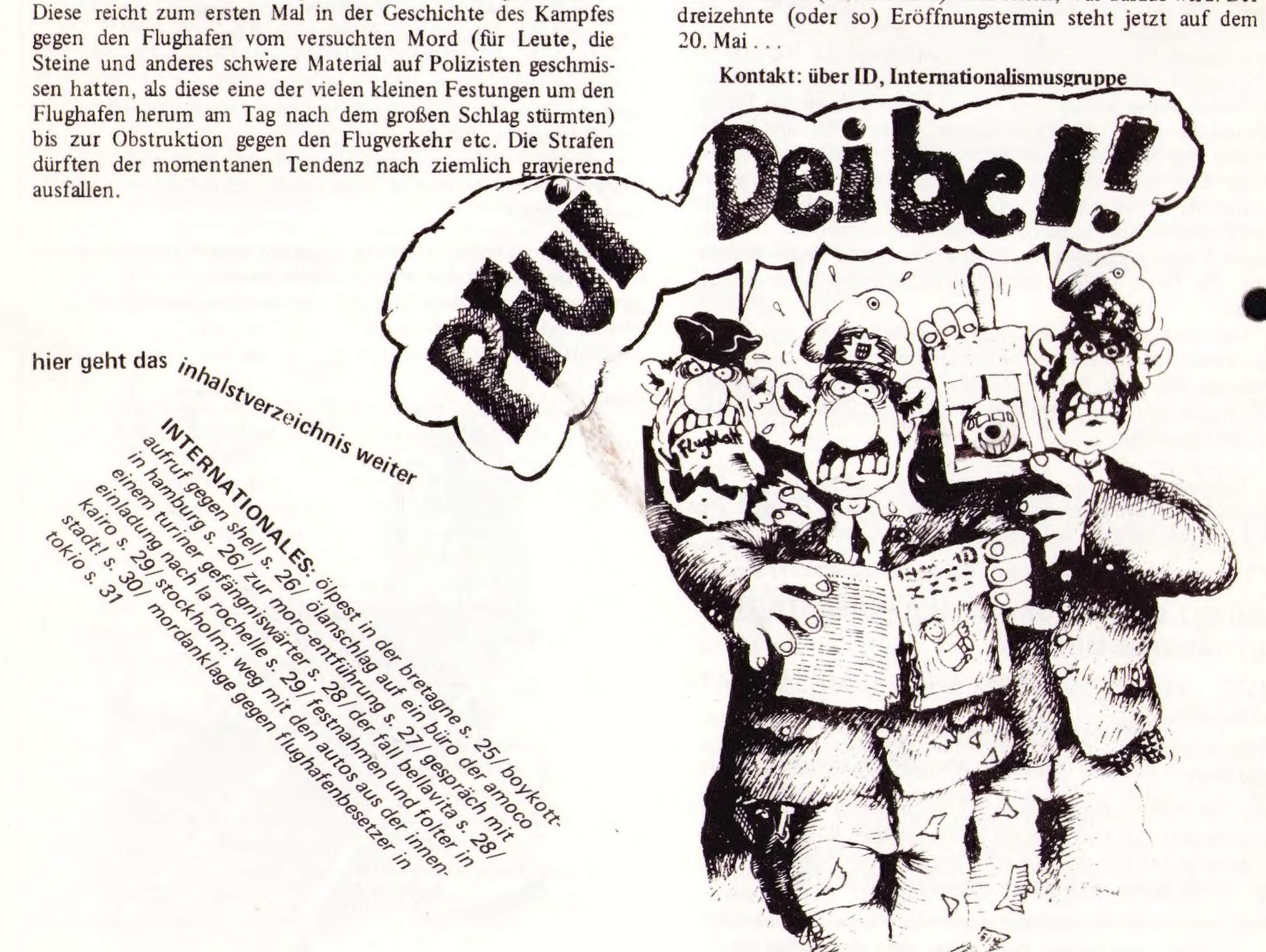
Unser Freund, Genosse und Beobachter aus Tokio schreibt in einem Nachtrag zum „triumphalen 26. März" in Narita (ID 225):

Dem Schrei der Regierung nach strikterer Anwendung der Gesetze folgend, haben sich die örtlichen Gerichte beeilt. Innerhalb von drei Wochen haben sie gegen 147 Teilnehmer (von ca. 160 Verhafteten) am Kampf gegen die Eröffnung des Neuen Internationalen Flughafen Tokio Anklage erhoben. Diese reicht zum ersten Mal in der Geschichte des Kampfes gegen den Flughafen vom versuchten Mord (für Leute, die Steine und anderes schwere Material auf Polizisten geschmissen hatten, als diese eine der vielen kleinen Festungen um den Flughafen herum am Tag nach dem großen Schlag stürmten) bis zur Obstruktion gegen den Flugverkehr etc. Die Strafen dürften der momentanen Tendenz nach ziemlich gravierend ausfallen.

Auffallend war, daß unter dem ‚harten Kern' der Aktivisten erstaunlich viele Angestellte des öffentlichen Dienstes, vor allem der Post, waren, und auch sonst die Studenten in der Minderheit blieben. Das Postministerium sah sich gezwungen wegen „unwürdigen Verhaltens" neun Leute zu entlassen.

Andererseits versucht die Regierung, nicht zuletzt auf Betreiben der ‚öffentlichen Meinung' und der reformistischen Parteien, mit den Bauern ins Gespräch zu kommen. Diese haben aber dafür drei Bedingungen genannt: unbefristete Verschiebung der Eröffnung, Verzicht auf die zweite Ausbauphase und Freilassung der Bauern aus der Liga, die am 26./27. verhaftet wurden (drei Männer). Mal sehen, was daraus wird. Der dreizehnte (oder so) Eröffnungstermin steht jetzt auf dem 20. Mai . . .

Kontakt: über ID, Internationalismusgruppe



hier geht das *inhaltsverzeichnis weiter*